

PROTOKOLL

Begrüßung

Shukow

Wir sind hier seit vier Jahren nicht mehr zusammengekommen. Wir haben vieles zu besprechen und relativ wenig Zeit dafür. Deshalb wäre es gut, wenn die Einführungsbeiträge möglichst kurz sind, damit wir schneller zum freien Dialog übergehen können und sich alle, die über die Zukunft Europas und die komplizierte heutige Lage sprechen wollen, äußern können. Ich bin sehr froh, daß wir wieder zusammenkommen, denn ich bin der Meinung, daß angesichts der schwierigen Situation, in der wir uns heute befinden, jede Begegnung außerordentlich wichtig ist.

Zur Zeit findet ja in der Sowjetunion eine Reihe wichtiger internationaler Treffen statt. Ich denke vor allem an das Gipfeltreffen der sozialistischen Staatengemeinschaft, auf dem das Programm für die friedliche Entwicklung bis zum Jahre 2000 vorgezeichnet wurde. Hier zeigte sich, daß die sozialistischen Länder bereit sind, ihren Kampf um die friedliche Zusammenarbeit fortzusetzen. Sie werden sicher die Deklaration kennen, die von den Staatschefs der sozialistischen Länder unterzeichnet worden ist.

In Leningrad ist vor kurzem eine regionale Konferenz der Organisation der UNO zu Abrüstungsfragen im Rahmen der weltweiten Kampagne für die Abrüstung zu Ende gegangen. Ich hoffe, Sie beteiligen sich an dieser Kampagne. Auf dieser fünftägigen Konferenz hatte ich Gelegenheit, mit Vertretern der Adenauer-Stiftung und mit einigen anderen Vertretern der Bundesrepublik zu sprechen. Dort gab es auch einen interessanten Dialog mit wichtigen Politikern aus den USA, Kanada, Europa, und zwar sowohl Ost- als auch Westeuropa.

Heute kommen wir nun zu einem bilateralen Treffen mit Vertretern der Bundesrepublik Deutschland zusammen, und wir, die Teilnehmer der Friedensbewegung in der Sowjetunion, sind sehr froh darüber.

Gretz

Der Initiator des Bergedorfer Gesprächskreises, Herr Dr. Körber, läßt Ihnen zu Beginn seine allerherzlichsten Grüße durch mich übermitteln. Er hat auf dieses Gespräch in Moskau ganz besonderen Wert gelegt aus sachlichen, aber auch aus persönlichen Gründen. Leider hat ihn ein Trauerfall in seiner Familie daran gehindert, mit nach Moskau zu kommen. Er hat mich gebeten, die Einleitungsworte, die er an dieser Stelle sprechen wollte, für ihn zu verlesen.

"Lassen Sie mich zu Beginn der sicherlich ebenso anregenden wie anstrengenden Stunden, die vor uns liegen, etwas ganz Persönliches sagen. Ich möchte meiner Freude Ausdruck geben, wieder einmal hier in Moskau, in der UdSSR zu sein, in diesem Land, für das ich nun schon seit vielen Jahren Sympathie und Freundschaft empfinde.

Der Bergedorfer Gesprächskreis ist hierhergekommen, um einige der schwierigen Probleme zu diskutieren, die die Zukunft unserer Völker betreffen. Aber wir sind das sollten unsere sowjetischen Gastgeber wissen - auch deshalb hier, weil wir das Gespräch mit ihnen als Begegnung von Mensch zu Mensch suchen.

Freilich sind nur wenige unserer deutschen Teilnehmer der russischen Sprache mächtig. Das ist gewiß ein Nachteil. Aber dieser Nachteil soll uns nun um so mehr anspornen, nicht nur die Politik der Sowjetunion, sondern auch ihre Menschen, ihre Kultur immer besser kennen- und verstehenzulernen.

„Alles verstehen, heißt alles verzeihen“, sagt ein französisches Sprichwort. Ich möchte es auf deutsche Weise sagen: Wer ein anderes Volk verstehenlernen will, muß lernen, es zu lieben.

Deshalb bin ich von Mal zu Mal lieber hierhergekommen. Ich freue mich, alte Freunde wiederzusehen und neue zu finden.

Mit solchen Motiven und Empfindungen allein, das wissen wir alle, läßt sich noch kein Gespräch bestreiten, lassen sich auch keine Meinungsunterschiede aus der Welt schaffen. Ein großer deutscher Bankier des vorigen Jahrhunderts, David Hansemann, hat gesagt: "Beim Geldbeutel hört die Gemütlichkeit auf" - hier in der Sowjetunion müßte es wohl heißen: Bei der Ideologie hört die Gemütlichkeit auf.

In der Tat ist die Welt im Augenblick ganz besonders ungemütlich. Aber das sollte uns nicht hindern, uns gegenseitig zuzuhören und uns auch da zu verstehen und dann zu verstehen, wo sich unterschiedliche Positionen gegenüberstehen. Insofern empfinde ich es als einen Vorteil dieses Gesprächskreises, daß er keine offizielle Kompetenz hat. Wer in unserem Kreise das Wort ergreift, sagt seine persönliche Meinung, auch wenn hinter dieser Meinung die Erfahrung eines hohen Amtes oder sogar eine direkte politische Verantwortung steht. Wir haben hier nichts zu entscheiden und nichts zu verhandeln; selbst wenn wir uns einer Lösung schwieriger Fragen nähern, tun wir es unverbindlich. Diese Ungebundenheit des Bergedorfer Gesprächskreises hat sich nach langjähriger Erfahrung stets als Vorteil erwiesen, und ich bin guten Mutes, daß es diesmal nicht anders sein wird.

Eine kurze Notiz möchte ich mir noch gestatten. Sie betrifft weniger unseren Gesprächskreis als die Gesamtentwicklung der letzten Jahre. Ich möchte dieser kurzen Bemerkung eine Erfahrung meines Berufslebens vorausschicken:

Jeder Unternehmer, auch der sozial-fortschrittlichste, wird mit mir der Meinung sein, daß es der Wirtschaftspolitik schlecht bekommt, wenn sie unter das Diktat, das heißt unter die Räder der Sozialpolitik gerät. Gilt das gleiche nicht auch für die Außenpolitik? Weltweit sind die Außenpolitik und Diplomatie unter die Räder der Rüstung und Strategie geraten. Das Schweigen der politischen Ideen ist bedrückend. Ich wünsche mir, daß es uns gelingt, aus diesem Schatten ein bißchen herauszukommen, wenigstens hier und heute in diesem Bergedorfer Gespräch.

Die beiden Referate, die wir hören und zur Basis unserer Aussprache machen wollen, werden von Herrn Horst Teltschik und Herrn Wadim Sagladin gehalten. Unsere sowjetischen Gastgeber haben uns, das heißt Herrn Teltschik, den Vortritt gelassen. Dafür bedanken wir uns. Wir finden es aber doppelt interessant, was ein so erfahrener Fachmann wie Herr Sagladin auf den deutschen Vortrag entsprechend antworten wird. Uns allen wünschen wir eine belehrende und anregende Zeit hier in Moskau in dem Gespräch mit Ihnen, und ich darf Herrn Kaiser bitten, die Gesprächsleitung zu übernehmen."

Kaiser

Ich darf auch seitens der Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland unseren sowjetischen Gastgebern danken, daß sie uns eingeladen haben. Wir sind alle mit großen Erwartungen hierhergekommen. Dieses Gespräch findet in einer Zeit erheblicher internationaler Spannungen statt. Eine Entwicklung, wie wir sie in den 70er Jahren erlebt haben, ist gewissermaßen zu Ende gekommen. Es gibt ernst zu nehmende Politiker und Analytiker in Ost und West, die sogar die Befürchtung äußern, daß die jetzige Periode verstärkter Spannungen noch länger andauern wird. Dies ist deshalb der richtige Zeitpunkt, wo ein deutsch-sowjetisches Gespräch versuchen sollte aufzuzeigen, wie wir trotz dieser schlechten Wetterlage Ansätze zur Kooperation finden und wo wir einen Beitrag zur Minderung der Spannungen leisten können. In diesem Sinne wünsche ich dem Gespräch einen konstruktiven Verlauf.

Teltschik

Ich habe die Einladung von Herrn Dr. Körber, hier in Moskau im Rahmen des 75. Bergedorfer Gesprächskreises für die deutsche Delegation den Einleitungsvortrag zu übernehmen, sehr gerne angenommen. Teilnehmerkreis, Ort, Zeitpunkt und Thema empfinde ich als eine interessante Herausforderung.

Ich sehe mich dabei durchaus in der Rolle dessen, dessen berufliche Aufgabe es ist, über das heute vorgegebene Thema nachzudenken und politische Entscheidungen vorzubereiten. Ich will aber auch die Chance nutzen, als Bürger der Bundesrepublik Deutschland in großer Offenheit mit Vertretern der Sowjetunion sprechen zu können.

Wenn wir heute über die "Probleme der politischen und militärischen Entspannung" diskutieren, so wird bereits durch diese Themenstellung ausgedrückt, daß es Spannungen gibt. Liest man die offiziellen sowjetischen Erklärungen der letzten Wochen und Monate, haben die Spannungen sogar ein Maß erreicht, daß nicht einmal mehr der Ausbruch eines dritten Weltkrieges ausgeschlossen werden kann. Es wird an 1939 und 1941 erinnert. Die USA werden der Kriegsvorbereitung bezichtigt, und die Bundesrepublik Deutschland soll Helfershelfer sein.

An dieser Kriegspsychose ist nur eines wahr: Spannungen sind gefährlich, und sie dürfen nicht unkontrolliert anwachsen, bis sie einen Krieg auslösen. Denn angesichts der nuklearen Potentiale in West und Ost heißt Krieg heute Apokalypse - nicht nur für eine Seite, für alle. Kriegsangst sollte deshalb von keiner Seite leichtfertig geschürt werden. Es sollte auch nicht versucht werden, auf diese Weise andere Probleme nach innen oder nach außen lösen zu wollen. Oder soll bewußt - aus welchen Gründen auch immer - das Ende der Entspannungspolitik eingeläutet werden?

Diese Frage stellt sich heute in verschärftem Maße. Noch immer dauert der Krieg in Afghanistan an. Die Verhandlungen in Genf über die nuklearen strategischen Systeme wie über die Mittelstreckenwaffen wurden von der Sowjetunion abgebrochen. Ganz zu schweigen von dem sowjetischen Abschluß einer zivilen koreanischen Verkehrsmaschine und dem Boykott der Olympischen Spiele in Los Angeles.

Die sowjetische Führung stellt diesen Entscheidungen die des Westens gegenüber, die aus ihrer Sicht zu einer Verschärfung der Spannungen geführt haben sollen. Aber ist die Entspannungspolitik wirklich gescheitert?

Enttäuscht über die bisherigen Ergebnisse der Entspannungspolitik kann doch nur der sein, der die Ursachen der Spannungen niemals realistisch eingeschätzt hat oder der glauben wollte, daß sie in wenigen Jahren zu überwinden seien. Dies aber hätte eine weitreichende Übereinstimmung in den Interessen von West und Ost vorausgesetzt, die es angesichts der noch immer bestehenden grundsätzlichen ideologischen Unterschiede der beiden Gesellschaftssysteme nicht gibt.

Entspannungspolitik setzt Realismus auf beiden Seiten über das Machbare voraus. Der Partner muß als das gesehen werden, was er ist und nicht, wie er sein sollte. Ursachen von Spannungen dürfen nicht vergessen werden, nur weil sie heute nicht überwunden werden können.

Die Aufgabe von heute ist es, die Ursachen realistisch zu erkennen und die durch sie bedingten Spannungen und Konflikte in ihren Formen und in ihrer Reichweite rational zu begrenzen und zu kontrollieren. Und dort, wo West und Ost in der Verfolgung ihrer jeweiligen Interessen in Konflikt geraten, gilt es für beide Seiten maßzuhalten. Alles andere kann angesichts der nuklearen Parität auf beiden Seiten in die Katastrophe führen, bei der es keinen Gewinner mehr geben wird. Ein gemeinsames Interesse zwischen West und Ost muß es geben: das des Überlebens.

Wenn wir über die Probleme und Perspektiven der politischen und militärischen Entspannung sprechen, müssen wir deshalb zuerst die grundsätzlichen Ursachen der Meinungsverschiedenheiten zwischen West und Ost erörtern:

Die USA wie die Sowjetunion sind heute zwei Weltmächte, die ihre Interessen weltweit verfolgen. Beide sind politische und militärische Führungsmächte innerhalb ihrer Bündnissysteme, die sich aus mittleren und kleineren Bündnispartnern zusammensetzen. Beide Weltmächte sind im Vergleich zu ihren Allianzmitgliedern kontinentale Mächte, militärisch hochgerüstet, wirtschaftlich weitgehend autark. Spätestens seit den sechziger Jahren besteht im nuklear-strategischen Bereich Parität.

Am 29. Mai 1972 waren die USA bereit, in der Nixon/Breschnew-Erklärung die Gleichberechtigung der Sowjetunion anzuerkennen. Ständig fordert die Sowjetunion "Gleichheit und gleiche Sicherheit", bilateral, global wie regional. Sinnfälliger Ausdruck dieses sowjetischen Strebens nach Gleichheit ist die verstärkte Aufrüstung ihrer Seestreitkräfte auf allen Weltmeeren.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben in Vietnam sehr bitter erfahren müssen, daß militärische Präsenz politische und soziale Konflikte nicht lösen kann und nicht gleichbedeutend ist mit politischem Einfluß. Im Gegenteil! Die USA haben für Vietnam eine hohe Rechnung bezahlen müssen: mit politischer Unrast in ihrem eigenen Land wie mit schwindendem Einfluß weltweit, ja sogar bei ihren eigenen Bündnispartnern.

Die Sowjetunion scheint aus diesen Erfahrungen dennoch gegenteilige Schlußfolgerungen gezogen zu haben: Anders ist zum Beispiel nicht zu erklären, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan immer noch anhält. Dies hat zu wiederholten Verurteilungen Moskaus in den Vereinten Nationen geführt und den sowjetischen Einfluß auf die Blockfreien-Bewegung deutlich geschwächt. Anders ist auch nicht zu verstehen, daß die sowjetische Führung die vietnamesische Intervention in Kambodscha unterstützt und kubanische Truppen in Äthiopien, Angola und Nicaragua eingesetzt sind. Die Beispiele Ägypten und vielleicht auch Polen sollten für die Sowjetunion bereits Erfahrung genug sein, auf Einflußnahme durch militärische Präsenz zu verzichten.

Der Ost-West-Gegensatz ist aber nicht nur ein Machtkonflikt zwischen zwei Weltmächten und ihren Bündnissystemen. Im Selbstverständnis beider Seiten, West und Ost, stehen sich zwei antagonistische Gesellschaftsordnungen gegenüber, die auf unterschiedlichen Grundwerten beruhen. Der Ost-West-Gegensatz ist deshalb unverändert ein ideologischer Konflikt, der weder durch Konvergenz der Systeme noch mit Hilfe von Wandel durch Annäherung überwunden werden kann.

Solange die von der Sowjetunion proklamierte Politik der friedlichen Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung die Einflußnahme auf die innere Entwicklung dieser Staaten durch politischen Klassenkampf und ideologische Infiltration und die Unterstützung von sogenannten Befreiungsbewegungen in der dritten Welt nicht ausschließt, sondern ausdrücklich als unverzichtbare Forderung aufrechterhält, so lange bleiben Konflikte zwischen Ost und West geradezu vorprogrammiert.

Nach wie vor geht die kommunistische Ideologie von der Prämisse aus, daß die Überwindung der westlichen Gesellschaftssysteme eine historische Gesetzmäßigkeit, also unvermeidlich sei und daß Frieden und Sicherheit dauerhaft nur möglich seien, wenn der Sozialismus/Kommunismus weltweit voranschreitet. Ein solcher Anspruch auf die absolute Überlegenheit der eigenen Ideologie schließt Sicherheitspartnerschaft zwischen West und Ost aus. Beide Seiten müssen sich deshalb bewußtbleiben, daß jedes wie auch immer geartete Gleichgewicht hochgradig labil bleiben wird, solange der Antagonismus der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme fortbesteht.

Entscheidend für Frieden und Sicherheit in West und Ost bleibt, in welchen Formen sich dieser ideologische Gegensatz auf die bilateralen wie multilateralen Beziehungen auswirkt. Entspannungspolitik kann deshalb nicht heißen, daß die Sowjetunion ihren ideologischen Kampf führen kann, aber dem Westen das gleiche Recht verwehrt und auch nicht bereit ist, auf seine Interessen Rücksichten zu nehmen.

Entspannungspolitik in diesem Zusammenhang heißt, daß dieser ständige potentielle Konflikt von beiden Seiten kontrolliert werden muß, soll er nicht zur Katastrophe führen. Zuallererst müssen beide Seiten wieder zu einer realen und nüchternen Einschätzung der Gegenseite zurückfinden. Die Gefahr ist zu groß, Gefangener seiner eigenen Ideologie und Propaganda zu werden.

Als Präsident Reagan die Sowjetunion in einer Rede vor amerikanischen Kriegsveteranen als ein "Reich des Bösen" qualifizierte, war der Aufschrei laut und anhaltend. Inzwischen hat Präsident Reagan dieses Wort öffentlich zurückgenommen.

Generalsekretär Tschernenko hat der amerikanischen Führung eine "Politik des staatlichen Terrorismus" vorgeworfen, und die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS unterstellt der Regierung in Bonn bis in die jüngsten Tage hinein "hemmungslose Glorifizierung der nationalsozialistischen Vergangenheit" und der CDU/CSU "ideologische Verwandtschaft mit Neonazis", "Revanchismus und Kriegsvorbereitung". Wir sollen diese Vorwürfe ertragen, ohne daß sie zurückgenommen werden.

Ich will hier nicht Agitation und Propaganda gegenseitig aufrechnen. Ich befürchte nur, daß sie auf Dauer den Blick für die Wirklichkeiten unserer Länder verstellen und die Glaubwürdigkeit der politisch Verantwortlichen in Zweifel ziehen. Und wenn man glaubt, Entwicklungen in einem anderen Land geißeln zu müssen, weil sie nicht den eigenen Überzeugungen entsprechen, so muß man es ertragen können, daß die Antworten nicht ausbleiben. Eine Antwort könnte allerdings darin bestehen, Mißstände oder Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Ich will ein Beispiel offen ansprechen: Der Fall des sowjetischen Atomphysikers und Friedensnobelpreisträgers Sacharow und seiner Frau Bonner fügt dem sowjetischen Ansehen weltweit Schaden zu. Unwillkürlich fragt man sich, warum es sich die große Sowjetunion nicht zuzutrauen scheint, das Schicksal zweier Menschen großzügig zu entscheiden und die Ausreise zu ermöglichen. Das Glück zweier Menschen hängt davon ab, aber nicht die Sicherheit oder die Souveränität der UdSSR.

Die Geschichte beweist, daß unterschiedliche politische und gesellschaftliche Ordnungen von Staaten Zusammenarbeit nicht ausschließen. Wir sind uns zutiefst bewußt, daß innerer Wandel nicht durch Druck von außen bewirkt werden und zu gefährlichen Irritationen und falschen Schlußfolgerungen führen kann. Wettbewerb der Systeme ja, aber auch dafür müssen Formen und Instrumente gefunden werden, die das Selbstverständnis und die Würde der Gegenseite nicht mißachten und verletzen.

Das Gleichgewicht zwischen West und Ost ist zu zerbrechlich, als daß es allein auf die militärische Komponente beschränkt bleiben kann. Beide Seiten verfügen heute über ein militärisches Potential im nuklearen, konventionellen wie maritimen Bereich, das die mehrfache Vernichtung des Gegners ermöglicht. Wir müssen feststellen, daß das Wettrüsten für Ost und West nicht mehr an Sicherheit, sondern weniger bewirkt hat. Das Wettrüsten selbst ist zu einer Quelle von Spannungen, Unsicherheiten und gegenseitigen Verdächtigungen geworden. Ganz zu schweigen von den materiellen Kosten, die den Völkern Belastungen auferlegen, die sie immer weniger bereit sind zu ertragen, im Westen, aber auch im Osten.

Beide Seiten verfügen über eine mehrfache nukleare Zerstörungskraft, über die Kapazität des Zweitschlages und über das Wissen, daß ein nuklearer Einsatz, auf welcher Ebene auch immer, mit größter Wahrscheinlichkeit nicht begrenzt und damit nicht kontrollierbar ist. Die Zeit ist deshalb überreif, die Atomarsenale drastisch zu verringern. Sie werden nicht gänzlich verschwinden können, weil das Wissen und die Fähigkeiten zur Produktion gegeben sind und eine Nichtweiterverbreitung nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden kann.

Nukleare Parität darf aber nicht dazu verführen, daß der konventionelle Krieg wieder führbar erscheint. Die Zerstörungskraft konventioneller Waffen ist nicht weniger schrecklich. Disparitäten im konventionellen Bereich müssen deshalb ebenso abgebaut und die Kräfteverhältnisse zwischen West und Ost auf einer niedrigeren Ebene angeglichen werden.

In diesen Forderungen spiegeln sich vor allem die Interessen der kleineren und mittleren Staaten in Westeuropa. Der globale Anspruch der Sowjetunion, ihr Anspruch auf Gleichheit und gleiche Sicherheit gegenüber der Weltmacht USA, ihr Anspruch auf ideologischen Kampf gegenüber den demokratischen Gesellschaftsordnungen des Westens stellen eine ständige Herausforderung für die politische Stabilität und für die Sicherheitsinteressen Westeuropas dar. Westeuropa muß das militärische Übergewicht der Sowjetunion im nuklearen wie konventionellen Bereich als ständige Bedrohung empfinden, solange die sowjetische Führung nicht bereit ist, auch den Westeuropäern gleiche Sicherheit zuzubilligen. Parität der Sowjetunion mit den USA darf nicht Superiorität in Europa heißen.

Für Westeuropa und schon gar nicht für die Bundesrepublik Deutschland, die auf Produktion, Besitz und Anwendung von ABC-Waffen freiwillig verzichtet hat, kann es jemals eine nukleare Parität gegenüber der Sowjetunion geben. Dies führt dazu, daß das westliche Bündnis und der amerikanische Schutz für die Sicherheit der europäischen Mitgliedstaaten unverzichtbar sind.

Die wirtschaftliche Struktur und die internationale Rohstoffabhängigkeit der westeuropäischen Staaten bedingen die Verfolgung selbständiger außenpolitischer Interessen, die die Abhängigkeit und Betroffenheit von internationalen Entwicklungen, insbesondere von Krisen in einzelnen Regionen

fördern. Die ständige Überlagerung regionaler Krisen wie im Nahen und Mittleren Osten oder in Zentralamerika durch den Ost-West-Gegensatz stellt eine latente Gefährdung Mitteleuropas dar, wo sich Ost und West unmittelbar gegenüberstehen.

Sagladin

Europas Zukunft ... Sie wird gegenwärtig überall und sehr zu Recht diskutiert. Wirtschaftliche, sozialpolitische und kulturelle Probleme unseres Kontinents bieten genügend Anlaß zum Nachdenken. Dennoch hat heute in diesen Diskussionen der militärpolitische Aspekt Vorrang, und das ist gerechtfertigt.

Verglichen mit anderen Weltteilen scheint es um Europa zwar noch ziemlich günstig zu stehen, denn hier herrscht Frieden, zumindest Kampfhandlungen gibt es augenblicklich nicht. Doch in der Perspektive ist die Erhaltung des Friedens gefährdet. Das beunruhigt im Osten wie im Westen, um so mehr als die durch die Stationierung von Pershings und Cruise Missiles der USA wesentlich vertiefte Gefährdung nuklearer Art ist. In einem einmal ausgebrochenen Atomkrieg könnte die ganze Menschheit zum Teufel gehen. In erster Linie aber müßten die Europäer daran glauben.

I

Daß der europäische Frieden bedroht ist, wird nirgends bestritten. Doch der Ausgangspunkt dieser Bedrohung, ihr Ursprung wird unterschiedlich definiert.

Im Westen, darunter in der BRD, wird gewöhnlich behauptet, die Bedrohung gehe von der Sowjetunion, von den sozialistischen Ländern aus, die angeblich eine Aggression vorbereiten. Die gesamte NATO-Strategie basiert auf der Erwartung eines "sowjetischen Angriffs" und auf Überlegungen, wie sich ein solcher Angriff abwehren ließe.

Man möge mir gütigst meine unparlamentarische Ausdrucksweise verzeihen, aber einen größeren Blödsinn als dieses Märchen von der sowjetischen militärischen Bedrohung gibt es überhaupt nicht. Ist vielleicht irgend jemand in der Lage zu beweisen, daß die UdSSR oder ihre Verbündeten jemals den Gedanken oder den Plan hegten, den Westen anzugreifen? Haben sowjetische Soldaten jemals das Territorium westeuropäischer Länder aus einem anderen Grund als dem betreten, ihr Land gegen eine Aggression zu verteidigen?

In einem Beschluß unseres höchsten Staatsorgans, des Obersten Sowjets der UdSSR, vom 29. Dezember 1983 heißt es klar und deutlich, daß "die Sowjetunion die Sicherheit keines einzigen Landes, ob nun im Westen oder im Osten, antastet. Sie will mit anderen Ländern im Frieden leben und das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer und politischer Ordnung realisieren". Das ist gleichfalls die Haltung unserer Verbündeten, des gesamten Warschauer Vertrags, wie sie erneut in der Deklaration der RGW-Mitgliedsländer vom 14. Juni 1984 dargelegt wurde.

Daß tatsächlich keinerlei militärische Bedrohung von der UdSSR ausgeht, wurde übrigens mehrfach auch von vielen westlichen Politikern anerkannt, einschließlich eines in diesem Bereich so kompetenten Mannes wie General Rogers. Erst am 11. Juni hatte er in einem Interview dem "Wall Street Journal" erklärt: "Die Russen wollen keinen Krieg. Sie sind geduldig und vorsichtig ... ". Mr. Rogers hat dem allerdings sofort hinzugefügt (und das ist nicht das einzige Beispiel dieser Art), man müsse dennoch aufrüsten, denn die Russen könnten die Gewalt, ohne sie einzusetzen, als politisches Druckmittel benutzen. Da darf man wohl fragen: Wo und wann haben wir Gewalt auf diese Weise benutzt? Beispiele dafür dürfte man vergeblich suchen. Und das ist nur natürlich, denn unsere Streitkräfte sind ausschließlich zur Verteidigung unseres Landes und unserer Verbündeten bestimmt. Die Politik der Stärke oder der Erpressung durch Stärke ist nicht unsere Politik.

Will man dagegen von den sowjetischen Menschen sprechen, muß man sagen, daß wir die westliche Politik der Stärke und jene aggressiven - ja, aggressiven - Kriege nicht vergessen haben, die der Westen gegen uns geführt hat. Einen davon gleich nach der Oktoberrevolution - die ausländische Intervention auch jener Staaten, die heute dem Atlantikpakt angehören, darunter jener, die heute US-Raketen auf ihrem Boden stationieren.

Und der Zweite Weltkrieg? Können wir etwa die Aggression Hitlers vergessen? Wieviel Leid, Not und Elend hat sie über unser Volk gebracht. Wenn wir heute an die US-Raketen auf dem Boden der BRD denken, können wir uns dieser schrecklichen Erinnerung nicht entziehen.

In den USA wird unverblümt davon gesprochen, man wolle die Sowjetmacht und die sozialistische Gesellschaftsordnung vernichten. Das steht offiziell in einem Dokument wie dem Leitfadens für die US-Army 1984-1988. Die europäischen Länder, die ihre Zustimmung zur Stationierung von US-Raketen

gegeben haben - jener Raketen, die den "Enthauptungsschlag" gegen uns führen sollen;- , solidarisieren sie sich etwa nicht de facto mit dieser amerikanischen Doktrin? Natürlich leugnen die Staatsmänner der BRD und anderer NATO-Länder das. Sie sprechen vom Wunsch nach friedlichen Beziehungen zu Moskau. Deklarationen jedoch bleiben Deklarationen und Raketen Raketen.

Wenn heute in Europa tatsächlich die Gefahr eines Krieges existiert, dann ist es die eines Krieges der USA gegen den Sozialismus, in dem den europäischen Ländern die Rolle der Startrampe für den Erstschlag zugedacht ist. Mit anderen Worten, die wichtigste Besonderheit der gegenwärtigen Kriegsgefahr für Europa besteht im Unterschied zur Vergangenheit darin, daß sie nicht europäischen Ursprungs ist. Ihr Ursprung liegt in den USA. Diese Gefahr ist, wenn man das so sagen darf, nach Europa importiert oder, noch genauer, ihm von außen aufgezwungen worden.

II

Die UdSSR und die BRD sind bedeutende europäische Staaten. Sie verfügen über ein beachtliches wirtschaftliches, intellektuelles und kulturelles Potential. Schon deshalb hängt von ihnen viel ab, wie sich die Entwicklung auf dem Kontinent vollzieht und was hier zu erwarten ist. Das stimmt um so mehr, wenn man die Lehren der Vergangenheit berücksichtigt. Innerhalb weniger Jahrzehnte hat Europa die Schrecken von zwei Weltkriegen erfahren. Beide sind von unserem Kontinent ausgegangen. Ihr Urheber war in beiden Fällen der deutsche Imperialismus. Unsere Heimat aber - Rußland, die Sowjetunion - war beide Male Objekt seiner Aggression.

Die UdSSR ist weit davon entfernt, nachtragend oder rachsüchtig zu sein. Wenn wir heute an die Vergangenheit erinnern, dann nur, um ein weiteres Mal zu appellieren: Laßt uns doch gemeinsam alles tun, damit sich die Vergangenheit nicht wiederholt und um die Verantwortung der heutigen Generation der Deutschen für die Zukunft unseres Kontinents und für uns alle zu betonen.

Natürlich könnte man fragen, ob es denn wirklich Sinn hat, die Vergangenheit zu beschwören? Haben die Bundesregierungen, darunter auch die gegenwärtige, nicht erklärt, daß nie wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehen dürfe? Ja, das haben sie, und von uns wurden diese Erklärungen mit angemessenem Ernst zur Kenntnis genommen. Dennoch haben wir genügend Gründe, immer wieder an die Lehren der Geschichte zu erinnern.

In den letzten 15 Jahren wurde ein Vertragssystem geschaffen, das, so sollte man denken, eine feste Grundlage für friedliche Beziehungen zwischen der BRD und ihren Nachbarn bildet. Diese Verträge fixieren unter anderem die Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen. Eine besondere Rolle und Bedeutung kommt dabei den Verträgen der BRD mit der UdSSR, mit Polen, der CSSR und der DDR zu.

In der Sowjetunion wird dem Moskauer Vertrag von 1970 nach wie vor hoher Wert beigemessen, da man ihn als eine wichtige Garantie für den europäischen Frieden und als eine gute Basis für den Ausbau der Beziehungen zwischen unseren Ländern ansieht. Das wurde von uns mehrfach auf höchster Ebene unterstrichen, zuletzt während der Begegnung Konstantin Tschernenkos mit Hans-Dietrich Genscher. Mit desto größerer Besorgnis müssen wir in jüngster Zeit eindeutige Anzeichen dafür registrieren, daß man von den in diesem Vertrag und danach in der Schlußakte von Helsinki festgelegten Prinzipien abweicht, und zwar nicht unsererseits.

Wir meinen hier unter anderem die sich häufenden revanchistischen Tendenzen in der BRD. Spricht man darüber mit Bonner Politikern, geben sie sich erstaunt, sogar empört und spielen die beleidigte Unschuld. Die revanchistischen Organisationen aber schaffen zur gleichen Zeit immer neue Ableger.

Doch das ist nicht einmal das Entscheidende. An den Revanchistentreffen beteiligen sich heute namhafte Repräsentanten der Bundesrepublik, darunter auch ihr Präsident. Manche Minister fordern offen eine Revidierung der Grenzen. Bislang weigert sich Bonn, die Souveränität der DDR voll anzuerkennen. Die Regierung duldet die Herausgabe von im Schulunterricht verwendeten Landkarten, auf denen Deutschland in den Grenzen von 1937 dargestellt wird, und es erscheinen Schriften, darunter Lehrbücher, in denen der Faschismus und seine Eroberungspolitik reingewaschen werden sollen. Keineswegs konsequent wird auch das Vierseitige Abkommen über West-Berlin eingehalten. Jüngstes Beispiel dafür war die kürzliche Teilnahme der Bevölkerung dieser Stadt, die kein Bestandteil der BRD ist und nicht von ihr verwaltet wird, an den "Europa-Wahlen". Das alles, wir wiederholen es, widerspricht Geist und Buchstaben sowohl den von der BRD geschlossenen Verträgen als auch der von ihr mitunterzeichneten KSZE-Schlußakte.

Lassen Sie mich klar aussprechen, daß die sowjetischen Bürger von all dem beunruhigt sind, um so mehr als die eindeutig revanchistischen Ansprüche an die DDR jetzt auch in offiziellen Dokumenten

der NATO ihren Niederschlag finden (zum Beispiel in den Dokumenten der jüngsten Washingtoner Ratstagung). Die Bundesregierung trägt hierfür ein hohes Maß an Mitverantwortung.

Noch einmal: Wir führen das alles nicht an, weil wir nachtragend wären oder uns von Rachegefühlen leiten ließen. Es handelt sich ganz einfach um die Wachsamkeit eines Volkes, das bei der Abwehr der Aggression des deutschen Imperialismus 20 Millionen Menschen verloren hat.

Und noch etwas: Gewiß sieht man bei uns keinesfalls alle Bundesbürger als Revanchisten an. Wir wissen, daß sich in der BRD viele einflußreiche politische Kräfte, insbesondere in der SPD, sowie viele namhafte Politiker anderer Parteien und Millionen Bürger gegen den Revanchismus wenden. Aber wir wissen auch: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch. Wir sind überzeugt: Das Auftreten des Revanchismus sollte in erster Linie bei allen aufrechten Patrioten der Bundesrepublik Befürchtungen und Unruhe auslösen. Wachsamkeit gegenüber dem Revanchismus, unter welchem Aushängeschild auch immer, ist untrennbar verbunden mit der Verantwortung für die Zukunft, die Zukunft der BRD selbst und ganz Europas und natürlich auch für unsere zukünftigen Beziehungen.

III

Setzt man den Gedanken der Verantwortung der BRD für die Zukunft unserer Beziehungen, den Frieden in Europa und für die Existenz des Kontinents fort, schließt sich der Kreis wieder beim Thema Raketen.

Denken wir in erster Linie an folgendes: Als 1979 der berüchtigte "Doppelbeschluß" der NATO gefaßt wurde, kamen aus den westeuropäischen Ländern, einschließlich der BRD, immer wieder Erklärungen, man müsse mit der UdSSR verhandeln, um die "Nachrüstung" zu vermeiden; in Diskussionen müsse man zur Entscheidung über die Reduzierung der sowjetischen Raketen kommen. Dabei gab es auch konkrete Empfehlungen und konkrete Zahlen. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt äußerte während der Verhandlungen in Bonn im November 1981 den sowjetischen Repräsentanten gegenüber, wenn sich die Sowjetunion einverstanden erkläre, die Anzahl ihrer Raketen auf den Stand von 1977/1978 herabzusetzen, dann würde die Notwendigkeit der Stationierung von US-Raketen entfallen.

Wir waren und sind der Ansicht, daß Bemühungen der anderen Länder um deren Sicherheit (mögen sie in diesem Falle auch nicht gerechtfertigt gewesen sein, denn die UdSSR ist für niemanden eine Bedrohung) geachtet werden müssen. Deshalb hat die Sowjetunion die Überlegungen, die in den Hauptstädten der westeuropäischen Länder geäußert wurden, ernst genommen.

Erinnern wir daran, daß die UdSSR zunächst vorgeschlagen hatte, alle Kernwaffen in Europa - mittlerer Reichweite wie taktische - zu beseitigen. Da der Westen dem nicht zustimmte, schlugen wir vor, eine wesentliche Reduzierung der real in Europa vorhandenen Anzahl von nuklearen Mittelstreckenwaffen vorzunehmen, und zwar um ein Drittel, dabei natürlich nicht nur der sowjetischen Raketen, sondern auch der entsprechenden sowjetischen und der amerikanischen Trägermittel.

Die Sowjetunion hat diesen Vorschlag im Laufe der Verhandlungen erweitert und präzisiert. Bei einer aufmerksamen Betrachtung all unserer Präzisierungen läßt sich unschwer erkennen, daß sie eine ausgewogene Reaktion auf die Vorstellungen und Wünsche unserer westeuropäischen Partner darstellten. In Westeuropa wurde beispielsweise die Erwägung laut, daß eine Reduzierung sowjetischer Raketen allein auf dem europäischen Territorium unzureichend sei, da auch die in Asien dislozierten Raketen das Territorium europäischer Länder erreichen könnten. Daraufhin bot die Sowjetunion an, ihre Raketen auch auf dem Territorium jener ihrer asiatischen Gebiete zu reduzieren, von denen aus sie westeuropäische Länder erreichen könnten.

Als westeuropäische Politiker die Ansicht aussprachen, eine Reduzierung der Raketen durch ihre Verlegung beispielsweise nach Osten würde kaum etwas einbringen, da sie von dort rasch wieder nach Westen transportiert werden könnten, reagierte die Sowjetunion wiederum mit der Bereitschaft, eine Anzahl von Raketen nicht nur abzuziehen, sondern diese zu vernichten. Als Westeuropa die Frage aufwarf, bei einer Reduzierung nicht nur die Startrampen, sondern auch die Sprengköpfe zu berücksichtigen, ging die Sowjetunion auch darauf ein und schlug vor, eine Parität in Sprengköpfen zu erzielen.

Kaiser

Beide Referenten haben eine Vielzahl von Themen aufgeworfen, die wir sicher nicht alle behandeln können. Mein Vorschlag wäre, daß wir zunächst versuchen, einige Meinungsverschiedenheiten zu klären, die sich aus den beiden Referaten ergeben. Wir sollten uns dann auf einzelne Sachgebiete konzentrieren, beginnend mit der Frage der Kernwaffen und Abrüstung.

Weidenfeld

Nach diesen beiden Vorträgen scheint es mir noch schwieriger zu sein, als vorher von mir erwartet, eine gemeinsame Interpretationsformel für die schwierige Lage der Ost-West-Beziehungen zu finden. Mich interessiert in diesem Zusammenhang vor allem der konzeptionelle Rahmen der sowjetischen Politik angesichts der vielschichtigen Eindrücke, die man in der jüngsten Vergangenheit zu den Ost-West-Beziehungen hat sammeln können.

Ich möchte dazu drei Fragen stellen. Erstens: Wir haben eine ganze Ära der Ost-West-Beziehungen mit dem Begriff der Entspannungspolitik bezeichnet. Wie qualifiziert die Sowjetunion die heutige Lage der Ost-West-Beziehungen: als Krise der Entspannung, Ende der Entspannung, Atempause der Entspannungspolitik? Oder differenzieren Sie in Ihren Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa? Zweifellos besteht für die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion eine besondere Verpflichtung zur Entspannung. In Artikel I des Moskauer Vertrages werden unsere bilateralen Beziehungen ausdrücklich auf das Ziel festgelegt, die Entspannung zu erreichen. Mich interessiert sehr, welche neuen Schritte über den bisher bekannten Katalog hinaus Sie in dieser Hinsicht unternehmen wollen. Dabei gehe ich allerdings nicht davon aus, daß die Glaubwürdigkeit solcher Schritte durch verbale Attacken gefördert wird, die die Politik der Bundesrepublik verunglimpfen. Ich meine damit Bemerkungen wie beispielsweise: es gebe eine Forderung, die DDR zu liquidieren, oder auch die absurde Feststellung eines Revanchismus in der Bundesrepublik Deutschland. Sie kennen doch unser Land viel zu genau, um zu wissen, daß es bei uns einen solchen Revanchismus nicht gibt.

Zweitens: Die sowjetische Politik, insbesondere die sowjetische Sicherheitspolitik, hat in der jüngsten Vergangenheit, gewollt oder ungewollt, im Ergebnis zu einem beachtlichen internationalen Konstellationswandel außerhalb ihrer eigenen Einflußsphäre beigetragen. Herr Teltschik sprach davon, daß die Westeuropäer enger aneinander gerückt sind. Sie führen beispielsweise Verhandlungen über eine Politische Union und beraten über einen engeren sicherheitspolitischen Zusammenschluß. Herr Sagladin hat erklärt, dies sei zu akzeptieren, solange es nicht zur Spaltung Europas führe. Da es diese Spaltung ja de facto gibt, wäre ich hier für eine Erläuterung seiner Bemerkung dankbar. Es zeigt sich aber auch eine Fülle weiterer Konsequenzen. Ich denke nur an die Politik Japans, an die Politik der Volksrepublik China, an Kurskorrekturen in der Politik etlicher Entwicklungsländer.

Meine Frage: Wie stellt sich die Sowjetunion in ihrem außerpolitischen Konzept auf diese neuen Entwicklungen und Konstellationen ein?

Drittens: Meine dritte Frage bezieht sich auf den Zusammenhang zwischen allgemeinem politischen Klima und dem Interesse an wirtschaftlicher Kooperation. Auch im Westen wird immer wieder über den Zusammenhang zwischen ökonomischer Verflechtung und politischer Abhängigkeit diskutiert. In Zeiten politischer Spannungen wird der Gesichtspunkt, aus ökonomischer Verflechtung könnte sich Abhängigkeit ergeben, sensibler behandelt. Meine Frage ist: Sind die jüngsten Diskussionen, die sich zwischen der Sowjetunion und ihren Partnern im RGW über das angemessene Ausmaß des Westhandels ergeben haben, Ausdruck solcher allgemeinen veränderten politischen Rahmenbedingungen, oder zeigen sich darin in erster Linie divergierende ökonomische Ziele und Interessen?

Shurkin

In unserer Diskussion besteht gleich von Anfang an eine Asymmetrie. Herr Teltschik hat in seinem Referat mehrere Fragen zugleich aufgeworfen. Die Logik der Ost-West-Beziehungen macht es erforderlich, zunächst einmal diese in die Debatte gebrachten Fragen zu beantworten. Er sprach etwa darüber, warum seiner Meinung nach die Entspannungspolitik untergraben wurde. Dabei handelt es sich in der Tat um wichtige prinzipielle Fragen. Die sowjetische Sicht der Dinge zu Angola, Afghanistan, Äthiopien, Polen und Nicaragua ist hier noch nicht dargelegt worden.

Die Politik der Entspannung hat sich in den 70er Jahren in einer recht verwickelten politischen Situation herausgebildet. Das gilt auch für die weltpolitische Situation im allgemeinen. 1973 haben die USA den Umsturz in Chile organisiert. Damit haben sie die legitime Regierung Allende gestürzt. Hier zeigte sich schon, daß die USA trotz des Entspannungsprozesses in anderen Weltregionen keine Zurückhaltung üben. Dieser Umsturz geschah übrigens mit stillschweigender Zustimmung anderer NATO-Mitglieder, darunter auch der Bundesrepublik.

Mitte der 70er Jahre war die politische Situation in Afrika recht kompliziert. Ägypten wandte sich von der UdSSR ab und den USA zu; die portugiesischen Kolonien erlangten ihre Unabhängigkeit und

stellten zum größten Teil gute Beziehungen zu den sozialistischen Ländern her. Zu diesem Zeitpunkt wurde Angola von Südafrika mit Unterstützung der USA und anderer westlicher Länder überfallen. Als südafrikanische Truppen bereits in Luanda standen, hat die legitime angolansische Regierung Kuba um Hilfe gebeten. Damit war es möglich, die Situation zu bereinigen; die Volksrepublik Angola konnte dann gegründet werden.

Es folgte die Entwicklung in Äthiopien, das freundschaftliche Beziehungen zu den USA pflegte, die es jedoch nach der Revolution im Lande abbrach und freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion aufnahm. Umgekehrt ging Somalia Verbindungen zu den USA ein, während es zuvor in freundschaftlicher Beziehung zur Sowjetunion gestanden hatte. Auf eines möchte ich dabei hinweisen: Während der Verbindung Somalias zur Sowjetunion gab es keinen Angriff auf Äthiopien. Der Überfall geschah erst nach Aufnahme der Beziehungen zu den USA. Somalia wurde dabei von den USA unterstützt. Erst nach dem Hilferuf an die Kubaner durch die legitime Regierung Äthiopiens stabilisierte sich die Lage. Dies ist auch heute noch die Situation.

Ich sage dies alles nicht, um anzudeuten, daß wir noch eine lange Liste von Einwänden gegen die USA und die westlichen Länder aufzählen könnten, sondern um klarzumachen, was sich außerhalb der USA und Westeuropas abspielt. Die Sowjetunion hatte ihre Hoffnungen auf eine Normalisierung der Beziehungen zum Westen gesetzt und damit zugleich die Erwartung verbunden, daß brisante Entwicklungen in anderen Teilen der Welt sich auch auf weniger aggressive Weise lösen ließen. Das ist 1973 im Nahen Osten recht gut gelungen.

Die USA und die übrigen NATO-Länder haben jedoch die Ereignisse in anderen Weltregionen als hinreichenden Grund gesehen, den Entspannungsprozeß zu unterwandern. Dies geschah bereits in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Ein erster Anhaltspunkt dafür sind verschiedene NATO-Beschlüsse, angefangen bei der jährlichen dreiprozentigen Erhöhung der Militärausgaben bis zum Ende dieses Jahrhunderts, bis hin zum sogenannten NATO-Doppelbeschuß. Zweitens sind auch die Maßnahmen zur Erhöhung des Kriegspotentials in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Dazu zählt seit Mitte der 70er Jahre die Entwicklung der Mittelstreckenraketen, der Pershing II, die seitdem auf vollen Touren läuft. Das war alles lange vor der Aufstellung der SS 20; seit 1972 wurden Pershing II und andere Mittelstreckenraketen entwickelt. Es kam dann zum Abbruch der Abrüstungsverhandlungen; 1978 haben die USA die Verhandlungen über den Indischen Ozean eingestellt. Vereitelt haben sie im gleichen Jahr Verhandlungen über den internationalen Waffenhandel. Das war alles vor den Ereignissen in Afghanistan. Ebenfalls wurden Verhandlungen über die sogenannten Satellitenschutzwaffen abgebrochen. Im Jahre 1979, noch vor Afghanistan, verhinderten die USA die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages.

Gegenwärtig hat diese Entwicklung in den USA qualitativ und quantitativ ein ganz erhebliches Ausmaß angenommen. Ich nenne nur den sprunghaften Anstieg der Militärausgaben. Erlauben Sie mir, nur eine Zahl zu nennen: Der sowjetische Staatshaushalt beläuft sich insgesamt auf 300 Milliarden Rubel, einschließlich aller Ausgaben für industrielle Investitionen, für Energieversorgung, das Transportwesen, das Lebensmittelprogramm, das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die Verteidigung. Im neuen Finanzjahr, das am 1. Oktober 1984 beginnt, wollen die USA allein für militärische Zwecke 300 Milliarden Dollar ausgeben. Dabei geht es in erster Linie gar nicht um den quantitativen Aspekt, sondern um den konzentriert vorgenommenen Versuch, Erstschlagwaffen auf vielen Gebieten zu entwickeln. Wir sehen darin einen erneuten Versuch, den historischen Wettkampf zweier Systeme durch das Mittel der Gewalt zu lösen - mit oder ohne Krieg. Bedauerlicherweise übernimmt dabei die Bundesrepublik die Rolle eines Hauptstützpunktes.

Was ist in dieser Situation zu tun? Die Haltung der Sowjetunion ist eindeutig. Wir sind der Ansicht, daß es einer grundlegenden Verhaltensänderung bedarf, um das Hineinschlittern in einen Krieg zu vermeiden. Eine entsprechende Reaktion der NATO-Länder, nicht nur der USA, ist bisher nicht zu bemerken. Wir werden immer wieder zum Dialog aufgefordert, was wir prinzipiell auch begrüßen. Aber es handelt sich um einen Dialog, bei dem man die Hände auf den Rücken gebunden hält, denn konkrete Taten sind nicht zu entdecken. Wir hören immer nur Worte, es sei denn, die Probleme sollen allein auf Kosten der Sowjetunion gelöst werden.

Im Referat von Herrn Teltschik waren wieder ähnliche Aufforderungen zu vernehmen, nämlich einseitig Zugeständnisse zu machen, natürlich von Seiten der Sowjetunion. Dazu sind wir jedoch nicht bereit. Mir scheint, der Westen begeht in dieser Hinsicht einen Fehler von historischer Tragweite. Ich plädiere dafür, in unseren Diskussionen den Versuch zu unternehmen, Bereiche gemeinsamer Interessen zu finden, die uns, ohne einseitige Zugeständnisse machen zu müssen, mögliche Wege zu einer positiven Veränderung der internationalen Lage eröffnen.

Rühe

Zunächst eine kurze Bemerkung zu dem, was Herr Sagladin hier über den Inhalt bundesdeutscher Schulbücher gesagt hat. Ich selbst gehöre einer Generation an, die den Zweiten Weltkrieg und die Vorkriegszeit nur aus Geschichtsbüchern kennt. Für alle, die nach mir geboren sind, gilt das in noch stärkerem Maße. Wenn Herr Sagladin recht hätte, müßte hier gewissermaßen ein faschistisches Monster vor Ihnen sitzen. Ich halte das nicht für eine zutreffende Beschreibung, weder von mir, noch von der jungen Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Ich glaube auch nicht, daß wir einen Vergleich von deutschen und sowjetischen Geschichtsbüchern zu scheuen brauchen.

Einen Satz zu den Ausführungen von Herrn Sagladin kann ich unterstreichen: "Sicherheit im Atomzeitalter besteht entweder für alle oder für keinen." Ein besonderes Problem besteht in dem Zusammenhang in Europa; denn die Sowjetunion ist einerseits ein europäischer Nachbar von uns, andererseits aber eine Weltmacht, die sich zu Recht mit den Vereinigten Staaten von Amerika vergleicht. Insofern ist auch das Bild von dem gemeinsamen Haus, das Herr Sagladin am Schluß verwandt hat, nicht zutreffend. So lassen sich die Sicherheitsprobleme aller europäischen Nationen nicht lösen. Wenn er sagt, keine Außenkräfte sollten die Zukunft Europas bestimmen, das könnten die Europäer im Haus Europa selbst, dann verkennt er, daß die Sowjetunion in diesem Haus Europa eine so starke Rolle spielt, daß es für die übrigen Mietparteien der Unterstützung anderer Kräfte bedarf, damit Frieden, Gleichgewicht und Stabilität in Europa herrschen.

Von daher bleibt die zentrale Frage, die auch den Hintergrund der rüstungskontrollpolitischen Diskussionen des vergangenen Jahres bildet: Welche Rolle ist die Sowjetunion bereit, den Amerikanern bei der Aufrechterhaltung von Frieden und gleicher Sicherheit in diesem Haus Europa zuzugestehen? Für uns als Deutsche ist jedenfalls klar, daß die Vereinigten Staaten hier eine gewichtige Rolle spielen müssen. Die Bundesrepublik und die anderen westeuropäischen Nationen sind allein nicht in der Lage, für Gleichgewicht, Stabilität und Sicherheit zu sorgen. Auf diese Grundfrage muß die Sowjetunion eine Antwort geben.

Herr Sagladin hat weiter gesagt, Worte seien nicht viel wert; er verwies auf die Erklärungen von Washington und London, die im Wortlaut flexibel und gemäßigt seien. Es käme aber auf Taten an. Das ist im Prinzip sicher richtig, aber in der Politik sind auch Worte Taten. Sie selbst haben die harten Worte des amerikanischen Präsidenten in der Vergangenheit als Tat empfunden. Deshalb wäre es durchaus ein Fortschritt, wenn sowjetische Erklärungen und Erklärungen des Warschauer Pakts auch in Worten flexibel und gemäßigt wären. Es wäre ein konkreter Schritt nach vorne, wenn beide Seiten sich in ihren Worten mäßigten und im übrigen alles tun würden, um zu verhindern, daß sie Gefangene ihrer eigenen Propaganda werden. Auch in der jetzigen Situation sind durchaus Taten möglich. Vernünftigerweise sollte man sich nicht gleich den schwierigsten Problemen zuwenden, sondern zunächst mit kleineren Schritten anfangen.

Aus meiner Sicht bietet hierfür die multilaterale Konferenz in Stockholm für Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen eine gute Grundlage. Dort könnten kleine, aber konkrete Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen vereinbart werden. Das Anliegen, das die Sowjetunion in Stockholm in den Vordergrund geschoben hat, nämlich die Frage eines Gewaltverzichts, ist inzwischen auch von westlicher Seite, von deutscher wie von amerikanischer Seite, positiver gewürdigt worden. Mich würde auch hier interessieren, wie die Sowjetunion auf das Angebot des amerikanischen Präsidenten, über Gewaltverzichtserklärungen zu verhandeln, reagieren wird.

Zweitens: Wie stehen Sie zu dem amerikanischen Vorschlag eines Gipfeltreffens, den Herr Teltschik erwähnt hat? Der amerikanische Präsident hat in seiner jüngsten Rede zu diesem Thema so gut wie keine Vorbedingungen gestellt. Es muß nur eine gewisse Tagesordnung geben und die Chance bestehen, sich wenigstens in einem Punkt zu einigen. Das braucht kein sehr bedeutender Punkt zu sein. Meine Frage ist: Gibt es sowjetische Vorbedingungen für ein Gipfeltreffen? Wenn ja, welche? Wie wird die Sowjetunion auf diesen Vorschlag des amerikanischen Präsidenten konkret reagieren?

Proektor

Ich habe den Ausführungen von Herrn Teltschik mit Interesse zugehört und ziehe daraus den Schluß, daß er in konzentrierter Form die gegenwärtige Lage in einer Weise dargelegt hat, wie sie für eine bestimmte Fraktion der westdeutschen Gesellschaft kennzeichnend ist. Es ist uns bekannt, daß es zu den Ost-West-Beziehungen und zu Fragen der europäischen Sicherheit in den anderen Schichten der bundesdeutschen Gesellschaft ein durchaus komplexes Spektrum von Meinungen gibt. Mit vielen dieser Ansichten, die wir auch hier gehört haben, stimme ich nicht überein. In einigen Punkten bin ich sogar entgegengesetzter Meinung. Ich will aber nicht polemisieren und mich mit dem, was hier gesagt wurde, nicht weiter auseinandersetzen; denn Genösse Sagladin hat bereits auf alle prinzipiellen

Fragen Antworten gegeben, denen ich voll zustimme. Ich beschränke mich auf einige Bemerkungen zur heutigen Situation in Europa und zu den Beziehungen zwischen Ost und West im allgemeinen.

Bekanntlich ist sowohl den Sowjetmenschen als auch den Deutschen das historische Denken eigen. Auch heute wurde bereits von der Geschichte gesprochen. Für uns alle ist es von großer Bedeutung, daß wir nicht nur die Gegenwart und die Entwicklung bis zum Ende dieses Jahrhunderts sehen. Wenn wir dieses ganze Jahrhundert überblicken, dann erkennen wir, daß die Fragen von Krieg und Frieden und der sozialen Revolutionen immer wieder im Mittelpunkt gestanden haben.

Für die Gegenwart würde ich folgende allgemeine Schlußfolgerungen aus dieser Entwicklung ziehen. Zunächst meine ich, daß die Entspannung zwischen Ost und West in Europa und auch darüber hinaus tiefe Wurzeln hat. Damit knüpfe ich an die diesbezügliche Frage von Herrn Weidenfeld an. Für die Entspannung gibt es meines Erachtens mindestens drei Gründe.

Erstens: Es bestehen gemeinsame Sicherheitsinteressen; denn wir wissen sowohl im Westen als auch im Osten, daß wir zusammen leben oder zusammen sterben müssen.

Zweitens: Zweifellos gibt es auch ein großes Interesse für die Zusammenarbeit auf einer Reihe von Gebieten, beispielsweise der Wirtschaft, der Technologie, der Wissenschaft und des Kulturaustausches.

Drittens sollten wir uns daran erinnern, daß wir alle Europäer sind, daß wir auch eine lange gemeinsame Geschichte haben, das, was Herr Sagladin als das "europäische Haus" bezeichnet hat. Dieses Haus wurde im Laufe von zweitausend Jahren gebaut. Ich möchte in keiner Weise Westeuropa gegen den "großen Bruder", also die USA, stellen, aber ich muß doch sagen, daß Europa nicht Amerika ist, sowohl was die historischen Erfahrungen als auch was die Traditionen und auch die Weltanschauungen angeht.

Ich meine also, daß die Entspannung zumindest aus den vorgenannten Gründen tiefe Wurzeln hat, und daß die 70er Jahre für Europa keine zufällige Episode gewesen sind.

Ich möchte eine zweite Schlußfolgerung ziehen: Wenn wir unsere Geschichte in diesem Jahrhundert betrachten, so müssen wir feststellen, daß die beiden Weltkriege von Europa ausgingen und Europa weitgehend zerstört haben. Ein dritter Weltkrieg würde Europa zweifellos vernichten. Ich füge hinzu - das zeigt vor allem die Geschichte des deutschen Imperialismus;- , daß diejenigen, die den Konflikt in Europa schüren und den Weltkrieg vorn Zaune brechen, zugrunde gehen werden. Deshalb ist die Entfesselung der Aggression sowohl für Europa als auch für die ganze Welt verhängnisvoll.

Drittens möchte ich hervorheben, daß die sozialen Probleme für die Fragen von Krieg und Frieden heute eine außerordentliche Rolle spielen. Beide Weltkriege standen im Zusammenhang mit großen Veränderungen der sozialen Lage, insbesondere durch die Revolutionen. Die Massenfriedensbewegungen, die wir heute sowohl im Westen als auch im Osten Europas beobachten - teilweise auch in Amerika-, knüpfen an jene Prozesse an, die nach den beiden Weltkriegen zustande kamen.

Meine letzte Schlußfolgerung besteht darin: Wir dürfen auf keinen Fall die eine oder die andere Seite dämonisieren oder idealisieren. Man sollte ihnen keine Etiketten umhängen und sie für Dinge anklagen, die gar nicht vorhanden sind. Das frühere Deutschland hat in dieser Hinsicht tragische Erfahrungen gemacht. Und wenn Herr Teltschik hier sagt: "Wir erwarten, daß die Sowjetunion damit aufhört, Spannungen zu schüren und die Entspannung zu hintertreiben", dann bin ich über solche Worte wirklich enttäuscht. Die Sowjetunion ist auf keinen Fall die Ursache der Spannung in der heutigen Welt. Das möchte ich mit vollem Nachdruck sagen.

In einem vor kurzem veröffentlichten Artikel in "Monde Diplomatique" wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß die Vereinigten Staaten von Amerika diese Spannung heute brauchen, und zwar sowohl aus politischen als auch aus ökonomischen Gründen. Die politischen Gründe sehe ich persönlich darin, daß die USA auf diese Weise versuchen, ihre Verbündeten stärker an sich zu fesseln - das gilt vor allem für die europäischen Verbündeten;- , indem man die Legende von der sowjetischen Bedrohung geschaffen hat. Die ökonomischen Überlegungen sind, daß sich angesichts der Spannung der Zustrom von Kapital in die USA verstärkt und damit den Wert des Dollars ansteigen läßt. Es werden auch eine ganze Reihe anderer Gründe genannt, mit denen ich voll übereinstimme und die deutlich machen, warum es für die USA notwendig ist, die Spannung zu schüren. Ohne diese Legende einer sowjetischen Bedrohung ist es für die amerikanische Administration schwer, eine eigenständige atlantische Politik zu betreiben.

Lassen Sie mich noch auf einen letzten Punkt eingehen. Wir glauben an die Aufrichtigkeit von Erklärungen der Bundesrepublik Deutschland, daß von deutschem Boden niemals wieder ein Krieg

ausgehen darf. Die Menschen der Bundesrepublik Deutschland, ein Land, das an der Scheide zwischen zwei Gesellschaftssystemen im Herzen Europas liegt, wünschen auf keinen Fall den Krieg, schon gar nicht einen nuklearen Krieg. Was wir aber feststellen müssen, ist, daß ein tragischer Widerspruch zwischen diesen sicher aufrichtigen Erklärungen und der Militärpolitik besteht, die die Bundesrepublik Deutschland betreibt.

Was das Potential der Kernwaffen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland angeht, belegt die BRD den dritten Platz in der Welt. Wir kennen das NATO-Kommandosystem recht gut und wissen, daß im Fall einer Krise vom Boden Westdeutschlands aus Aktionen unternommen werden könnten, die auch gegen den Willen der Bundesrepublik einen nuklearen Konflikt auslösen würden. Uns ist bekannt, daß für die neuen Raketen, die die USA in Westdeutschland stationieren, nicht das Prinzip von den zwei Schlüsseln gilt. Mit anderen Worten: Es wird nur einen Schlüssel geben, und das Recht, auf den Knopf zu drücken, liegt nicht in den Händen der westdeutschen Regierung.

Des weiteren kommt es jetzt in der Bundesrepublik zu einer beträchtlichen Aufrüstung auf dem Gebiet der konventionellen Waffen. Es gibt breite Auseinandersetzungen über eine neue Struktur für die atlantische Sicherheit. Man kehrt zu den Vorstellungen von Kennedy von den zwei Säulen zurück und versucht zu beweisen, daß die zweite Säule - nämlich Westeuropa - fast nicht funktionsfähig ist und deshalb verstärkt werden muß, vor allem durch konventionelle Waffensysteme. Nicht ausgeschlossen ist aber auch die Integration von Kernwaffensystemen durch die Kernwaffenstaaten. Wir wissen, wie die Umrüstung in Frankreich und England vor sich geht. Aus diesem Grunde weisen wir auf die Gefahr hin, die gegenwärtig durch das westeuropäische Kernwaffenpotential geschaffen wird.

Trotz allem möchte ich hoffen, daß wir einen Stand erreichen werden, wo die Zahl der Punkte in unseren Positionen, in denen wir übereinstimmen oder fast übereinstimmen, die Zahl der Probleme, die uns trennen, übersteigt. Wir streben in unserer Politik danach, nach Möglichkeit mehr gemeinsame Positionen zu finden, um Europa zu einer wirklich friedlichen Region zu machen.

Soell

Zu dem, was Herr Proektor über den Zusammenhang von Rüstung und Politik in den USA sagt, gibt es auch in den USA selbst ganz andere Meinungen, die deutlich machen, daß dieses Ausmaß an Rüstung die regionalen und strukturellen Disproportionalitäten innerhalb der US-Wirtschaft verstärkt und nicht erleichtert. Ich will darauf jetzt nicht weiter eingehen.

Ich greife zunächst die These von Herrn Teltschik auf, daß auch in der westlichen Demokratie die politischen Entscheidungen von der Regierung getroffen werden und nicht von der Straße oder von der Opposition. Damit hier keine Mißverständnisse entstehen, möchte ich betonen, daß für uns das öffentliche Ringen von unterschiedlichen Meinungen ein wesentliches Zeichen für eine Demokratie in Freiheit ist. Man darf auch keine Ängste entwickeln, wenn versucht wird, diesen Meinungsbildungsprozeß von außen zu beeinflussen. Das gilt selbst dann, wenn von außen Vertreter einer Macht, insbesondere einer Großmacht, in Deutschland ungehindert sprechen können, die in ihrem eigenen System solche Regeln nicht zuläßt. Ich halte dies für ein Zeichen politischer und moralischer Stärke und nicht für Schwäche.

Herr Shurkin sprach dann von Asymmetrien. Es gibt in der Geschichte unserer beider Völker sehr viele solcher Asymmetrien, auch im geschichtlichen Erleben. Ich bin eine Studentengeneration älter als Herr Ruhe. Ich habe die letzten zwei Kriegsjahre als 5- und 6jähriger Junge sehr nachdrücklich bei Tiefflieger- und Bombenangriffen erlebt. Für mich ist dies ein starker Antrieb gewesen, mich später als Schüler und Student mit der Geschichte der Kriege in diesem Jahrhundert zu beschäftigen. Deshalb bin ich auch Historiker geworden. Ich habe durch meine Studien das Ausmaß des Leidens der Völker in der Sowjetunion kennengelernt. Diese Erkenntnis hat mich dazu gebracht, mich seit den 60er Jahren für die Entspannungspolitik einzusetzen. Bis Anfang der 70er Jahre stand die Mehrheit der deutschen Bevölkerung durchaus noch nicht hinter dieser Politik, wie das heute der Fall ist. Das gilt insbesondere für die Grenzfragen. Dabei unterscheide ich allerdings, wie viele andere auch, zwischen einer Infragestellung der Grenzen in Europa, was ich ablehne, und dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, das ich als Grundsatz akzeptiere. Wir dürften uns aber an diesem Tisch wohl alle einig sein, daß für die Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechts die Zustimmung aller europäischen Nachbarn notwendig ist.

Im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschuß und den Verhandlungen in Genf erwähnte Herr Sagladin den Vorschlag des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt vom Herbst 1981. Lassen Sie mich etwas spekulativ sagen: Wenn die Sowjetunion damals größere Kompromißbereitschaft gezeigt hätte in einer Frage, die für die Bundesrepublik in der Tat sehr wichtig war, hätte sie vielleicht dazu beitragen können, daß es heute noch ein Kabinett unter der Führung von Helmut Schmidt gäbe.

Herr Sagladin kritisiert, der Westen mache nur rhetorisch Friedensvorschläge; die Fakten, die er setze, stünden voll im Widerspruch zu dieser Rhetorik. Dem möchte ich die Frage entgegenhalten, ob etwa die Sprache, die die Sowjetunion bei der Nach-Nachrüstung benutzt, präzise und angemessen ist. Sie sagen, das seien reine Gegenmaßnahmen. Damit können Sie aber unseren Verdacht nicht ausräumen, daß diese Waffen, die ja schon seit langem entwickelt worden sind, möglicherweise auch ohne westliche Nachrüstung, also ohne die Stationierung von Pershings und Cruise Missiles aufgestellt worden wären. Die Kompromißvorschläge, die die Sowjetunion im Herbst 1983 in Genf vorgelegt hat, waren zwar etwas präziser als vorher- ich gehörte damals mit Egon Bahr dem Unterausschuß "Abrüstung - Rüstungskontrolle" an, der sich in Genf genau informierte;-; in der Gesamttendenz waren sie aber nach wie vor so dunkel, daß ein Durchbruch in den Verhandlungen immer schwerer wurde. Wenn solche Vorschläge zwei oder drei Jahre früher auf dem Tisch gelegen hätten, wäre ein Durchbruch sicher möglich gewesen. Mit diesen Vorschlägen hat die Sowjetunion in gewisser Weise zugegeben, daß sie bei der Rüstung mit den SS 20 überzogen hatte. Sieht man sich jetzt die sogenannten Gegenmaßnahmen gegen die Nachrüstung an, so wird man den Verdacht nicht los, daß die Sowjetunion erneut vorzieht, um später gegebenenfalls einen Teilschritt wieder zurückgehen zu können. Dies übt auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik und in anderen Ländern Westeuropas jedenfalls keinen positiven Einfluß aus.

Nun kann man trotz der teilweise sehr düsteren Sicht der Dinge, die hier geäußert worden ist, zweifellos auch gewisse Fortschritte feststellen, wenn man die einzelnen Abrüstungsvorschläge über Jahre hinweg betrachtet. Das gilt zumindest für die Vorschläge, wenn auch noch nicht für die Substanz von Verhandlungserfolgen. Zu diesen Vorschlägen zähle ich etwa die sowjetische Bereitschaft, die seit Januar 1983 bekundet wird, ein umfassendes Gewaltverzichtsabkommen zu schließen, das nicht nur auf den Ersteinsatz von atomaren Waffen verzichtet, sondern auf den generellen Verzicht des Gebrauchs jeder Art von Waffen abzielt. Dies sehe ich im Zusammenhang mit den westlichen Vorschlägen, die wir schon seit über 10 Jahren äußern und die darauf gerichtet sind, die konventionell ausgerüsteten Truppen in Westeuropa zu verringern. Es sollte kein Zweifel darüber bestehen, daß uns nicht nur an dem Grundsatz gelegen ist, von deutschem Boden soll nie wieder ein Krieg ausgehen, sondern wir wollen verhindern, daß auf deutschem wie auf europäischem Boden überhaupt ein Krieg stattfindet.

Deshalb frage ich Herrn Sagladin: Schließt Ihr Vorschlag, atomwaffenfreie Zonen in Europa einzurichten, auch solche Zonen mit ein, die nicht in Europa liegen, in denen aber Waffen stationiert sind, die auf europäische Ziele gerichtet sind? Diese müssen jedenfalls aus unserer Perspektive mit einbezogen werden.

Grigorjew

Heute ist es schon schwer, sich all der Details vergangener Ereignisse zu erinnern, wie zum Beispiel daran, was vor acht Jahren in der Frage der Euro-Raketen entschieden wurde. Es läßt sich kaum mehr sagen, was hätte geschehen können, wenn das eine oder andere noch vor dem Doppelbeschluß in die Tat umgesetzt worden wäre. Was wäre beispielsweise geschehen, wenn die NATO unserem Vorschlag zugestimmt hätte, vor dem Datum des Doppelbeschlusses Verhandlungen über die Reduzierung von Mittelstreckenwaffen in Mitteleuropa aufzunehmen?

Ein Wort zu Herrn Soell: Die Sowjetunion kann nicht die Verantwortung für das Schicksal der Schmidt-Regierung übernehmen; das liegt wirklich außerhalb unseres Kompetenzbereichs. Ich habe auch den Eindruck, daß in unserer Diskussion, wenn auch unsichtbar, ebenfalls die USA zugegen sind. Zumindest schwingt in den Äußerungen unserer westdeutschen Kollegen hier etwas mit, als ob sie wie Anwälte die Position der USA verteidigen. Oder aber sie vertreten eine Auffassung, die irgendwo in der Mitte liegt, indem sie beide Seiten ansprechen und dabei den Frieden gewissermaßen als eine bipolare Erscheinung verstehen, obwohl die Welt ja in Wirklichkeit sehr viel mannigfaltiger und komplizierter ist.

Die Frage nach der Rolle der USA in Europa ist in der Tat von großer Bedeutung, denn sie lassen sich aus der modernen Welt nicht ausklammern. Wir halten auch die USA nicht für ein Reich des Bösen, aber wir müssen ihre Politik so einschätzen, wie sie ist. Um die Tatsachen kommen wir nicht herum. Wir haben ein gutes Gehör und vernehmen ein Gurren wie von einer Taube, die von Übersee herüberkommt. Aber Sie wissen so gut wie wir, daß drüben eine Wahlkampagne läuft, daß dies eine bestimmte Rolle in der amerikanischen Gesellschaft spielt und sich auch verbal in der amerikanischen Politik auswirkt. Aber es liegt auch für jeden Nichtexperten auf der Hand, in welchem Ausmaß die amerikanische Politik das Wettrüsten vorantreibt; in welchen Kriegskategorien dort gedacht wird, wenn es um die Lösung der gegenwärtigen internationalen Probleme geht, sei es, daß es sich um globale oder regionale, sei es, daß es sich um bilaterale Probleme handelt.

Man kann sich nicht einfach über die derzeitigen Ereignisse in Nicaragua hinwegsetzen; man kann auch nicht den Einsatz des Kreuzers "New Jersey" vergessen, der mit seinen Granaten Kinder in Beirut tötete. Die amerikanischen Aktivitäten lassen sich auf der ganzen Erdkugel verfolgen - in Australien, in Norwegen, im Mittelmeer, in Südkorea. Das ist kein überzeichnetes Bild, sondern gibt leider den realen Sachverhalt wieder, der uns - und nicht nur uns - besorgt stimmt.

Welche Rolle spielen die USA hier in Europa? Ich denke an die Aufstockung der Kernwaffenarsenale auf europäischem Boden. Ist die Welt durch die Nachrüstung eigentlich sicherer geworden? Ob heute mehr oder weniger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Angst vor einem Krieg haben? Ich weiß es nicht. Ich bin aber sicher, daß viele Menschen über die Entwicklung besorgt sind. Ich erfahre gerade aus meiner Redaktion, daß sich am vergangenen Sonntag über fünf Millionen Menschen in der freiwilligen Volksbefragung in Ihrem Land gegen die Stationierung amerikanischer Raketen ausgesprochen haben, weil sie darin eine Kriegsgefahr sehen. Und fünf Millionen sind ein wesentlicher Teil des Volkes. Oder kann man in der BRD die Meinung von fünf Millionen Menschen einfach umgehen?

Die USA könnten schon eine konstruktivere Rolle sowohl in Europa als auch in der Welt spielen, statt mit Milliardenbeträgen die Hochrüstung zu forcieren und die Militarisierung des Weltraums zu betreiben. Ich halte diese Pläne für sehr unvernünftig. Was könnten die USA konkret tun, um die Lage in Europa zu entspannen und den Weg zu einem erfolgversprechenden Dialog zu bahnen? Nach meiner Auffassung müßten sie zuerst ihre Erstschlagwaffen aus Europa abziehen.

Man hat oft eingewandt, dies sei eine unrealistische Forderung; aber es bestand schon einmal eine ähnliche Situation in Europa. In den Jahren 1954 bis 1958 hatten die USA Mittelstreckenwaffen in der Türkei, in Italien, in England und in der Bundesrepublik Deutschland stationiert. Nach der sogenannten Kuba-Krise wurden diese Waffen aus Europa abgezogen. Damals hatten die USA begriffen, daß es in der Weise nicht weitergehen konnte. Warum sollte sich nicht auch heutzutage eine solche vernünftige Tendenz in der amerikanischen Politik durchsetzen können?

Es handelt sich bei den Mittelstreckenwaffen nicht in erster Linie um eine Prestigefrage. Auch für die Amerikaner und die Europäer kann es nicht allein eine Frage des Prestiges sein. Was Krieg und Frieden in Europa unmittelbar berührt, darf nicht vom Prestige abhängen. Insbesondere auf diesem Gebiet muß die Vernunft in der Politik Oberhand gewinnen.

Die USA haben die Genfer Verhandlungen zum Scheitern gebracht; denn die Verhandlungen weiterzuführen, wenn die Raketen bereits stationiert werden, ist vollkommen sinnlos. Die Verhandlungen hatten das Ziel, die Zahl der Raketen zu reduzieren. Wenn aber zur gleichen Zeit Raketen stationiert werden, so kann man nur von einem Betrug gegenüber der Öffentlichkeit sprechen. Aus unserer Sicht ist der Wunsch, ja sogar die Forderung außerordentlich realistisch, daß die USA ihre Erstschlagwaffen aus Europa abziehen müssen, um den Weg für konkrete Maßnahmen der nuklearen Abrüstung auf unserem Kontinent freizumachen.

Schäfer

Von sowjetischer Seite - nicht nur von Herrn Sagladin, sondern auch von den anderen sowjetischen Teilnehmern - wird hier erneut behauptet, die in der Bundesrepublik im Laufe dieses Jahres stationierten 18 Pershing-Raketen seien Erstschlags- und Enthauptungswaffen. Hier haben wir einige Interpretationsschwierigkeiten; denn die von Ihrer Seite vorher aufgestellten über 350 SS-20-Raketen sind doch wohl vor allem Erstschlagwaffen. Sie sind von den Europäern auch so eingeschätzt worden, als Bedrohung unserer Sicherheit.

Ich komme noch einmal auf die Logik der zeitlichen Abfolge zurück, die Herr Sagladin hier dargestellt hat. Er sagte, Bundeskanzler Schmidt habe bei seinem Besuch in Moskau 1981 Vorschläge gemacht, die sich auf die Reduzierung der Anzahl der neuen sowjetischen Waffen beziehen, welche etwa seit 1977 bereits stationiert waren. Er sagte weiter, die sowjetische Seite habe in Genf vorgeschlagen, sozusagen über Schmidt hinaus sogar auf die Zahl der Raketen im Jahr 1976 zurückzugehen. Für die ganze Diskussion ist jedoch entscheidend, daß wir von Ihrer Seite nie eine befriedigende Antwort im Hinblick darauf erhalten haben, weshalb Sie überhaupt seit 1976 und früher begonnen haben, diese neuen Waffen aufzustellen, die Sie jetzt vorschlagen, wieder abzubauen. Hier sehen wir zunächst einen logischen Widerspruch, der uns besorgt macht und der uns auch Schwierigkeiten bereitet, Sie zu verstehen. Erst stellen Sie umfangreiche neue Waffensysteme auf, um anschließend Ihre Bereitschaft zu erklären, sie wieder - unter bestimmten Bedingungen - abzubauen zu wollen. Wenn diese Systeme gar nicht aufgebaut worden wären, hätten wir keine Verhandlungen gebraucht und würden uns nicht in der gegenwärtigen schwierigen Situation befinden. Diesen Widerspruch können viele Menschen nicht verstehen.

Die Aufstellung dieser Waffen wurde zu einer Zeit vorbereitet, als wir uns in der Phase der Entspannungspolitik befanden und die berühmten Ostverträge durch die sozialliberale Koalition abgeschlossen wurden. In dieser Phase haben sich auch die USA sehr zurückgehalten, was die Einführung neuer Waffensysteme anging. Das wurde Präsident Carter schlecht gelohnt. Hier liegt ein wesentlicher Grund für das Mißtrauen der Vereinigten Staaten. Letztlich erklärte sich von daher auch der Wahlsieg von Reagan, der gewählt wurde, weil Amerika sich geschwächt empfand.

Herr Teltschik hat nun eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die uns möglicherweise weiterführen. Auch ich stelle die Frage: Warum sollte man in Genf oder anderswo nicht wieder miteinander verhandeln? Vielleicht muß man für diese Verhandlungen einen neuen Rahmen finden. Ihr letzter Vorschlag in Genf lief doch weniger auf eine Reduzierung der Raketen hinaus als vielmehr auf die Forderung, die britischen und französischen Atomwaffen in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Wir haben darin den Versuch von Ihrer Seite gesehen, uns von den amerikanischen Waffen abzukoppeln. Dabei wissen Sie so gut wie wir, daß weder die französische noch die britische Seite jemals erklärt hat, mit ihren Waffen die Bundesrepublik Deutschland verteidigen zu wollen. Dieser Hintergrund war für die Amerikaner und für uns entscheidend.

In einem neuen Verhandlungsrahmen ist zu überlegen, inwieweit die britischen und französischen Waffen, die ja als strategische Waffen angesehen werden, mit einbezogen werden können. Vielleicht kann man die verschiedenen Waffensysteme Mittelstreckenwaffen, strategische Waffen und so weiter - für die Verhandlungen entsprechend aufteilen. Wenn man aber überhaupt nicht zu Verhandlungen bereit ist, kommt es zur Stationierung der vorgesehenen vollen Anzahl amerikanischer Raketen in Westeuropa. Daraufhin wird die Sowjetunion vermutlich wiederum zusätzliche Raketen aufstellen, was ja als sogenannte Gegenmaßnahme bereits in der DDR und in der Tschechoslowakei begonnen wurde. Ein solches Verhalten führt uns nicht weiter. Deshalb sollten wir ernsthaft überlegen, wie wir wieder ins Gespräch kommen können.

Noch ein Wort zum Revanchismus-Vorwurf. Ich kann Ihnen da ganz und gar nicht beipflichten. Im Gegenteil. Ich habe es jetzt selbst im abgelaufenen Europawahlkampf erlebt, daß Ihr Land zur Zeit bei vielen Deutschen eine positive Würdigung erfährt. Viele Deutsche, die weder zu den Grünen noch zur Friedensbewegung zählen, wünschen, daß sich unser Verhältnis zur Sowjetunion verbessert. Sie sollten Ihre Beurteilung der Bundesrepublik nicht immer nur auf kleine Minderheiten abstellen, sondern die Gesamtstimmung in der Bundesrepublik beachten, und die ist Ihnen gegenüber keineswegs negativ. Es irritiert uns deshalb, wenn Sie uns neuerdings in Ihrer Presse so heftig attackieren und uns ständig des Revanchismus zeihen.

Herr Sagladin behauptete, bestimmte Kreise in der Bundesrepublik würden die Ost-Verträge attackieren und die Unverletzlichkeit der Grenzen wieder in Frage stellen. Entscheidend ist aber, wie sich die Bundesregierung verhält. Auch die neue Koalition hält sich an die Verträge, die die alte Koalition abgeschlossen hat. Niemand spricht von einer Liquidierung der DDR, bestimmt nicht Herr Teltschik. Das alles ist maßlos überzogen.

Sie sagen, wir sollten einander nicht dämonisieren. In diesem Punkt stimme ich Ihnen sehr zu. Warum können dann nicht aber die Grenzen offener werden? Viele junge Leute in der DDR wollen gar nicht in den Westen übersiedeln, würden aber gelegentlich ganz gern einmal dorthin reisen. Warum räumt man ihnen diese Möglichkeit nicht ein? Ich sehe darin eine legitime Forderung, an der wir auch in der Bundesrepublik nicht vorbeigehen können. Sie sagen, Volk und Regierung könne man bei Ihnen nicht trennen; Da wäre ich doch sehr dankbar, wenn Sie uns als Ausländern die Gelegenheit geben würden, mit Menschen Ihres Staates intensiver in Kontakt zu kommen. Warum machen Sie in dieser Hinsicht Ausländern so große Schwierigkeiten? Fürchten Sie, daß wir die Menschen der großen Sowjetunion vom Kapitalismus überzeugen könnten? Dazu reicht sicher unsere Zeit in solchen Gesprächen nicht aus.

Als Vorsitzender der deutsch-sowjetischen Parlamentariergruppe in Bonn würde ich zum Beispiel nicht nur mit meinen Kollegen vom Obersten Sowjet diskutieren, sondern auch einmal mit Studenten, Schülern, mit jungen Leuten, mit Bürgern der Sowjetunion oder in der DDR. Ich kann darin weder einen Angriff auf Ihre Grenzen noch auf Ihre Gesellschaft sehen. Auch hier müßten wir vertrauensbildend wirken, also nicht nur im Hinblick auf Manöver. Solche Begegnungen und Kontakte in beiden Richtungen könnten dazu beitragen, daß die falschen Vorstellungen, die es bei uns von Ihnen und die es vor allem bei Ihnen von uns gibt, abgebaut werden. Dann könnten wir sicher auch in der Diskussion über Raketen und andere Rüstungsfragen ein Stückchen weiterkommen.

Shukow

Herr Schäfer hat den Wunsch geäußert, mit sowjetischen Menschen zu sprechen, die wir ihm angeblich vorenthalten. Nun, ich freue mich, Ihnen mitzuteilen, daß Sie morgen in diesem Raum nach Abschluß unserer Diskussion die Möglichkeit haben werden, mit über hundert sowjetischen Jugendlichen zu sprechen, die aus der ganzen Sowjetunion zu uns kommen und die an der Friedensbewegung in unserem Lande beteiligt sind. Denen können Sie alle Fragen stellen, die Sie interessieren. Ihr Wunsch wird also in Erfüllung gehen, und dann können Sie selbst sehen, ob wir Angst vor solchen Kontakten haben.

Sommer

Es hat sich so gefügt, daß das Ost-West-Verhältnis zu einem der beherrschenden Themen meines Journalistendaseins geworden ist. Ich habe meinen allerersten Leitartikel vor genau 25 Jahren geschrieben, als Präsident Eisenhower Nikita Chruschtschow nach Amerika eingeladen hatte. Seitdem habe ich die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen in all ihren Höhen und Tiefen sehr genau aus der Nähe miterlebt. Eines haben mich diese zweieinhalb Jahrzehnte gelehrt: Wann immer die Propagandisten das Wort hatten, kam man bei der Bewältigung der gemeinsamen Probleme überhaupt nicht voran. Da wurden Feindbilder aufgebaut und Popanze entworfen. So wurde der Blick verstellt für die eigentlichen konkret zu lösenden und auch lösbaren Probleme.

Herrn Sagladins Beitrag wies für mich einige sehr interessante Nuancen auf, zugleich bin ich aber doch betroffen über die propagandistische Grobschlächtigkeit einiger seiner Argumente. Wenn dies der Ton sein sollte, in dem sich die Diskussion in den nächsten Jahren abspielen wird, kann nicht viel dabei herauskommen. Es wird dann so steril bleiben, wie es in den Jahren 1966 bis 1969 der Fall war, als Sie die Bundesrepublik schon einmal als revanchistisches Gespenst an die Wand gemalt haben. Sie brauchen sich ja nur anzusehen, wie schlecht die NPD bei uns in Wahlen abschneidet, um zu erkennen, welche minimale Bedeutung die rechtsextremen Kräfte in der Bundesrepublik haben. Es hat doch keinen Sinn, uns nun plötzlich, weil es Ihnen so in den Kram paßt, wiederum des Revanchismus anzuklagen.

Herr Sagladin sagte, es sei die offizielle Doktrin der Vereinigten Staaten, die Sowjetmacht zu liquidieren. Meine deutschen Kollegen wissen, daß ich nicht unbedingt ein Reagan-Fan bin. Ich habe viel Kritik geübt an manchen Äußerungen, die uns in den letzten drei Jahren aus Washington erreichen. Jedoch zu behaupten, es sei die offizielle Doktrin der Vereinigten Staaten, die Sowjetmacht zu liquidieren, geht weit an den Tatsachen vorbei. Wer dieses ernsthaft glaubt, kann in der Tat nicht darauf rechnen, in den Vereinigten Staaten Gesprächspartner zu finden.

Herr Sagladin behauptete dann, er habe in bundesdeutschen Schulbüchern geblättert und festgestellt, daß in ihnen die nazistische Vergangenheit gerechtfertigt oder glorifiziert wird. Ich würde diese Schulbücher gern einmal sehen. Wir selber schauen nämlich sehr genau hin, wie auch unsere westlichen und anderen östlichen Nachbarn, zum Beispiel die Polen, sehr genau darauf achten, was in unseren Schulbüchern über die Epoche des Nationalsozialismus steht. Ich halte Ihre Äußerung für absolut überzogen. Selbst wenn es das eine oder andere ausgefallene Buch dieser Art geben sollte, so ist es mit Sicherheit nicht von den Kultusministern eingeführt worden.

Ein weiterer Punkt ist die Feststellung von Herrn Sagladin, die NATO habe auf ihrer letzten Tagung die Forderung übernommen, daß die DDR zu liquidieren sei. Herr Vogel hat in weiser Voraussicht das Kommunique dieser NATO-Tagung mitgebracht. Ich lese dort nur - um es frei aus dem Englischen zu übersetzen;- daß die Allianz auch weiterhin das politische Ziel der Bundesrepublik Deutschland unterstützt, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk seine Einheit durch freie Selbstbestimmung wiedererlangt. Dies bedeutet nicht, daß die DDR liquidiert werden soll, sondern lediglich, daß wir unsere Hoffnung, eines Tages unser geteiltes Vaterland wiedervereinigt zu sehen oder doch die Teilung, in welcher Form auch immer, zu überwinden, nicht aufgeben. Wir haben stets daraufhingewiesen, daß wir diese Hoffnung nie fahren lassen. Im Gegenteil, wir haben dies beim Abschluß des Moskauer Vertrages im "Brief zur deutschen Einheit" ausdrücklich notifiziert, und Sie haben diese Notifizierung ohne Widerspruch hingenommen.

Für mich war stets ein Aspekt der Ostpolitik, daß die Wiedervereinigung kein operatives Nahziel für unsere Außenpolitik darstellt, aber als Zukunftshoffnung erhalten bleibt. Wir haben das Problem den Gezeiten der Geschichte überlassen, wobei wir wissen, daß diese möglicherweise nicht zu unseren Gunsten arbeiten werden. Aber wir haben dieses Thema nicht völlig abgeschrieben. Das heißt zugleich, daß wir uns über die friedliche Überwindung der Teilung Gedanken machen dürfen. Die Mehrheit meiner Landsleute empfindet immer noch die Einheit Deutschlands als das natürliche Schicksal unseres Volkes, die Teilung hingegen als das widernatürliche. Aber wir wollen - das war der

Kern der Ostverträge - die europäische Geschichte nicht abermals einem Revisionsprozeß unterwerfen. Deshalb erkennen wir die Grenzen an, so wie sie heute sind.

Ich darf Sie an den Gang der damaligen Verhandlungen erinnern: Im ursprünglichen sowjetischen Entwurf stand, daß die Grenzen unveränderlich sein sollten. Am Ende hieß es nur noch, daß sie unantastbar sein sollten. Das heißt, die Verträge stehen historischen Prozessen nicht im Wege, wohl aber verhindern sie gewaltsame Veränderungen. Wer die Dinge so versteht, kann uns nicht vorwerfen, daß wir bestrebt seien, die DDR zu liquidieren. Wer sich solch grobschlächtiger Argumente bedient, setzt sich dem Verdacht aus, daß er nicht sprechfähig oder nicht sprechwillig ist. Der Eindruck, daß die Sowjetunion in der gegenwärtigen Phase nicht sprechfähig oder nicht sprechwillig sei, ist in der Tat in der westlichen Öffentlichkeit weit verbreitet.

Dieser Eindruck wird verstärkt durch eine Reihe sowjetischer Aktionen in der letzten Zeit, die auf eine Verhärtung des Denkens hinweisen, auf eine Politik der gepanzerten Faust anstelle einer Politik des Verhandeln und des Interessenausgleichs. Ich denke nur an den Abschluß der zivilen koreanischen Maschine durch sowjetische Jäger. So etwas darf in einem gut organisierten Staat eigentlich nicht passieren. Wenn es dennoch passiert, sollte die Führung dieses Staates die Größe und den Anstand haben, sich zu entschuldigen und die Verantwortlichen zu bestrafen. Statt dessen haben die Verantwortlichen von Ihnen Orden bekommen. Mich hat das an ein Ereignis im Herbst 1904 erinnert. Damals hatte die russische Baltik-Flotte auf ihrem Weg nach Tsushima im Nebel in der Nordsee drei englische Fischerboote auf der Doggerbank in Grund und Boden gebohrt. Eine Welle der Empörung lief daraufhin durch ganz Europa. Der russische Admiral reagierte so ähnlich wie die Kremlführung 60 Jahre später, indem er sagte: "Erstens haben wir nicht geschossen, und zweitens sind wir angegriffen worden." Hier verrät sich für mich schon fast ein traditionelles nationales Reaktionsmuster.

Auch der jetzige Olympia-Boykott legt die Vermutung nahe, daß Sie nicht sprechfähig oder sprechwillig sind. Ich könnte das verstehen, wenn es sich um eine einfache Retourkutsche auf den Boykott von Präsident Carter im Jahre 1980 handeln würde. Aber so ist es bei uns nicht verstanden worden, sondern als ein Zeichen dafür, daß sich die Sowjetunion im Augenblick abschotten und den Kontakt zwischen Ost und West möglichst auf Null reduzieren will.

Schließlich erwähne ich noch die wiederholte Verletzung der schwedischen Hoheitsgewässer durch Ihre Unterseeboote. All dieses summiert sich bei mir, der ich wirklich gutwillig bin und immer zu den Befürwortern des Dialogs gehört habe und auch heute noch gehöre, zu dem Eindruck, daß Sie zur Zeit an ernsthaften Verhandlungen nicht interessiert sind, sondern lieber die gepanzerte Faust vorzeigen wollen, zu welchem Zweck, weiß ich nicht. Da stelle ich die gleiche Frage wie Metternich, der, als während des Wiener Kongresses der russische Gesandte plötzlich starb, fragte: Was mag er wohl damit bezweckt haben? So ist auch meine Frage: Was mögen Sie wohl mit alledem bezwecken?

Grigorjew

Es wurde schon gesagt, daß wir die Bundesrepublik nicht für einen revanchistischen Staat halten, und wir meinen auch nicht, daß der überwiegende Teil Ihres Volkes revanchistische Ideen hegt.

Ich möchte lediglich zwei Aussagen von offiziellen Vertretern der Bundesregierung zitieren, vor allem von Innenminister Zimmermann, der gesagt hat: "Das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands erfaßt nicht nur die Bundesrepublik und die DDR, sondern auch die ostdeutschen Territorien, die hinter der Oder-Neiße liegen." Und dann noch ein Zitat von Staatsminister Mertes, der im Parlament zum Ausdruck brachte, daß jenseits der Oder-Neiße zwischen Polen und der östlichen Grenze des Deutschen Reiches 11 Millionen Menschen leben, von denen eine Million Deutsche sind - laut Artikel 116 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik habe sich um diese Deutschen zu kümmern, sie zu verteidigen und ihre Rechte zu schützen.

Wie kann man das eigentlich in Einklang bringen mit Artikel 3 des Moskauer Vertrages, wo geschrieben steht, daß heute und in Zukunft keine Grenzen in Europa verändert werden dürfen? Das ist die wichtigste Vorbedingung für den Frieden in Europa. Und das gilt auch für die Grenzen zu Polen. Wozu dienen dann solche Äußerungen? Auf diese Weise wird doch nur die Spannung in Europa weitergeschürt und das Mißtrauen zwischen West und Ost verstärkt. Wie können derartige Bonner Aussagen interpretiert werden?

Altmann

Ich bezweifle, ob es sehr sinnvoll ist, die historische Diskussion zwischen den beiden Systemen in der bisherigen Art und Weise fortzusetzen. Ich vermute, daß unser heutiges Gespräch über Spannung

und Entspannung und über die Verantwortlichkeit der verschiedenen beteiligten Mächte nicht mehr der Lage gerecht wird, in der wir uns tatsächlich befinden.

Wir befinden uns heute in einer rasanten Entwicklung, ohne daß die Politik in der Lage zu sein scheint, diese Entwicklung zu steuern oder zu stoppen. Für mich steht heute nicht die Kriegsdrohung im Vordergrund, sondern ich sehe die eigentliche Problematik darin, daß die technisch-ökonomische Entwicklung so ungeheuer schnell voranschreitet, während sich der Rhythmus der Politik eher verlangsamt. Die Politik kommt nicht mehr mit.

In welcher Lage werden wir uns in, sagen wir, drei Jahren befinden, wenn es - aus welchem Grunde auch immer - nicht zu Verhandlungen kommt und wir keine Lösungen finden? Diese Frage läßt sich nicht dadurch beantworten, daß man sich gegenseitig die Schuld zuschiebt.

Auch "Wettrüsten" ist für diese Entwicklung keine befriedigende Vokabel. Es ist ein historisches, ein veraltetes Wort. Der Prozeß, den wir heute ins Auge fassen müssen, ist Ausdruck des weltweiten technologisch-ökonomischen Wettbewerbs. So wie wir von einem ideologischen Wettbewerb sprechen, der global ist, können wir auch von einem technologisch-ökonomischen Wettbewerb sprechen, der einen grundlegenden Strukturwandel der Weltwirtschaft einschließt, ein schwieriges Problem auch für eine Industrienation wie die Bundesrepublik.

Vor welche neuen Probleme also werden sich die Verhandlungspartner in drei Jahren gestellt sehen? Die Lage braucht dann nicht gespannter, die Kriegsgefahr nicht größer als heute zu sein. Ich nenne vier Komplexe, die uns in Zukunft wahrscheinlich mehr beschäftigen werden als die Fragen, die wir heute diskutieren.

Erstens wird sich die Weltraumstrategie rasant weiterentwickeln, vermutlich erheblich zugunsten der USA. Von daher müssen wir zweitens sehen, daß die heutigen Waffensysteme unter dem Aspekt dieser Weltraumstrategie veraltet sein werden. Drittens werden die sogenannten Abwehrsysteme eine wesentlich größere Bedeutung erlangen, als das heute der Fall ist. Dies gilt im Hinblick auf sämtliche modernen Waffen.

Viertens wird man in diesem Wettkampf der Systeme noch weniger als bisher zwischen Rüstungssektor und ziviler Wirtschaft unterscheiden können. Die Verbindung zwischen Rüstungsindustrie und normalen wirtschaftlichen Interessen, die von der marxistischen Kritik - aber nicht nur von dieser - immer mit dem Imperialismusvorwurf belegt worden ist, wird aus Gründen der technologisch-ökonomischen Entwicklung unauflöslich sein. Dabei wird es nicht mehr wie bisher die Rüstung sein, die den Entwicklungsprozeß antreibt, sondern die Hochtechnologie zwingt die Rüstung ständig nachzuziehen.

Daraus würde ich den Schluß ziehen, daß es in Zukunft nicht mehr um Abrüstung im alten Stil geht. Wir müssen uns um die Frage gemeinsamer Sicherheitssysteme bemühen. Das ist etwas ganz anderes als Gleichgewicht, Abrüstung oder ähnliches. Auf Waffensysteme und überhaupt alle Bedrohungsstrategien, die durch die moderne Wissenschaft und Technologie Systemcharakter erhalten, wird man mit Sicherheitssystemen antworten müssen. Solche Systeme verlangen jedoch das Eingeständnis der Interdependenz, der gegenseitigen Abhängigkeit der Mächte voneinander.

Matwejew

Verständlicherweise finden die Hindernisse und die negativen Faktoren, die eine Gesundung der Lage in Europa stören, große Aufmerksamkeit bei uns. Doch selbst in der heutigen Situation gibt es Möglichkeiten - und wenn sie auch noch so gering sind;- , die Lage zu verbessern. Entscheidend dafür ist, daß sich beide Seiten ernsthaft darum bemühen, etwas Wesentliches zustande zu bringen. Mir scheint es lohnend, diese positiven Möglichkeiten genauer zu untersuchen.

Es wurde hier die Frage gestellt, wie wir auf die Worte Präsident Reagans, die dieser in Dublin geäußert hat, reagieren. Der amerikanische Präsident hat dort etwas relativ Neues gesagt, obwohl er letztlich doch nur wieder die Formel der NATO-Tagung in Washington wiederholt hat. Gibt es hier nun einen rationalen Ansatz, um voranzukommen, oder nicht?

Was unsere Seite betrifft, so ist kürzlich aus Anlaß der Beratung der Staatsoberhäupter der sozialistischen Länder in Moskau noch einmal der Wunsch bekräftigt worden, Verhandlungen über ein Gewaltverzichtsabkommen zu führen, das den Nichtersteinsetzung von Kernwaffen zum Gegenstand hat. Dieser Punkt wird weiter auf der Tagesordnung stehen. Befremdend erscheint uns der Ausgangspunkt Reagans: Wenn die Sowjetunion so sehr an einer Vereinbarung interessiert sei, könne man nach den Zugeständnissen fragen, die sie zu leisten bereit sei.

Aus unserer Sicht bringt ein solcher Vertrag, sollte er denn geschlossen werden, nicht nur uns große Vorteile. Genaugut könnte man die amerikanische Seite nach möglichen Zugeständnissen fragen. Ich möchte aber darauf nicht weiter eingehen, sondern vielmehr auf die Vorbedingung kommen, die Reagan für den Fall der Aufnahme solcher Verhandlungen seitens der NATO-Länder gestellt hat: Diese seien zu Verhandlungen über einen Gewaltverzicht bereit, wenn die Sowjetunion die erwünschten Maßnahmen durchführt.

Der Westen hat nun mehrfach betont, eine solche Vereinbarung sei nur ein weiteres Stück Papier. Mir scheint es aber sehr wichtig, zum gegenwärtigen Zeitpunkt alles daranzusetzen, die allgemeine politische Lage in Europa zu normalisieren. Denn nur bei einer wirklichen politischen Klimaverbesserung lassen sich konkrete Verhandlungen über alle Probleme führen, die mit unserem Kontinent zusammenhängen.

Wir haben uns zur Rede Reagans, die bei uns auch Vorbehalte hervorgerufen hat, bereits in unserer Presse geäußert. Eine Zunahme diplomatischer Aktivitäten wird von uns aber begrüßt. Es ist zu wünschen, daß die Stockholmer Konferenz nicht steckenbleibt, sondern vorankommt, damit es in absehbarer Zeit zu einer Übereinstimmung kommen kann. Für die Entspannung in Europa wäre dies außerordentlich wünschenswert.

Zum Schluß möchte ich als Journalist meine Meinung zu der letzten Erklärung Reagans äußern, daß er ohne Vorbedingungen zu einem Gipfeltreffen bereit sei. Ich wundere mich, daß er vier Jahre brauchte, um zu diesem Entschluß zu kommen. Doch selbst wenn er es ernst meint, ist zu fragen, ob er dazu angesichts der bevorstehenden Wahlen imstande ist. Warum plötzlich diese Bereitschaft, wo nur noch wenige Monate bis zur Präsidentschaftswahl verbleiben?

Es wird sicher einmal zu einem Gipfeltreffen kommen. Die Frage ist allerdings: unter welchen Bedingungen und mit welcher Tagesordnung? In der gegenwärtigen Situation dürften die Aussichten wenig günstig sein. Ein Gipfeltreffen zwischen den USA und der UdSSR hat bisher noch niemals vor einer Wahl stattgefunden.

Schulze

Herr Grigorjew sprach von der stetigen Aufstockung der Kernwaffenarsenale in Mitteleuropa durch die USA. Diese Behauptung wird nicht dadurch wahrer, daß man sie ständig wiederholt. Sie scheint mir mehr geeignet, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, als eine ernsthafte Diskussion zu führen. Tatsache ist, daß mit dem NATO-Nachrüstungsbeschluß die Zahl der Nuklearwaffen auf europäischem Boden um 1000 verringert wurde. In Monte Bello haben die NATO-Verteidigungsminister dann 1983 beschlossen, sie um weitere 1400 zu reduzieren. Die Zahl der Nuklearwaffen auf europäischem Boden ist im NATO-Bereich heute jedenfalls geringer, als sie es in den letzten 15 Jahren jemals gewesen ist.

Dann fasziniert mich immer wieder Ihr Glaube an die große Zahl, Herr Grigorjew: Sie erwähnten die angeblich 5 Millionen Teilnehmer an der sogenannten Volksbefragung am letzten Sonntag, die alles andere als seriös war. Ich habe daran teilgenommen. Erstens fand sie nicht vor allen Wahllokalen statt. Zweitens brauchte man sich nicht auszuweisen und auch nirgendwo einzutragen, und drittens bekam man auf Bitte so viele Wahlscheine, wie man wollte. Die Zahl von 5 Millionen ist also absolut nichtssagend. Wer sich darauf beruft, schätzt die wirksamen politischen Kräfte im Westen falsch ein.

Herr Sagladin erwähnte die Erklärung von Bundeskanzler Schmidt 1981, die Stationierung amerikanischer Raketen würde entfallen, wenn die Sowjetunion die Anzahl ihrer Raketen auf den Stand von 1977/78 verringerte. In diesem Zusammenhang ist bisher eine entscheidende Tatsache nicht erwähnt worden. Sowohl im Gespräch mit dem sowjetischen Staatspräsidenten als auch mit dem sowjetischen Außenminister hat Bundeskanzler Schmidt 1981 die Frage nach der Anrechnung der britischen und französischen Nuklearsysteme gestellt. In beiden Fällen wurde ihm geantwortet, diese spielten in den Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen keine Rolle; sie seien nach der SALT-Definition strategische Systeme. In den ersten beiden Verhandlungsrunden ist denn auch von der Sowjetunion die Frage der Anrechnung der britischen und französischen Systeme nicht eingebracht worden. Mit dem späteren Bestehen auf der Anrechnung dieser Systeme war dann eine völlig andere Lage entstanden als zur Zeit der Besprechung von Bundeskanzler Schmidt in Moskau.

Herr Sagladin hat gesagt, die Sicherheit eines Landes sei nicht auf Kosten der Sicherheit eines anderen Landes zu erreichen. Wenn das die Leitlinie der sowjetischen Außenpolitik immer gewesen wäre, muß man fragen dürfen, warum es dann zur Aufstellung der SS 20 gekommen ist, die jeden Winkel Westeuropas in nukleare Geiseln nehmen können und die eine völlig neue Bedrohung für

die Westeuropäer darstellen. Damit haben Sie doch die Sicherheit Ihres Landes auf Kosten der westeuropäischen Länder erhöht.

Herr Sagladin hat völlig zu Recht davon gesprochen, die Sicherheit Europas sei unteilbar. Man sollte aber gleich hinzufügen: Die Sicherheit Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika ist unteilbar. Es wäre ein tragischer Irrtum zu glauben, dieses Westeuropa, der Wurmfortsatz der asiatischen Landmasse, könnte sich jemals allein verteidigen. Europas Sicherheit ist nur in einem engen Bündnis mit den Vereinigten Staaten zu gewährleisten. Das gilt insbesondere im Zeitalter der raum- und zeitverkürzenden Technologien auch im militärischen Bereich.

Es wurden dann die Vorwarnzeiten der Pershing II angesprochen. Wenn es in der Tat so ist, daß durch diese kurzen Vorwarnzeiten die Gefahr des zufälligen Ausbruchs eines nuklearen Krieges erhöht wird, muß man fragen dürfen, ob dann nicht das gleiche für die sowjetischen U-Boot-Raketen vor der amerikanischen Ostküste gilt, die Städte wie Washington, New York, Boston mit der gleichen kurzen Vorwarnzeit bedrohen.

Im übrigen teile ich die Auffassung von General Rogers, daß die Sowjetunion keinen Krieg will. Ich bin auch bereit zu glauben, wie Herr Sagladin betont, daß die Sowjetunion gegen Gewaltpolitik und Erpressung ist. Es geht hier nicht nur um Erpressung. Militärische Überlegenheit setzt sich in einem viel subtileren Prozeß in politische Wirkung um. Das Problem ist die schleichende Anpassung der kleineren Staaten, die sich bedroht fühlen, an die politischen Wünsche des übermächtigen Nachbarn.

Proektor

General Schulze hat das Raketenthema aufgebracht und mehrere Fragen gestellt, unter anderem, warum die Sowjetunion mit SS 20 eine Gefahr für Europa geschaffen habe. Diese Frage ist so alt, daß sie bereits zu den propagandistischen Aktionen des Westens gegenüber unseren Verteidigungsmaßnahmen gehört. Ich kann mich nicht daran erinnern, daß je in der Geschichte ein Waffensystem zum Gegenstand für politische Kombinationen geworden ist, wie das bei diesen SS-20-Raketen der Fall ist.

Ich respektiere die Kenntnisse und Ansichten von Herrn Schulze, aber ich möchte ihn doch an die Hauptetappen der jüngsten Vergangenheit erinnern. Die USA haben das bekannte "forward-based-system" aufgebaut, das gegen die sozialistischen Länder in Europa gerichtet ist. Das begann im Sommer 1948, als die strategischen Bomber nach England verlegt wurden. Anfang der 50er Jahre fand eine sprunghafte Verstärkung dieses vorgelagerten Waffensystems in Europa statt; viele Kernwaffen wurden in Europa stationiert; die atomaren U-Boote, die den NATO-Befehlshabern unterstanden, wurden in die europäischen Gewässer geleitet und auch andere Maßnahmen getroffen.

Ich darf daran erinnern, daß unsere Antwort auf dieses System erst Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre erfolgte, also viel später in der Form, daß wir die sogenannten SS-4- und SS-5-Raketen entwickelt haben. Diese Raketen waren in ihrer technischen Ausstattung noch unvollkommen - das trifft vor allem auf die SS-4 zu -; denn sie waren ungenau, nicht mobil und leicht verwundbar. Die später entwickelten SS-5-Raketen wurden nur in kleinen Stückzahlen gebaut.

Im Laufe der 60er und 70er Jahre, also in einem Zeitraum von knapp 20 Jahren, haben die USA, Frankreich und England das militärische Potential in und um Europa wesentlich modernisiert mit Reston- und Matador-Raketen. Diese wurden dann später durch die besseren Pershing-I-A-Raketen abgelöst. Dann wurden 6 Atom-U-Boote unter dem europäischen NATO-Kommando mit Polaris-Raketen bestückt, die Ende der 70er Jahre durch Poseidon-Raketen mit Kassetten-Sprengköpfen ersetzt wurden. Ende der 70er Jahre wurde nach Europa eine Einheit der strategischen Bomber F 3 verlegt, die ihren Stützpunkt hauptsächlich in England haben. Dann kamen die F15 und F16 Flugzeuge und schließlich die Tornados. Gleichzeitig wurden auch die französischen Atomstreitkräfte umgerüstet und ihr Kernwaffenpotential fast um das Vierfache vergrößert. Uns ist bekannt, daß Frankreich die Kapazität seines Kernwaffenpotentials jetzt noch einmal um 500 bis 600 Prozent vergrößern will.

In diesem ganzen Zeitraum von fast 20 Jahren haben wir keine Modernisierung unseres Kernwaffenpotentials vorgenommen. Der Grund bestand darin, daß wir hofften, das amerikanische forward-based-system werde doch noch in die SALT-Verhandlungen mit aufgenommen. Erst ab etwa 1977 haben wir eingesehen, daß es nicht dazu kommen wird, und erst dann kamen die SS-20-Raketen, die eine Modernisierung unseres europäischen Kernwaffenpotentials darstellen.

Ich bitte Sie, Herr General, zu berücksichtigen, daß die SS-20-Raketen unsere strategische Konzeption nicht verändern. Es war hier die Rede davon, daß die Raketen die NATO bedrohen. Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, daß hier eine strategische Asymmetrie besteht. Unsere

SS-20-Raketen können die USA nicht erreichen, während das amerikanische forward-based-system in der Lage ist, das ganze Territorium im europäischen Teil der Sowjetunion zu erfassen. Sie können natürlich einwenden, daß SS-20-Raketen nicht nur den europäischen Bereich erreichen können. Das trifft zu. Aber das, was es jetzt in und um Westeuropa herum an Waffen gibt, stellt eine ernsthafte Gefahr für die Sowjetunion dar. Die SS-20-Raketen sind ein Element unseres Grundverteidigungssystems. Wenn Sie sich die Weltkarte ansehen: Die USA haben um die ganze Sowjetunion herum einen Gürtel von Stützpunkten gelegt, der imstande ist, mit Mittelstreckenwaffen, sowohl von den U-Booten als auch von den Flugzeugträgern das ganze Territorium der Sowjetunion von Norden, Süden, Osten und Westen her zu bedrohen.

Wenn Sie sich die Stationierung der SS 20 ansehen - das ist ja im Westen sehr breit veröffentlicht worden;- , dann können Sie feststellen, daß diese Raketen nicht nur auf Europa zielen. Sie bilden ein Gegengewicht nicht nur gegen das europäische System der forward-based-Waffen der USA, sondern auch gegen die anderen Systeme, die rings um die Sowjetunion stehen. Dafür brauchen wir die SS-20-Raketen vor allem. Sie sind also ein Mittel zur Verteidigung und stellen das Gleichgewicht gegenüber den forward-based-systems dar, die von den USA geschaffen worden sind.

Was die Genfer Verhandlungen angeht, so war unsere Position recht flexibel, und wir haben das Möglichste getan, um zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Wir haben insgesamt achtmal unsere Position präzisiert. Das reichte von dem Vorschlag, Europa ganz von Atomwaffen zu befreien, bis hin zu Vorschlägen, das Niveau der Kernwaffen bis auf 300 Einheiten für jedes Land zu reduzieren, des weiteren, die Zahl unserer Raketen bis auf 162 und dann sogar bis auf 140 abzubauen. Schließlich der Vorschlag, die Zahl der Trägerflugzeuge sowie der Trägerraketen und so weiter zu reduzieren. Niemand kann uns vorwerfen, daß wir in Genf nicht flexibel genug gewesen sind und keine Einigung mit den USA erreichen wollten. Leider waren die USA nach unserem Eindruck von Anfang an darauf aus, daß es zu keiner Vereinbarung kommen konnte. Jetzt bleibt uns nichts anderes übrig, als jene Bedingung zu formulieren: Erst wenn die neuen Raketen aus Europa wieder entfernt werden, kehren wir zu den Genfer Verhandlungen zurück.

Shukow

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch eine Untersuchung des Brooklyn-Institutes zitieren; das ist bekanntlich kein sowjetisches, sondern ein amerikanisches Institut. Dieser Bericht über die Nuklearkräfte in Europa enthält praktisch die gleichen Feststellungen, die Herr Proektor eben dargelegt hat. Es heißt darin, daß die neuen amerikanischen Nuklearwaffen mittlerer Reichweite, die auf den Territorien der westeuropäischen Länder stationiert werden, gegenüber der Sowjetunion von strategischer Bedeutung sind. Diese Waffen sind Erstschlagwaffen und erhöhen daher die Gefahr eines nuklearen Krieges. Sie destabilisieren die Situation in Europa und zwingen die Sowjetunion, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Das sagt nicht Herr Proektor, sondern das Brooklyn-Institut in Washington.

In diesem Bericht wird auch die Behauptung widerlegt, die USA und die NATO-Länder seien gezwungen, die amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa aufzustellen als Antwort auf die Stationierung der SS-20-Raketen. Es wird betont, die Sowjetunion habe mit der SS 20 lediglich die veralteten Mittelstreckenraketen abgelöst. Darauf hat Herr Proektor gerade noch einmal hingewiesen. Diese Modernisierung war notwendig, um Gegenmaßnahmen zu ergreifen gegenüber dem Ausbau der strategischen Kapazität auf amerikanischer Seite, die in der Lage ist, die Kommandozentralen der UdSSR zu treffen.

Das ist ein langes Dokument, dessen eingehende Lektüre ich Ihnen empfehlen würde.

Shurkin

Sie sprechen von den kurzen Vorwarnzeiten, Herr Schulze. Es ist richtig, daß die Raketen von sowjetischen U-Booten im Atlantik die gleiche kurze Vorwarnzeit haben, wenn sie Washington, also die Hauptkommandozentrale der USA, anfliegen. Das hat man von unserer Seite bewußt so gemacht, um die amerikanische Bedrohung auszugleichen. Auch in Zukunft wird die Sowjetunion jede neue Bedrohung mit einer gleichwertigen Gegenbedrohung beantworten. Das ist ein unangenehmer Frieden; aber es ist die Welt, in der wir leben. Leider.

Herr Sommer hat gesagt, er verstehe nicht, wie man annehmen könne, die USA wollten die Sowjetmacht vernichten. Aber diese Zielsetzung ist in einer ganzen Reihe von Dokumenten der Reagan-Administration direkt so formuliert. Jede amerikanische Administration hat eine eigene Palette von grundlegenden Dokumenten. Das gilt insbesondere für die Dokumente der Reagan-Administration, die die Richtlinien des Verteidigungsministeriums für die nächsten fünf Jahre

beinhalten. Früher war das mehr oder weniger ein technisches Dokument. Jetzt handelt es sich aber nicht mehr um ein militär-technisches, sondern um ein politisch-militärisches Dokument.

In diesem Dokument, das im März 1982 unterzeichnet wurde, wird direkt zum Ausdruck gebracht - es ist hundertmal in den USA zitiert worden;- das Ziel der USA bestehe darin, die staatlich-politische Struktur der UdSSR und des Warschauer Vertrages zu zerstören. Es ist ziemlich vieles aus den Dokumenten der Reagan-Administration bekannt geworden. Ich denke nur an die 13. und an die 32. Direktive, die Vereinbarungen auf dem Gebiet der nationalen Sicherheit enthalten. Beide Direktiven wurden vom Präsidenten unterzeichnet, und in ihnen sind ähnliche Ziele formuliert.

Herr Altmann hat die Weltraumwaffensysteme erwähnt. Ich persönlich bin der Meinung, daß die Entwicklung eher in Richtung der Raketenabwehrsysteme im Weltraum gehen wird. Das erhöht die Gefahr eines nuklearen Weltkrieges ganz beträchtlich. Denn diese Weltraumwaffensysteme halte ich für die gefährlichsten Waffen im Vergleich zu allem, was es heute gibt. Die kleinen politischen Fragen, die damit verbunden sind, beispielsweise wie die Verbündeten vor diesen Systemen geschützt werden können, stehen nicht im Vordergrund angesichts der ungeheuer destabilisierenden Rolle, die diese Systeme ausüben.

Es wurde dann über die Entspannungslage im Hinblick auf die Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa gesprochen. Die große Frage im historischen Kontext ist doch: Welches ist der normale Zustand, die Entwicklung der Entspannung oder die heutige Verschärfung der internationalen Lage? Selbstverständlich bin ich, wie jeder normale Mensch, für die Entspannung. Aber ich bin nicht imstande, eine klare Antwort darauf zu geben, was sich in den 80er und 90er Jahren abspielen wird.

Hinsichtlich der Entspannung sehen wir einen wesentlichen Unterschied zwischen den Beziehungen der Sowjetunion mit den USA einerseits und dem, was es in Europa gibt, andererseits. An den europäischen Prozessen sind ja die USA auch mit beteiligt. Ich verstehe natürlich - das ist eine delikate Frage;- daß unsere Kollegen gespannt sind, ob wir einen Keil zwischen die USA und Westeuropa treiben möchten. Aber objektiv besteht doch ein Unterschied: Während es in den Beziehungen der UdSSR zu den USA heute keine Entspannung gibt, sind in Europa die Elemente der Entspannung noch vorhanden.

Wie werden sich die Dinge weiterentwickeln? Vielleicht wird sich in Europa die Lage so sehr verschlechtern, daß sie dann den Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR gleicht. Wir wollen das nicht. Vielleicht verbessern sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und gleichen sich dem Niveau in Europa an. Das halte ich jedoch für wenig wahrscheinlich. Vielleicht könnte man in Europa unter Beteiligung der USA und Kanada versuchen, neue Wege zu finden, analog den Ereignissen in den 60er Jahren, als die Entspannung in Europa eingeleitet wurde, der sich dann die USA engagiert anschlossen. Nur am Rande möchte ich bemerken, daß die NATO durch diesen Prozeß nicht zerstört wurde. Auch die Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa entwickelten sich im großen und ganzen positiv.

Ich sehe also durchaus die Möglichkeit, neue Wege zu finden, und unsere westdeutschen Kollegen sollten überlegen, in welcher Weise das ihre Beziehungen zu den USA beeinflussen könnte. Über irgendwelche Einschränkungen oder Garantien nachzudenken, ist schon eine Frage der konkreten Politik. Die bisherigen Verhandlungen in Europa wurden abgebrochen. Vielleicht läßt sich auf Umwegen für diese Verhandlungen etwas Neues finden.

Die Sowjetunion hat jetzt versucht, hier einen Beitrag zu leisten, indem sie vier Vorschläge unterbreitet hat: Verbot von Kernwaffentests, Verbot von chemischen Waffen, Verhandlungen über die Demilitarisierung des Weltraumes, Stopp des weiteren Ausbaus der atomaren Kräfte sowohl der Sowjetunion als auch der USA. Natürlich kann auch über andere Maßnahmen gesprochen werden, zum Beispiel über die Höhe der Militärausgaben.

Ein ganz neuer Bereich könnte durch den sowjetischen Vorschlag, über die Normen der Beziehungen zwischen den Atomwaffenmächten zu verhandeln, eröffnet werden. Persönlich bin ich der Meinung, daß die Erarbeitung von Normen auch für die Nichtatomwaffenmächte eine wichtige Rolle spielen könnte und sie dabei mitwirken sollten. Vielleicht könnten die Verhandlungen auf einer breiteren Basis stattfinden.

Es wurde dann noch die Frage der atomwaffenfreien Zonen aufgeworfen. Sollten in Europa tatsächlich solche Zonen eingerichtet werden, müßte auch die Sowjetunion ihre Systeme etwas zurückziehen. Wenn die nuklearen Waffen, sowohl die taktischen als auch die Mittelstreckenwaffen, vollständig aus Europa abgezogen würden, müßten natürlich auch die Systeme mit eingeschlossen werden, die Europa vom Ural aus erreichen können. Im Falle kleinerer atomwaffenfreier Zonen wären auch einige Regionen der Sowjetunion mit einzubeziehen.

Vogel

Herr Sagladin hat das anschauliche Bild vom Haus Europa gewählt, das wir gemeinsam bewohnen und nicht zerstören dürfen. Die gegenwärtige Situation wird vielleicht noch besser durch das Bild vom gemeinsamen Schiff Europa beschrieben: ein Schiff, das sich in einem unruhigen Fahrwasser bewegt. Wenn man sich auf einem Schiff befindet, muß die Gewichtsverteilung ausgeglichen sein, damit keine Schlagseite entsteht; sonst muß ein Stabilisator eingebaut werden. Übertragen auf die Sicherheitspolitik: Es muß ein Gegengewicht zu dem geographisch nicht aufhebbaren Übergewicht der Sowjetunion geschaffen werden.

Die zweite Regel für ein Schiff besteht darin, heftige Bewegungen oder Verlagerungen der Ballast zu vermeiden. Dieses Risiko ist zur Zeit sehr groß, daß wir nämlich aus Angst, aus Fehleinschätzungen heraus heftige, unüberlegte Bewegungen machen könnten, die das Schiff in Gefahr bringen.

Meine berufliche Aufgabe, wie Sie wissen, besteht darin, sowjetische Politik zu interpretieren und zu analysieren. Das kann man sich einfach oder schwer machen. Ich versuche mit meinen Kollegen, es so kompliziert zu machen, wie es der Wirklichkeit entspricht. Ich muß jedoch gestehen, daß wir noch nie so ratlos bei der Interpretation sowjetischer Außenpolitik gewesen sind wie heutzutage.

Man kann von drei Aspekten ausgehen, die feste Bestandteile der historischen Entwicklung der Nachkriegszeit gewesen sind. Erstens: der Selbsteinschätzung der Sowjetunion als nukleare Globalmacht; zweitens: dem davon abhängenden Gefühl der Gleichberechtigung mit der anderen Globalmacht; drittens schließlich einer Reihe von Problemen, die aus dem Geschichtsverständnis dieses Staates entstehen. Herr Sagladin hat auf die Unterstützung revolutionärer Bewegungen hingewiesen. Wir beobachten sehr genau, welche Veränderungen in den Nuancen der Lehre von den revolutionären Bewegungen in der dritten Welt stattfinden. Der Komplex "Unterstützung revolutionärer Bewegungen durch die UdSSR" (podderzhka) bedarf der laufenden Interpretationshilfe.

Andere Interpretationsfragen beginnen sich jetzt in der Öffentlichkeit Westeuropas, ja des gesamten Westens auszuwirken, womit Sie rechnen müssen. Ich nenne das Stichwort: "wachsender Einfluß des Militärs und des militärischen Kalküls in der Sowjetunion". 1979, im Zusammenhang mit dem Besuch von Generalsekretär Breschnew in Bonn, erklärte die Sowjetunion, daß im nuklearen Bereich zwischen Ost und West, auch in Europa, ungefähre Parität bestehe. Wie ist dies rückblickend in Einklang zu bringen mit dem zielstrebigem Aufbau von SS-20-Kapazitäten ohne Rücksicht auf die gleichzeitig laufenden SALT-Verhandlungen und die anderen Ebenen des arms control process? Dieser Widerspruch ist der westlichen Öffentlichkeit schwer verständlich zu machen.

Es gibt dafür mehrere Interpretationsmöglichkeiten. Die erste ist: Der Westen sollte auf diplomatischem Wege getäuscht werden. Die zweite Interpretation: Die Militärs haben unabhängig von der politischen Führung gehandelt. Die dritte Erklärungsmöglichkeit: Es handelt sich um einen Prozeß, der weithin unbeeinflussbar, sozusagen aus systembedingter Trägheit weitergelaufen ist. Es ist von außen gesehen schwer zu entscheiden, welche dieser drei Erklärungen zutrifft. Auch hier ist Interpretationshilfe vonnöten.

Was wir heute in der veröffentlichten Diskussion der Sowjetunion erleben, ist weiter ein verstärkter Rückgriff auf die historische Erfahrung der Einkreisung. Der Begriff des Vaterlandes spielt in der Beurteilung der internationalen Lage eine derartige Rolle, daß man ihn militärisch interpretieren kann. Das Gefühl der Bedrohtheit ist ernst zu nehmen; aber wie soll man damit umgehen? Es gibt dabei einige Konstanten. Die Furcht vor einer Einkreisung hat es ja auch schon früher gegeben. Damit ging auch die Ablehnung einher, Abrüstungsschritte zu verifizieren. Die Sowjetunion war immer schon bestrebt, 100prozentige Sicherheit für sich zu erreichen. Damit verbunden ist heute eine Haltung, die ich genau wie Herr Sommer sehr bedenklich finde und schwer interpretieren kann, nämlich der Verzicht auf aktive Außenpolitik.

Da läßt sich zum einen eine Verschärfung der Rhetorik feststellen. Ich frage mich, ob es - gerade im Verhältnis zu Westeuropa und zur Bundesrepublik - sinnvoll ist, den Außenminister der Bundesrepublik Deutschland als "Totengräber der Entspannung" zu bezeichnen. Dies geschieht zu einer Zeit, da die amerikanische Seite ihre rhetorischen Exzesse, die ich nicht leugne, deutlich abgebaut hat. Ich frage mich weiter, ob die Politik des leeren Stuhls in den verschiedenen Abrüstungsforen als Verzicht auf Außenpolitik der Weisheit letzter Schluß ist. Offensichtlich ist an die Stelle diplomatisch abgesicherter Außenpolitik nur noch die Hoffnung getreten, die Öffentlichkeit im Westen zu beeinflussen - Propaganda als Ersatz für Außenpolitik.

Es gibt einen amerikanischen Pop-Song, in dem es heißt: "Stop the world, I want to get off" - Halt die Welt an, ich möchte aussteigen! Ich halte diese Entwicklung sowjetischer Außenpolitik für bedrohlich, und zwar im wohlverstandenen Eigeninteresse der Sowjetunion. Wenn Sie die sicherheitspolitische

Lage verbessern wollen, geht dies nur mit aktiver Außenpolitik. Ich fürchte, daß die Gefahr nach wie vor besteht - wie sich im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß und dem Stationierungsbeschluß in der Bundesrepublik gezeigt hat;- daß Sie das Opfer Ihrer eigenen selektiven Propaganda werden. Ich würde ebenfalls davor warnen, den "Volksentscheid" in der Bundesrepublik jetzt publizistisch auszuwerten und dann an das zu glauben, was die eigene Auswertung erbringt. Mit dieser Art selektiver Propaganda verstärkt man unter Umständen Entwicklungen, die man fürchtet.

Ein weiterer Punkt: Unterschätzung des eigenen Einflusses. Die Verschiebungen etwa in dem Dreieck USA - China - Japan sind ja nicht ohne sowjetisches Zutun entstanden. Wie soll man in einem solchen Zusammenhang dann die kurzfristige sowjetische Absage eines Staatsbesuches in Peking verstehen? Unterschätzt man nicht den Einfluß eigener Rhetorik auf die Weltpolitik? Es gibt schließlich nicht wenige Westeuropäer, die meinen, daß selbst die Wahl von Präsident Reagan 1980 zum nicht geringen Teil ein Ergebnis sowjetischer Politik war.

Die Gefahr, in der wir heute stehen, ist nicht zuletzt, daß zu den tatsächlich bestehenden Problemen im Rüstungsbereich auch noch ein Element des Bluff hinzukommt. Herr Shurkin hat davon gesprochen, daß die Pershing II und Cruise Missiles bereits Mitte der 70er Jahre entwickelt worden seien. Dies mag wohl sein; es hat sicher Verlautbarungen und Informationen über die Entwicklung solcher Waffensysteme gegeben. Ich frage Sie aber: Warum dauert dann die Produktion und die Stationierung funktionierender Pershings II und Cruise Missiles so lange? Vor anderthalb Jahren gab es noch Berichte über gescheiterte Tests. Ich will das nicht hochstilisieren, aber ich habe den Verdacht, daß in den wechselseitigen Beurteilungen neuer Waffensysteme die Gefahr besteht, daß man Entwicklungen überschätzt, insbesondere was die sofortige Umsetzung angeht.

Abschließend möchte ich an Sie appellieren, Ihrerseits keine diplomatischen und außenpolitischen Brücken abubrechen, die Sie noch brauchen werden. Es gibt Bereiche außerhalb des sicherheitspolitischen Komplexes, in denen Zusammenarbeit weiter möglich ist und ja auch betrieben wird. Dies ist beruhigend. Ich fände es schlimm, wenn wir uns nur darauf fixierten, hier dramatische Bilder an die Wand zu malen. Ökonomische Zusammenarbeit, die gemeinsamen Probleme der Umwelt und nicht zuletzt die wissenschaftlich-technische Kooperation eröffnen durchaus Möglichkeiten. In diesem Zusammenhang ist es für mich ermutigend, daß nun endlich konkrete Schritte in Richtung auf ein Wissenschaftsabkommen zwischen unseren beiden Staaten eingeleitet werden.

Shurkin

Ich habe heute zu meiner Verwunderung erfahren, daß die Sowjetunion den Präsidenten Reagan gewählt und verhindert hat, daß Schmidt weiter Bundeskanzler bleiben konnte. Könnten unsere westdeutschen Kollegen uns vielleicht eine vollständige Liste geben, wen wir sonst noch gewählt oder nicht gewählt haben? Vielleicht auch für die Zukunft eine Liste mit Empfehlungen, damit wir nicht danebenhauen.

Shukow

Ich habe aufmerksam verfolgt, was unsere westdeutschen Kollegen gesagt haben, und ich habe offengestanden den Eindruck, daß Sie sich weitgehend von Veröffentlichungen der Bild Zeitung leiten lassen. Mir ist bekannt, daß dies eine vielgelesene Zeitung bei Ihnen ist, deren Artikel aber die politischen Realitäten in keiner Weise widerspiegeln. Wir leben in einer sehr schwierigen Zeit, und wenn Herr Reagan sagt, daß er im Weißen Haus ruhig schläft, obwohl er weiß, daß eine sowjetische Rakete ihn in fünf Minuten erreichen kann, so glaube ich nicht, daß alle Amerikaner und Europäer in diesen Tagen ruhig schlafen können. Das ist natürlich ein zu ernstes Thema und kein Anlaß für Scherze.

Ich kann auch den Verlauf unserer Diskussion nicht recht verstehen. Hier werden konkrete Tatsachen dargelegt, es werden Äußerungen zitiert. Nun könnten Sie zum Beispiel sagen: Herr Grigorjew hat die Rede von Herrn Zimmermann verfälscht. Aber Sie widerlegen das nicht, sondern gehen einfach zu einem anderen Thema über, als wäre diese Frage gar nicht gestellt worden. Und so verhalten Sie sich auch bei anderen Fragen. Man sagt zum Beispiel, daß bestimmte Verhandlungen durch die amerikanische Administration vereitelt wurden. So haben die USA 1978 einseitig darauf verzichtet, die Verhandlungen über den Indischen Ozean fortzusetzen. Wenn man Ihnen dies hier sagt, gehen Sie einfach darüber hinweg und knüpfen an die Ereignisse aus den 80er Jahren an. Ich meine, wir sollten unsere Diskussion ernsthaft führen.

Mich hat die Aussage von Herrn Vogel gewundert: Die Sowjetunion betreibe eine Politik des leeren Stuhls. Das ist eine wortwörtliche Wiederholung dessen, was wir von einem Vertreter der US-amerikanischen Administration in Leningrad zu hören bekamen. Ich will deshalb noch einmal deutlich sagen: Wir sind für eine unverzügliche Aufnahme der Verhandlungen über den Weltraum. Aber die Amerikaner wollen nicht. Wer betreibt da die Politik des leeren Stuhls? Tschernenko oder Reagan? Die Sowjetunion fordert dazu auf, die Testversuche zu beenden.

Ich war 1979 in Wien dabei, als der SALT-II-Vertrag unterzeichnet wurde. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, daß Carter zu Breschnew gesagt hat: Wenn die Engländer den Vertrag nicht unterzeichnen wollen, wollen wir das dann zu zweit tun?

Wir haben doch keine Meinungsverschiedenheiten. Darauf antwortete Genösse Breschnew, das sei nicht gut ohne den dritten Partner; wir sollten auf Frau Thatcher einreden. So lagen die Dinge damals.

Heute aber, wo die USA eine neue Runde des Wettrüstens betreiben, wo die MX getestet werden soll, jetzt nehmen sie einen anderen Standpunkt ein. Wer betreibt also eine Politik des leeren Stuhls? Es ist doch der amerikanische Stuhl, der leer ist. Wir sind bereit, diese Verhandlungen sofort aufzunehmen.

Dann zu den chemischen Waffen. Warum haben die USA die Verhandlungen abgebrochen? Wessen Stuhl ist da leer geblieben? Wir sagen, daß wir die Verhandlungen fortsetzen wollen. Was haben Polen und Afghanistan damit zu tun? Testet Polen etwa Kernwaffen? Oder was stört Sie dann, mit den Tests aufzuhören? Bedroht Sie Polen mit Atombomben? Oder ist es Afghanistan? Das ist nicht ernsthaft.

Schließlich die Frage der Raketen in Europa. Auch hier sind wir bereit, unverzüglich die Verhandlungen wieder aufzunehmen, wenn die USA den schwerwiegenden Fehler korrigieren, den sie im September vergangenen Jahres begangen haben, als sie den Vorschlag Andropows, der die Möglichkeit für Verhandlungen bot, mit ihren Raketen torpediert haben. Die amerikanischen Raketen müssen wieder zurückgezogen werden wie auch die sowjetischen Raketen, um den früheren Stand wieder zu erreichen.

Hier wurde vorhin an das Jahr 1962 erinnert. Damals zog die Sowjetunion ihre Raketen von Kuba zurück, während die Amerikaner ihre Jupiter- und Thor-Raketen abzogen, die uns nicht gefielen. Das war ein Remis. Warum können wir uns in dieser Situation nicht wiederum so verhalten? Das müßte doch möglich sein. Dann können wir über die Reduzierung der Raketen verhandeln.

Das sind einige Beispiele, die ich angeführt habe, um zu zeigen, daß sich die Theorie des leeren Stuhls nicht auf uns, sondern auf unsere Partner in Übersee bezieht.

Weidenfeld

Es scheint mir sinnvoll, Ausschau zu halten nach weiteren Bezirken gemeinsamer Interessen, die man ausgestalten könnte. Ich halte ein solches Bemühen für um so wichtiger, als ich der Auffassung bin, daß eine Reduzierung des Ost-West-Dialogs auf das Raketen Thema oder auf die Rüstungsfrage auf Dauer höchst gefährlich ist. Denn es kommt doch im Grunde genommen auf die Gedankenkonstruktionen und Vorstellungen an, die hinter den Waffen und den politischen Maßnahmen stehen.

Wir sprechen in diesem Zusammenhang viel zu wenig über die kulturellen Grundlagen und Hintergründe; wir sprechen viel zu wenig über die subjektiven Dispositionen der Menschen in Ost und West, ihre Bilder und Vorstellungen, die sie sich voneinander machen. Jede Seite versteht eigentlich nicht, warum sich die andere durch sie bedroht fühlt. Das führt wiederum zu Fehlinterpretationen und Fehlschlüssen. Es muß uns doch zu denken geben, daß wir trotz jahrzehntelanger intensiver Gespräche zwischen Ost und West offenbar so unzulänglich über die Politik des anderen informiert sind, als würden wir quasi in verschiedenen hermetisch abgeschlossenen Hemisphären leben.

Die KSZE-Schlußakte enthält eine ganze Fülle, ja ganze Kataloge von Leitlinien und Aufforderungen zu intensiverer kultureller und wissenschaftlicher Zusammenarbeit, die wir bei näherem Hinsehen nicht einmal ansatzweise in die Tat umgesetzt haben. Dort wird beispielsweise die Bildung gemeinsamer Gruppen von Wissenschaftlern als eine der konkreten Aufgaben aufgeführt. Ich frage mich, warum wir bisher nicht zu gemeinsamen bilateralen wissenschaftlichen Instituten gefunden haben, etwa zur Erforschung der Ost-West-Beziehungen, in denen dann die Wissenschaftler aus beiden Staaten zusammenarbeiten, um die jeweils andere Seite von deren eigenen Voraussetzungen her besser verstehenzulernen.

Ein anderes Thema, das auf der Hand liegt, könnte die Geschichtsschreibung abgeben, die Schulbücher zum Beispiel, die Herr Sagladin angeführt hat. Wieso werfen wir uns hier Fehler am Gesprächstisch vor, statt das systematisch zusammen zu untersuchen. Ich möchte mir die scherzhafte Bemerkung am Rande nicht verkneifen, daß Herr Sagladin seit seinem Vortrag vermutlich diese Schulbücher sucht und deshalb nicht mehr an unserer Diskussion teilnehmen kann.

Andere Themen der wissenschaftlichen Kooperation liegen auf der Hand: zum Beispiel die demographische Entwicklung. Bis zum Jahr 2025 wird sich die Menschheit noch einmal verdoppelt haben. Dieser Zuwachs wird zu 90 Prozent in der dritten Welt vonstatten gehen, mit allen Konsequenzen, die dies für die Nahrungsmittelversorgung und den Rohstoffverbrauch hat. Die Erforschung neuer Arten der Energiegewinnung, des Umweltschutzes sind weitere Themen, die gemeinsame Aufmerksamkeit verdienen.

Ein solcher breiter kultureller und wissenschaftlicher Austausch hätte zudem den Vorteil, daß das Thema der Vertrauensbildung nicht allein auf die Ebene der sicherheitspolitischen Experten abgeschoben würde. Die Erfahrungen in der Geschichte der Ost-West-Beziehungen zeigen doch, daß vor allem in Zeiten von Spannungen zwischen Ost und West Fortschritte eher auf neuen Gebieten zu erzielen sind, weniger dort, wo man sich gewissermaßen verrannt oder festgebissen hat. Diese Fortschritte können dann wiederum auf die Atmosphäre der Gesamtpolitik und auf die alten Themen positiv ausstrahlen.

Ich finde es in diesem Zusammenhang sehr interessant, daß Ende Mai 1984 die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft erklärt haben, sie wollten ihre Kontakte zur Sowjetunion vervielfachen. Es ist außerdem von der Bundesregierung vorgeschlagen worden, die deutsch-sowjetischen Gespräche mit größerer Regelmäßigkeit durchzuführen, in diese Gespräche also ein Element der Kontinuität hineinzubringen, das wir in den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten schon seit längerer Zeit kennen. Es muß dann nicht jeweils jeder neue Termin schwierig ausgehandelt werden. Sollte die Sowjetunion solche Offerten der Europäischen Gemeinschaft oder der Bundesrepublik Deutschland annehmen, würde ich dafür plädieren, daß in diesen Gesprächen nicht nur die sicherheitspolitischen, auch nicht nur die wirtschaftlichen Probleme, sondern vor allem die kulturellen und wissenschaftlichen Fragestellungen behandelt werden.

Krasnow

Unser Thema ist die Zukunft Europas und die Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR. Unter diesem Thema stand auch das Referat von Herrn Teltschik, der eine Vielfalt von Fragen angeschnitten hat, die nach meinem Eindruck unterschiedlich mit unserem Hauptthema, nämlich der Zusammenarbeit in Europa, zusammenhängen. Da wurde selbst das koreanische Flugzeug erwähnt; da war von kubanischen Soldaten in Nicaragua die Rede, für mich insofern eine Sensation, als ich hier zum ersten Mal von den angeblichen kubanischen Soldaten in Nicaragua gehört habe. Herr Teltschik sprach dann von der Opposition in der Bundesrepublik und besonders von der Opposition der Straße, die "in einem demokratischen Staat nicht bestimmen könne". Aber "überall langt die Hand Moskaus hin", so Herr Teltschik.

Dagegen hat Herr Teltschik der materiellen Seite der Entspannung, den Fragen der Zusammenarbeit in Europa, der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik in Wirtschaft, Industrie und Handel nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ich meine, daß es sich lohnt, auch diese Seite der europäischen Zukunft, nämlich Perspektiven der Zusammenarbeit, weitgehend zu betrachten. "Wenn der Kaufmann spricht, schweigen die Kanonen", sagt ein deutsches Sprichwort. Deshalb sollten wir darüber diskutieren, welche Chancen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West, zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR in den 80er Jahren haben. Welche Bedeutung kommt dem im Hinblick auf die Entspannung und die Zukunft Europas zu?

Herr Teltschik hat erklärt, ideologische Auseinandersetzungen führten objektiv zur Konfrontation, aber die Geschichte zeige, daß die Zusammenarbeit zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nicht ausgeschlossen sei. Ich meine, die Geschichte zeigt etwas anderes, nämlich daß die Zusammenarbeit objektiv notwendig ist! Die Geschichte zeigt, daß unsere Völker in den Zeiten, in denen sie nicht zusammenarbeiteten, sondern in Konfrontation gegeneinander standen, viele Nachteile in Kauf nehmen mußten. Aus diesem Grunde möchte ich auf die Chancen und auf die Risiken eingehen, die in der Zusammenarbeit in den 80er Jahren liegen.

In der westdeutschen Presse sprechen Ökonomen und Politiker von den begrenzten Möglichkeiten des Osthandels. Es heißt da, daß Ende der 80er Jahre die obere Grenze erreicht werden würde und man alle Reserven ausgeschöpft haben werde. Dann gehe der Handelsaustausch wieder zurück oder bleibe bestenfalls auf dem Stand, der Ende der 80er Jahre erreicht sein wird. Dem kann ich nicht

zustimmen. Gerade in den letzten Jahren, in denen sich die internationale Lage zugespitzt hat, hat sich gezeigt, daß der zweite Korb von Helsinki der festeste ist. Diese materielle Seite der Entspannung hat den Druck aufgehalten all derjenigen Kräfte, die die Entspannung zu zerstören versuchten. Die Statistiken der letzten drei Jahre haben ausgewiesen, daß die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern zunimmt.

Welche Möglichkeiten ergeben sich dabei? Da ist einmal die Zusammenarbeit bei der Rohstoff- und Energiegewinnung. Bei der Erschließung von Sibirien gibt es viele Projekte, wo westdeutsche Firmen für uns als Partner erwünscht sind. Des weiteren haben Sie alle Kenntnis von unserem großangelegten Programm der Nahrungsmittelerzeugung. Auch da haben sich in den letzten Jahren viele Möglichkeiten abgezeichnet. In der paritätischen Kommission der UdSSR und der Bundesrepublik wurde die Frage behandelt, in welcher Form westdeutsche Firmen bei der Realisierung dieses Programms beteiligt werden könnten. Da ergeben sich gute Chancen für die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern.

Möglichkeiten der Kooperation gibt es auch bei den sogenannten Kompensationsverträgen. Ökonomen und Politiker der Bundesrepublik kritisieren sehr oft diese Art der Geschäfte, zum Beispiel wurden während des Symposiums im April dieses Jahres in Hannover die Kompensationsgeschäfte erneut als eine Form aus dem vorigen Jahrhundert bezeichnet. Diese Form der Zusammenarbeit ist aber eine reale Tatsache, und sie wird ausgebaut. Es gibt bereits viele Verträge auf Kompensationsbasis, die gewinnbringend für beide Seiten sind, obwohl es hier gewisse Probleme gibt.

Man hält uns oft vor, das staatliche Monopol im Außenhandel sei eine Bremse für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Ost und West und störe damit auch die Entwicklung der Entspannung. Es heißt, es sei schlecht, daß der Staat diesen Hebel in der Hand habe, weil auf diese Weise der eigentliche Produzent keinen direkten Zugang zum Markt habe, was für die Entwicklung des Handels in der Zukunft ein großes Hindernis darstelle. Ich möchte aber betonen, daß auch unser Außenhandel flexibel ist. Man hat die Außenhandelsorganisationen in der letzten Zeit grundlegend umgebaut, um unsere Außenhandelsunternehmen möglichst anpassungsfähig auf den westlichen Märkten zu machen. Im Rahmen der Organisationen werden Firmen geschaffen, die mehr Rechte haben, um Handels- und Wirtschaftsfragen zu lösen. Diese Reform ermöglicht es uns, flexibler auf den Markt der kapitalistischen Länder, vor allem auf den bundesdeutschen Markt, zu reagieren.

Man hat uns auch kritisiert wegen der angeblich schlechten Arbeitsbedingungen, die kleine westdeutsche Firmen bei uns vorfinden. Auch hier wurde viel getan. Es gibt jetzt Handelsvertretungen, es wurde auch ein Büro für die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Botschaft der Bundesrepublik eröffnet. Hinzukommt eine Vertretung von Banken, die kleine und mittlere Firmen unterstützt. Um möglichst nahe an den Endproduzenten heranzukommen und an den Endverbraucher der westdeutschen Waren, hat man die Verwaltung ebenfalls reorganisiert. In den Räten dieser Vereinigungen sitzen auch Vertreter der Industrie, was eine schnellere Lösung aller Fragen ermöglicht.

Einer der Faktoren, die die Handelsentwicklung stören, ist die westliche Embargopolitik, eine Politik von Diskriminierungsmaßnahmen, die der amerikanische NATO-Partner der Bundesrepublik und anderen NATO-Ländern auf zwingen will. Ich erwähne hier nur das Erdgas-Röhrengeschäft. Ich war am Zustandekommen des ersten Geschäfts beteiligt, das wir 1970 unterzeichnet haben. Es waren schwere Verhandlungen, aber es wurde ein gutes Geschäft daraus. Es gab damals auch viele Kritiker auf Ihrer Seite, die vor einer Abhängigkeit von der Sowjetunion warnten.

Aber dann zeigte sich, daß 15 Prozent, die die sowjetischen Erdgaslieferungen für die Bundesrepublik ausmachen sollten, keine Abhängigkeit bedeuteten; selbst bei 30 Prozent zeigt sich jetzt noch keine Abhängigkeit von der Sowjetunion. Und ab Ende 1984 wird das Geschäft mit über 30 Prozent der Erdgaslieferungen kompensiert.

Viele Maßnahmen, die die USA auf wirtschaftlichem Gebiet den NATO-Partnern vorgeschlagen haben, um den Osthandel zu reduzieren, wurden von den westlichen Bündnispartnern nicht akzeptiert. Ich meine etwa die Forderung, ein Limit für alle Geschäfte in Höhe von 100 Millionen Dollar einzuführen, auch die Kredite zu kürzen und anderes mehr. Trotz des Drucks der Amerikaner kam das Erdgas-Röhrengeschäft zustande und verläuft erfolgreich; auch die Kredite laufen weiter, und große Geschäfte, die weit über das erwähnte Limit hinausgehen, werden abgeschlossen.

Auf der letzten Messe in Düsseldorf wurde die Frage gestellt, wie die sowjetische Seite dazu stehe, daß die USA eine schwarze Liste derjenigen westdeutschen Firmen aufgestellt haben, die bestraft werden sollten, weil sie sich dem Diktat nicht untergeordnet und weiter an die Sowjetunion geliefert

haben. Die AEG und andere Firmen stehen auf dieser Liste. Gerade dieses Beispiel macht noch einmal deutlich, daß nicht wir es sind, die die atlantische Solidarität sprengen wollen, sondern die Amerikaner selbst durch ihre Versuche, die Zusammenarbeit und den zweiten Korb von Helsinki zu blockieren.

In diesen Dingen erkennen mehr und mehr Geschäftsleute in der Bundesrepublik Deutschland, daß die USA nicht in erster Linie Partner der Bundesrepublik, sondern vielmehr Konkurrenten sind, was sie auch immer gewesen sind. Ein Embargo wirkt letztlich wie ein Bumerang und trifft denjenigen, der es handhabt. Ich denke nur an die Turbinen, die von AEG-KANIS für die Erdgasleitung geliefert werden sollten. Der Lieferverzicht führte dazu, daß wir sofort einen Ausweg gefunden haben. So haben wir innerhalb von vier Monaten Turbinen für Triebwerke von Flugzeugen TU 104 umgebaut. Dadurch konnten alle westlichen Lieferungen ersetzt werden. Embargos haben also nur zur Folge, daß wir eine andere Lösung finden. Solche Embargos haben stets einen negativen, aber auch einen positiven Effekt. Und jedes Mal erfuhr das Land, das das Embargo verhängte, Nachteile. Es gibt Berechnungen der amerikanischen Firma Schnitkers Association, die zeigen, daß die Amerikaner bei ihrem Embargo auf Kornlieferungen 20 Milliarden Dollar verloren haben, und das im Laufe eines Jahres.

Das objektive Interesse, das die westdeutsche Seite am Handel mit uns hat, hat dazu geführt, daß diese Versuche der Amerikaner, den Osthandel zu stören, von der Bundesrepublik nicht akzeptiert wurden. Berechnungen des schwedischen Experten Adler Karlson haben ergeben, daß es in den 50er Jahren in zehn Embargojahren mit 2.800 gesperrten Waten lediglich gelungen sei, das ökonomische Wachstum in der Sowjetunion um anderthalb Wochen zu verzögern. Die Geschichte lehrt also, daß ein Embargo als Mittel zur Lösung politischer Fragen untauglich ist.

In einem Punkt stimme ich mit Herrn Teltschik überein, daß es nämlich unsere Aufgabe sei, Vertrauen zu schaffen. Ich würde hier aber nicht "schaffen" sagen; vielmehr meine ich, daß es darum geht, den Vertrauensstand, der in den 70er Jahren erreicht wurde, beizubehalten. Denn hätte die Sowjetunion kein Vertrauen zur bundesdeutschen Seite, würde sie keine solchen Geschäfte mit ihr eingehen wie die Aufbereitung von Uran mit sowjetischen Anlagen. Wir würden diese Geschäfte sicher nicht machen, wenn wir Zweifel daran hätten, daß das Uran nicht nur für Atomkraftwerke, sondern auch für andere Zwecke verwendet wird. Auch die sowjetische Seite genießt bei den bundesdeutschen Partnern großes Vertrauen. Denn würden die westdeutschen Politiker und Geschäftsleute wirklich befürchten, daß die Sowjetunion in einer Zeit, wo sie vielleicht schlecht gelaunt ist, den Hahn einfach zusperrt, dann wäre das Erdgas-Röhren-Geschäft nie zustande gekommen, das dazu führt, das jede dritte Familie in der Bundesrepublik mit sowjetischem Erdgas aus Sibirien beliefert wird.

Ich meine, wir sollten das Vertrauen, das wir in den 70er Jahren erreicht haben, erhalten. Das ist die wichtigste Aufgabe für unsere Ökonomen, die mit der Bundesrepublik zusammenarbeiten.

Vogel

Herr Krasnow hat recht, wenn er die ökonomische Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern und im Ost-West-Zusammenhang als einen objektiven historischen Prozeß bezeichnet. Ich würde das übersetzen in einen Prozeß der Konvergenz geographischer, struktureller und historischer Merkmale und Interessen. Das gilt ganz besonders für Europa. In Europa hat man auf beiden Seiten Verständnis für die Notwendigkeit der Kontinuität in den Wirtschaftsbeziehungen. Im Westen zeigen unsere kommerziellen Erfahrungen, daß man nur dann komparative Vorteile wahrnehmen kann, wenn Kontinuität gewahrt bleibt. Auf sehen der Sowjetunion besteht das Interesse an Kontinuität darin, daß man die eigene Entwicklung langfristig in planmäßigen Proportionen vorantreiben will. Die strukturellen Gegebenheiten sind verschieden, sie begründen jedoch ein gemeinsames Interesse an Kontinuität. Dies ist eine Grundlage, die sich bewährt hat und die sich in der Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West in Europa auch in kalten Tagen bewährt.

Ich habe jedoch eine etwas andere Einschätzung, wenn es um den aktuellen Stand und um die künftige Entwicklung geht. Was wir heute feststellen müssen, ist eine Stagnation, zumindest eine bedenkliche Verlangsamung in den Wachstumsraten des Wirtschaftsaustausches. Dies ist einmal bedingt durch die schwache Weltkonjunktur, die die Importnachfrage der westlichen Industriestaaten beeinträchtigt. Zum anderen ist die Stagnation zurückzuführen auf eine zu langsame Modernisierung der Wirtschaftsstruktur der Mitgliedsländer des RGW. Insbesondere ist die bisherige Exportpalette der Sowjetunion nicht sehr breit. Heute entfallen weniger als ein Prozent des sowjetischen Exports in die Bundesrepublik auf Maschinen und Ausrüstungen.

Erst an dritter Stelle - wenn es um die Ursachen der Stagnation geht - würde ich die politischen Faktoren setzen, die natürlich nicht zu leugnen sind. Ihre Äußerung über die Wirkungslosigkeit - ich würde hinzusetzen: die Dummheit - von Embargos kann ich nur unterstreichen.

Vor allem aus den ersten beiden Gründen, die ich genannt habe, bestehen objektive Begrenzungen für das Wachstum, die wir im Auge behalten und an denen wir arbeiten müssen. Beobachten müssen wir die Begrenzungen, die nicht beeinflußt werden können, zumindest nicht von einzelnen Ländern. Dazu gehört einmal die Weltkonjunktur und zum anderen auch die Verschuldungssituation in der dritten Welt, die von einem einzelnen Land nicht unter Kontrolle gebracht werden kann. Hier ist eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und der Verzicht auf Schuldzuweisungen dringend geboten.

Was kann man zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit tun? Herr von Amerongen hat kürzlich die Bereitschaft der Wirtschaftskreise in der Bundesrepublik bestätigt, auf sowjetische und osteuropäische Wünsche einzugehen, Kompensationen in allen Bereichen der Wirtschaft zu überprüfen und nach Möglichkeit zu fördern. Das hat indes strukturelle Grenzen. Mit diesem Einsatz kann jedenfalls keine wesentliche Steigerung der Außenhandelsumsätze erreicht werden. Herr Krasnow sagte, die Zahl der Verträge steige ständig. Das mag richtig sein; aber die wachsende Zahl von Verträgen bedeutet noch nicht ein Ansteigen der Umsätze.

Es gibt des weiteren organisatorische Maßnahmen auf sowjetischer Seite, um die direkten Kontakte zwischen westlichen Exporteuren und den Anwendern in der Sowjetunion zu verbessern. Ich halte dies für einen entscheidenden Punkt. Hier werden weitere Schritte notwendig sein. Die Erfahrung in der wissenschaftlich-technisch-industriellen Zusammenarbeit des Westens zeigt, daß der Anwender vor Ort, das heißt im Betrieb, in unmittelbarem Kontakt stehen muß mit demjenigen, der ihm die neue Technik liefert. Dieser unmittelbare Zusammenhang muß noch verstärkt werden. Aber ich denke, wir gehen da in die richtige Richtung.

Ein zweiter Bereich, in dem mehr geschehen kann und geschehen muß, ist die Förderung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß einer der wenigen Lichtblicke, die ich sehe, die begonnenen Verhandlungen über das Wissenschaftsabkommen sind. Es wird in der Tat Zeit, daß wir über den Schatten künstlicher Hindernisse springen und die Zusammenarbeit der Wissenschaft auf breiter Front fördern. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die den Transfer von wissenschaftlich-technischem Fortschritt für eine Einbahnstraße halten. Ich kenne genügend Ergebnisse der sowjetischen Wissenschaft, vor allem in der Grundlagenforschung, die für eine potentielle industrielle Anwendung im Westen außerordentlich interessant sind, Bereiche, in denen eine engere Zusammenarbeit im Wege industrieller Kooperation erfolgversprechend sein wird. Eine Fehleinschätzung dieser Möglichkeiten liegt unter anderem auch den Vorstellungen mancher Leute im Westen zugrunde, die glauben, mit einem Embargo die Sowjetunion treffen zu können.

Beide Länder, die Bundesrepublik wie auch die Sowjetunion, sehen sich mit dem Problem konfrontiert, daß sie den Anschluß an die dramatische Beschleunigung des technischen Fortschritts, der heute stattfindet, nicht verpassen dürfen. Diese Beschleunigung wird von Kollegen am Massachusetts Institute for Technology so gesehen: Während bis vor 10 Jahren etwa alle 8 bis 10 Jahre eine neue Generation der Technologie eintrat, haben wir heute alle 2 bis 3 Jahre eine neue Generation. Diese Entwicklung ist bedrohlich für alle diejenigen, die vom Export leben.

In der Bundesrepublik macht man sich Sorgen, wie diese Entwicklung verkraftet werden kann, sowohl was den Export angeht, wie auch, was ihre Auswirkungen auf das gesamte Leben unseres Landes betrifft. Die Sowjetunion hat aber wohl eher noch größere Sorgen in diesem Bereich. Ich sage das ohne Arroganz. Ich möchte dies als ein Argument für eine verstärkte Zusammenarbeit verstanden wissen. In diesem Zusammenhang sehe ich ermutigende Anzeichen, etwa in einem gemeinsamen Erlaß des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR vom September 1983, um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen - das sind ebenfalls Schritte in die richtige Richtung. Sie beschränken sich aber auf die notwendige Reorganisation der internen Innovationsvoraussetzungen. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt heute setzt jedoch maximale Integration in die internationale Zusammenarbeit voraus.

Meine Schlußfolgerung ist: Wer heute Anschluß an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt der Welt halten will, muß sich diesem Fortschritt öffnen, muß bestehende Barrieren in der Entwicklung abbauen, muß den individuellen Kontakt zwischen Wissenschaftlern unterschiedlicher Staaten und Institutionen ermöglichen. Das ist ein Problem in der Bundesrepublik; es ist auch ein Problem in der UdSSR. In diesem Sinne würden wir gut daran tun, wenn wir diese Möglichkeiten intensiver diskutierten. Jede Abschottung geht zu unseren eigenen Lasten.

Shukow

Ich bin sehr froh, daß unsere westdeutschen Gäste ein so großes Interesse an einer sachlichen Zusammenarbeit haben. Ich stimme Ihnen auch zu, daß durch die Embargo-Politik Barrieren

geschaffen werden, die ein wesentliches Hindernis auf dem Wege zur Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und der Technik darstellen und beiden Seiten gleichermaßen zum Schaden gereichen. Genösse Krasnow hat ja bereits ausführlich unsere Position zu diesen Fragen dargelegt. Wir sind genau wie Sie interessiert an der Entwicklung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit auf allen Gebieten, einschließlich Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur. Diese Fragen wurden ja auch zwischen Herrn Tschernenko und Herrn Genscher am 21. 5. 1984 besprochen.

Genösse Tschernenko betonte dabei, daß der Moskauer Vertrag und die sich daran anschließende aktive Entwicklung der sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen das Bedürfnis der Sowjetunion und der Bundesrepublik am Frieden und an der Entspannung widergespiegelt haben. "Das hat für uns einen großen Wert", sagte Genösse Tschernenko. Die Sowjetunion geht davon aus, daß für die Erhaltung normaler und guter Beziehungen zwischen beiden Ländern der gute Wille von beiden Seiten erforderlich ist sowie die Achtung der Sicherheitsinteressen beider Seiten und vereinte Anstrengungen zur Überwindung der heutigen gefährlichen Zuspitzung der nuklearen Konfrontation in Europa.

Genösse Gromyko sagte bei der gleichen Gelegenheit, daß aus geographischen, politischen, wirtschaftspolitischen und anderen Gründen die Sowjetunion und die Bundesrepublik natürliche Partner in der friedlichen Zusammenarbeit sind. Das erkennen die Völker der beiden Länder sehr gut. Über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR kann man sagen, daß da noch große bisher nicht erschlossene Möglichkeiten vorhanden sind. Es trifft aber auch zu, daß sich diese Möglichkeiten nur voll realisieren lassen unter der Bedingung der Entspannung und wenn gemeinsame Anstrengungen für die Stärkung des europäischen und des allgemeinen Friedens unternommen werden.

von Rosen

Bevor ich eine Bemerkung zu den für mich relevanten wirtschafts- und währungspolitischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion, der Bundesrepublik, der westlichen Welt und der dritten Welt mache, möchte ich zwei Punkte vorausschicken, die mir persönlich aufgrund des bisherigen Diskussionsverlaufs wichtig erscheinen.

Erstens: Unsere Gespräche werden in aller Offenheit geführt, um nicht zu sagen: in aller Deutlichkeit. Eine solche Sprache vertragen nur diejenigen, die wirklich ein gemeinsames Interesse an einem friedlichen Zusammenleben für sich und ihre Kinder und Kindeskinde haben. Dies ist für mich ein äußerst positiver Tatbestand.

Zweitens: Ich bin der sowjetischen Seite dankbar für die Bemerkung, sie unterstellten nicht, daß von den Deutschen noch einmal wie vor über 40 Jahren eine militärische Aggression ausgehen wird. Alle Anmerkungen über einen wiederaufflackernden deutschen Revanchismus entfallen somit. Keiner von uns will einen Krieg, weder in der Bundesrepublik noch in der Sowjetunion. Herr Sagladin hat General Rogers richtig zitiert: Auch die Russen wollen diesen Krieg nicht. Butter also statt Kanonen, Handel statt Verhärtung.

Dies ist nun auch das Thema, bei dem ich das größte Entwicklungspotential sehe, nämlich in den Perspektiven für den Ausbau des gemeinsamen Handels. Der Außenhandel hat sich seit vielen Jahren als ein äußerst stabiles Element erwiesen, als eine Insel der Verstetigung und der wirtschaftlichen Zuwächse in einem Meer von politischen Problemen, die in jüngster Zeit wohl eher gewachsen zu sein scheinen. Die Bundesrepublik ist seit Jahren der bedeutendste Handelspartner der Sowjetunion mit den westlichen Industrieländern. Von 1979 bis 1983 hat sich der gemeinsame Handel praktisch verdoppelt. Im letzten Jahr konnte die Bundesrepublik ihre Exporte in die Sowjetunion um weitere rund 20 Prozent steigern bei gleichzeitig stagnierenden Importen aus der Sowjetunion. Insgesamt ergibt sich für die Sowjetunion, wenn man Importe und Exporte saldiert, immerhin ein deutlicher Außenhandelsüberschuß von mehr als vier Milliarden D-Mark im Jahre 1982 und von etwa zweieinhalb Milliarden D-Mark im Jahre 1983. Wohlgermerkt: ein Plus zugunsten der Sowjetunion.

Aus diesen Zahlen ist schwerlich eine Verringerung der Handelsbeziehungen abzuleiten, wie es vielfach auf sowjetischer Seite im Vorfeld der Nachrüstung angekündigt worden war. Ich begrüße dies sehr, weil eine weitere Ausweitung des Handels mit der Sowjetunion im gegenseitigen Interesse liegt. Unsere Wirtschaftsbeziehungen möchte ich im übrigen fast klassisch nennen; denn es gibt traditionell seit jeher enge Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Vor 50 Jahren, vor 100 Jahren und noch weit davor haben viele Deutsche, Bauern und Handwerker, zum Auf- und Ausbau Rußlands beigetragen.

Wenn ich mir die Handelsbeziehungen der jüngsten Zeit ansehe, dann ist für mich allerdings auch interessant, daß sich die Ausfuhren der Sowjetunion nach den westeuropäischen Staaten mit einem Plus von 6,4 Prozent im Jahre 1983 deutlich stärker ausgeweitet haben als der Handel der Sowjetunion mit dem Westen insgesamt, der nur ein Plus von 1,7 Prozent aufweist. Sollte man hierin ein wirtschaftspolitisches Signal der Sowjetunion zugunsten Westeuropas sehen? Dies können wir wohl erst dann besser beurteilen, wenn wir die Konturen des 12. Fünfjahresplanes der Sowjetunion für die Jahre 1986 bis 1990 genauer kennen.

Wesentlich erscheint mir in diesem Zusammenhang auch zu sein, daß die extrem einseitigen Güterstrukturen der sowjetischen West-Ausfuhren aufgelockert werden. Immerhin bestehen die Ausfuhren der Sowjetunion heute zu 80 Prozent aus Energie und Rohstoffen. Hier müßte mittelfristig noch vieles umstrukturiert werden. Wir können ja nicht davon ausgehen, daß das sinkende Exportpotential bei Rohöl aufgrund des Eigenbedarfs dieses Landes, wie auch des RGW insgesamt - durch steigende Erdgaslieferungen voll kompensiert wird. Außerdem ist natürlich überhaupt nicht sicher, in welche Richtung sich die Energiepreise entwickeln werden. Die Sowjetunion sollte in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Anstrengungen unternehmen, eine auf den Weltmärkten konkurrenzfähige Exportgüterindustrie für Halb- und Fertigwaren aufzubauen.

Ein Aufbau entsprechender Industrien dürfte nur möglich sein mit steigenden Kreditaufnahmen der Sowjetunion im westlichen Ausland. Die Verschuldungsfrage spielt zwar derzeit in der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik eine dominierende Rolle. Alle internationalen Konferenzen haben die Verschuldungsproblematik vornehmlich der dritten Welt zum Thema. Die Kreditaufnahmen der Sowjetunion scheinen dagegen auf den internationalen Finanzmärkten derzeit keinerlei Probleme aufzuwerfen. Erst kürzlich wurde eine Anleihe, die ein westliches Bankenkonsortium unter Führung der Luxemburger Tochter einer deutschen Großbank emittierte, stark überzeichnet. Innerhalb von wenigen Tagen kamen nicht nur der ursprünglich anvisierte Betrag von 150 Millionen Dollar, sondern sogar 250 Millionen Dollar zustande. Dies scheint das besondere Kredit-Rating, das die Sowjetunion international genießt, deutlich zu untermauern. Das Potential für weitere Kreditaufnahmen dürfte sicherlich auch künftig vorhanden sein; denn die Sowjetunion wird aus der Sicht der westlichen Banken anders beurteilt, als das für einige andere osteuropäische Adressen gilt.

In diesem Zusammenhang habe ich zwei Fragen an die sowjetrussischen Teilnehmer: Ich würde gerne wissen, wie sich die Sowjetunion zu der sogenannten "Regenschirm-Theorie" für ihre RGW-Partnerländer stellt. Ein Teil dieser Länder, gemessen an der Quote ihrer Westexporterlöse zum Schuldendienst, ist ja noch sehr viel höher verschuldet als einige lateinamerikanische Länder. Hat die Sowjetunion beispielsweise ein besonderes Interesse, zum Schuldenabbau Polens beizutragen, um diesem Land wieder die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit zu geben, die es benötigt, um auf eigenen Füßen zu stehen?

Eine weitere Frage betrifft die stärkere Einbindung der Sowjetunion in den Kreis der am internationalen Währungssystem beteiligten Länder. Im Juli jährt sich zum 40. Mal die sogenannte "Bretton-Woods-Konferenz", die seinerzeit, 1944, zur Gründung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank geführt hat. Die Sowjetunion war Gründungsmitglied des Internationalen Währungsfonds; sie war bei der ersten Bretton-Woods-Konferenz dabei; sie ist dem Währungsfond allerdings nie als Mitglied beigetreten. Meine Frage ist: Befürchtet die Sowjetunion, das erforderliche Zahlenmaterial, das jedes IWF-Mitgliedsland zu veröffentlichen hat, bekanntzugeben? Ist nicht die Gefahr heute größer, wenn sich ein Land von den Währungsbeziehungen der internationalen Völkergemeinschaft isoliert, anstatt in dieser Gemeinschaft mitzumachen? Ich weise nur darauf hin, daß auch Länder, die später dem IWF beigetreten sind, wie Rumänien oder vor allem Ungarn, schnell die positiven Aspekte einer IWF-Mitgliedschaft kennen- und schätzengelernt haben.

Lassen Sie mich am Schluß zwei Gebiete erwähnen, auf denen ich mir eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern vorstellen könnte. Das ist erstens die Landwirtschaft, für uns im Westen fast ein Reizwort aufgrund wachsender Subventionen und riesiger Überschüsse. Von den Butterbergen profitieren die Sowjetbürger ja ab und an, während die deutschen Hausfrauen darüber verärgert sind, daß sie nicht in gleichem Maße billige Butter kaufen können. Ich meine, daß auf dem Agrarsektor ein besonders lohnendes Betätigungsfeld für weitere und wachsende wirtschaftliche Kooperation liegt. Die Sowjetunion ist ein riesiges Land mit ungeheuren Flächen, die teilweise noch nicht mit den Möglichkeiten heutiger Agrartechniken genutzt werden. Im Übermitteln deutschen "Know-hows" sehe ich ein Feld, auf dem wir sehr eng kooperieren könnten.

Der zweite Sektor betrifft die Ernährung der dritten Welt, ein Gebiet, auf dem unsere Positionen aus ideologischen Gründen sicher verhärtet sind. Hier können wir uns aber keine Kontroversen leisten, weil die Probleme mit einer Geschwindigkeit auf uns zueilen, daß wir dort keine Zeit verlieren dürfen.

Herr Vogel hat kurz angeschnitten, daß wir einer Bevölkerungsexplosion ungeahnten Ausmaßes in den nächsten Jahrzehnten entgegensehen. Folgt man dem UNO-Bericht über die Entwicklung des Bevölkerungswachstums, dann werden wir in den nächsten 50 Jahren, das heißt in zwei Generationen, mehr als eine Verdoppelung der Weltbevölkerung auf über 10 Milliarden Menschen erleben. Diese Menschen werden überwiegend nicht auf der nördlichen Halbkugel, sondern in der dritten Welt leben. Wir können es uns nicht leisten, wissend und sehend sich dort eine Katastrophe entwickeln zu lassen. Wir müssen unser Potential bündeln, um dieser weltweiten Ernährungsprobleme Herr zu werden.

Krasnow

Herr Vogel hat erwähnt, daß zwar die Anzahl der Verträge steige - darauf hatte ich hingewiesen;- , aber das Handelsvolumen stagniere. Ich kann ihm da nicht ganz zustimmen; denn die Statistik vom vorigen Jahr und die Angaben, die Herr von Rosen gemacht hat, zeigen, daß nicht nur die Anzahl der Verträge zu Beginn der 80er Jahre gewachsen ist, besonders im Jahr 1983, sondern auch das Gesamtvolumen. Das gilt für Exporte und Importe, die 1983 insgesamt um 25 Prozent gestiegen sind. Unsere Geschäfte stagnieren also nicht, sondern sind, wie die Praxis zeigt, weiter vorangegangen.

Herr Weidenfeld hat dazu aufgefordert, die Kooperation von Wissenschaftlern zu verstärken, besonders bei der Erforschung der Ost-West-Beziehungen. Diese Kooperation läuft aber schon auf vollen Touren, gerade im Bereich der Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Ich nenne als Beispiel die Arbeit von unserem Institut im Ministerium für Außenhandel. Wir haben enge Kontakte mit den Hamburger, Münchner und Kieler Wirtschaftsforschungsinstituten, mit denen wir Literaturquellen und Arbeiten austauschen.

Herr von Rosen, dessen Ausführungen ich prinzipiell zustimme, stellt fest, daß der Handel der Sowjetunion mit Westeuropa stärker gewachsen ist als mit dem Westen insgesamt. Der größte Handelspartner der Sowjetunion ist die Bundesrepublik, ein großer Handelspartner ist auch Frankreich. Wir erwarten heute den Präsidenten Frankreichs in der Sowjetunion; das wird auch dem Handel mit Frankreich neue Impulse geben. Die geographische Nähe, die traditionellen Beziehungen und politischen Faktoren spielen eine Rolle für den steigenden Handel gerade mit westeuropäischen Ländern, besonders mit der Bundesrepublik. Zu den politischen Faktoren gehört, daß man in diesen Ländern zwar dem Druck der Amerikaner im Rahmen von COCOM Zugeständnisse macht, aber die Bundesrepublik hat nicht alles akzeptiert, was die Amerikaner in Paris gefordert haben, und was in die Liste der strategischen Waren aufgenommen werden sollte. Dem hat man nur teilweise Rechnung getragen, weil man den Handel und die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Osten nicht beeinträchtigen wollte.

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa stellt sich eine Reihe von Fragen. Von Ihrer Seite wurden zum Beispiel Umweltschutzprobleme genannt, Geburtenüberschuß, See-Transportprobleme, die Möglichkeit, ein einzelnes Energiesystem aufzubauen und so weiter. Solche Probleme müssen in erster Linie im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit gelöst werden und nicht nur bilateral, also zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik oder mit anderen Ländern. Hier geht es um eine multilaterale Zusammenarbeit in Europa, die sich schon deutlich umreißen läßt, nämlich um die Zusammenarbeit zwischen RGW und EG.

Herr von Rosen hat gesagt, die Sowjetunion habe das Problem, ihre Exportstruktur zu verbessern. Das trifft zu. Wir wollen nicht nur Energie und Rohstoffe an Sie verkaufen. Unsere Anstrengungen im 12. Fünf jahresplan gehen gerade in die Richtung: Wenn schon Rohstoffe, dann aufbereitet, wenn schon Holz, dann bearbeitet, vorbearbeitet oder verarbeitet, auch Halbfabrikate und vor allem natürlich marktkonforme Fertigwaren.

Erstmals haben wir in den 70er Jahren auf dem bundesdeutschen Markt fertige Erzeugnisse abgesetzt. Ich war sozusagen der Wegbereiter für unsere Photooptik, was ich seinerzeit bei der Ausstellung Photo-Kina in Köln durchsetzen konnte. Dann kamen Tragflächenboot-Motoren, Kugellager, polygraphische Anlagen etc. Die Reorganisation, die zur Zeit in der Sowjetunion stattfindet, um die Industrie zu intensivieren und effektiver zu machen, die Erneuerung unserer Warenpalette, das alles ist auch auf die Verbesserung unserer Exportmöglichkeiten ausgerichtet.

Eine große Bedeutung messen wir dabei den Kompensationsverträgen zu. Solche Verträge und eine enge Kooperation im Bereich der Verarbeitungsindustrie soll uns helfen, marktkonforme Waren herzustellen, die der westlichen Technologie entsprechen und die sich auf den westlichen Märkten absetzen lassen. Ich möchte betonen, daß es bei den Kompensationsverträgen nicht um Geschäfte "Ware gegen Ware" geht, was in der bundesdeutschen Presse oft verwechselt wird. Vielmehr wird ein bestimmtes Objekt mit Hilfe der westdeutschen Technologie gebaut; die Bezahlung erfolgt dann mit

den Fertigwaren. In der Verarbeitungsindustrie kann das eine erhebliche Bedeutung erlangen. Auf diese Weise können wir eine konkurrenzfähige Produktion aufbauen und Produkte herstellen, die den Anforderungen des anspruchsvollen bundesdeutschen Marktes gerecht werden.

Mein nächster Punkt betrifft die Zusammenarbeit im Bereich der Landwirtschaft. Der Agro-Industrie-Komplex, wie es bei uns heißt, wird in Zukunft zu einem wichtigen Bereich für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR werden. Aber man muß die richtigen Gebiete finden. Von bundesdeutschen Firmen wird uns in der Handelsvertretung in Hamburg angeboten, Äpfel zu kaufen. Natürlich können wir darin keine rechte Perspektive erkennen, obwohl Hamburg Äpfel in Hülle und Fülle hat und nicht mehr weiß, wohin damit. Einiges kaufen wir Ihnen ab, wie wir Ihnen ja auch helfen. Ihre Butterberge loszuwerden. Wir sind auch bereit, Fleisch von Ihnen zu kaufen. Aber auf solchen Dingen kann nicht das Schwergewicht liegen.

Die Stoßrichtung sollte auf die Gebiete abzielen, auf denen die Bundesrepublik stark ist, also Agrartechnik, Ausrüstungen und Erfahrungen bei der Lagerung und Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten. Zu unserer Überraschung hörten wir, daß die Bundesrepublik jetzt zum größten Exporteur von landwirtschaftlichen Produkten geworden ist. Dennoch sind Sie im technischen Bereich stärker. Deshalb richten wir uns in unserer Zusammenarbeit auf die Agrartechnik, die Lagerung und die Verarbeitungstechnik aus. Diese Bereiche hängen mit unseren Bemühungen, den Agro-Industrie-Komplex zu modernisieren, zusammen. Entsprechende Schritte sind bereits bei der paritätischen sowjetisch-bundesdeutschen Kommission eingeleitet worden.

Herr von Rosen sprach dann die sogenannte Schirmtheorie im Kreditbereich an. Da kann man in der bundesdeutschen Presse lesen, daß die Sowjetunion, der mächtige Bruder mit seinen Goldvorräten und seinen Valutamöglichkeiten, im Falle eines "Unwetters" den Kreditschirm aufspannt und den Brüdern im Rahmen der sozialistischen Gemeinschaft Schutz gewähren kann. Soll sie auf diese Weise alle Partner vor Unwettern schützen? Ich halte diese Schirmtheorie ein wenig für übertrieben. Natürlich helfen wir Polen kräftig nicht nur mit Rubel, sondern auch mit Valuta; aber wir können nicht alles übernehmen. Für eigene Fehler muß jedes Land selber einstehen und entsprechende Maßnahmen einleiten, um in puncto Kredit und Valuta in der Zusammenarbeit mit den Handelspartnern im Westen wieder normale Verhältnisse herzustellen.

Herr Teltschik hat dazu aufgefordert, daß die RGW-Länder ihre Beziehungen zu der neuen Realität der Europäischen Gemeinschaft herstellen. Das ist sicher richtig. Ihnen ist doch aber bekannt, daß die RGW-Organen und die Sowjetunion seit 1976 erklärt haben, daß wir die Europäische Gemeinschaft als eine objektive Realität anerkennen, aber auch darum bitten, daß von Ihrer Seite der RGW als eine objektive Realität anerkannt wird. Wir haben eine ganze Palette von Vorschlägen ausgearbeitet, wie man die Beziehungen zwischen diesen beiden Gruppierungen gut gestalten kann.

Sie haben weiter gesagt, daß Kompromisse und Zugeständnisse notwendig seien, bevor man in konkreten Fragen der Beziehung zwischen der EG und dem RGW übereinkommt. Da ist unsere Position so flexibel und so kompromißbereit, daß sie wirklich zur Grundlage für die Herstellung von Beziehungen zwischen den beiden Gruppierungen werden könnte. Aufgrund der Gesetze, die 1974 oder 1975 in Kraft getreten sind, fallen alle handelspolitischen Fragen in den Kompetenzbereich der EG. Wir schlagen deshalb vor, einen Rahmenvertrag zwischen der EG und dem RGW abzuschließen. Dabei soll die Forderung, die von der Bundesrepublik gestellt wird, berücksichtigt werden, daß auch Verträge zwischen der EG und jedem einzelnen EG-Mitglied einerseits und dem RGW und seinen einzelnen Mitgliedern andererseits geschlossen werden. In dem Rahmenvertrag sollen dann nur die globalen Prinzipien festgelegt werden, daß also keine Diskriminierung stattfindet, sondern Gleichberechtigung herrscht und anderes mehr. Die konkreten Geschäfte, Lieferbedingungen und Kreditmodalitäten sollten bilateral vor sich gehen, das heißt in Verträgen zwischen einzelnen Staaten mit der EG. Das erscheint uns vernünftig und könnte eine gute Grundlage werden.

Es ist nicht unsere Schuld, daß wir hier bisher nicht weitergekommen sind. Vor kurzem wurde auf dem RGW-Gipfeltreffen in Moskau von den RGW-Ländern und von den RGW-Organen erneut die Bereitschaft bekräftigt, vertragliche Beziehungen zur EG herzustellen. Die Behauptung, der RGW habe keine Kompetenz, solche Verträge abzuschließen, wurde inzwischen auch auf Ihrer Seite widerlegt. So hat der Vertreter der Deutschen Bank in Moskau, Herr Axel Lebahn, in mehreren Artikeln nachgewiesen, daß der RGW als eine internationale Organisation durchaus die Kompetenz hat, auf der Grundlage der Gleichberechtigung Verträge und Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft abzuschließen.

Grigorjew

Ich möchte unterstreichen, daß wir hier in mindestens einem Punkt voll übereinstimmen. Beide Seiten betonen die Wichtigkeit und den Stellenwert der Zusammenarbeit und die großen Perspektiven und Möglichkeiten, die noch gar nicht ausgeschöpft sind. Alle Menschen in unserem Lande, ob Spezialisten oder Nichtspezialisten, sind dafür, diese Zusammenarbeit weiter aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wir begrüßen es, wenn alle Pläne und Vorhaben, die bereits in Verträgen festgelegt sind und die zum Teil bis zum Anfang des nächsten Jahrhunderts reichen, in die Tat umgesetzt werden.

Neben den Möglichkeiten gibt es allerdings auch Hindernisse, und ich möchte fragen: Welche Chancen sehen Sie auf Ihrer Seite, diese Hindernisse abzubauen?

Ich denke dabei vor allem an zwei Fragen: Wie können wir erstens vermeiden, daß sich solche Dinge wie die Embargo-Versuche wiederholen, die wir ja sehr gut kennen? Die westdeutsche Seite hat dabei eine gewisse Kühnheit bewiesen, indem sie den amerikanischen Forderungen nicht in allen Punkten entsprochen hat. Nun hat Herr von Rosen nicht zufällig von unseren Fünf Jahresplänen gesprochen. Wir sind an einer langfristigen und stabilen Zusammenarbeit interessiert. Solche groben Einmischungsversuche wie die Embargos können aber nichts Gutes bewirken. Wenn diese Embargo-Politik weiter ausgebaut wird, wird es schwer sein, eine Atmosphäre der sachlichen Glaubwürdigkeit herzustellen. Das ist für die Zukunft unserer beiderseitigen Geschäftsbeziehungen und für den Ausbau der Beziehungen zwischen Ost und West in Europa im allgemeinen sehr wichtig.

Herr Vogel sprach von der ständigen Revolution in technischen und technologischen Bereichen. Die Produktion verändert sich in wenigen Jahren von Grund auf. Das ist in der Tat ein interessantes Thema. Was machen wir nun, wenn die Verhärtung im COCOM weiter andauert? Bieten uns dann die westlichen Länder nur ihre alten überholten Techniken an, während uns die neuesten technischen Entwicklungen vorenthalten bleiben?

Charchardin

Die Rolle der öffentlichen Meinung bei der Lösung der Probleme von Krieg und Frieden ist in dieser Diskussion noch nicht genügend behandelt worden. Die von der Organisation der Vereinten Nationen ausgerufene Weltweite Kampagne für die Abrüstung setzt, wie der Genosse Shukow schon gesagt hat, nicht nur und nicht in erster Linie Aktivitäten der Regierungsorgane voraus. Diese müssen daran arbeiten in entsprechenden internationalen Verhandlungen und im Rahmen von Kontakten auf Regierungsebene. Vielmehr geht es darum, auch die anderen Kräfte in diese Arbeit mit einzubeziehen, um die Frage der nuklearen Abrüstung aus der Sackgasse herauszuführen. Dies sind die Kräfte der Volksmassen, der internationalen Öffentlichkeit, die aktiviert werden müssen, um die entsprechenden Entscheidungen der nationalen und internationalen Organe, die sich mit diesen Fragen befassen, zu beeinflussen.

Deshalb kann ich auch Herrn Teltschik nicht zustimmen, wenn er von der "Politik der Straße" sprach. Ein solcher Standpunkt steht in gewissem Widerspruch zu den Zielsetzungen, die von der UNO-Vollversammlung formuliert wurden im Hinblick auf die Antikriegstätigkeit der Öffentlichkeit. Das entspricht auch nicht unserer Vorstellung von der Rolle der öffentlichen Meinung bei der Lösung der Probleme von Krieg und Frieden. Wir kennen natürlich das Ausmaß, die konkreten Handlungen, die Zusammensetzung der Teilnehmer der Antikriegsbewegung in unserem Land, genauso wie in Ihrem Land. Wir wissen auch, welche Kräfte in Ihrem Land sich gegen diese Bewegung wehren und durch welche Interessen sie sich leiten lassen, um die Antikriegsbewegung der Massen in der Bundesrepublik Deutschland zu stören.

Ich will jetzt nicht die Lage dieser Bewegung in Ihrem Land analysieren. Ich möchte darauf eingehen, welche Rolle die Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung der politischen Konzeption und der praktischen außenpolitischen Aktionen in der Sowjetunion spielt. Ich bin dabei nicht sicher, daß alle unsere bundesdeutschen Teilnehmer die Tatsache anerkennen, daß es in der Sowjetunion genauso wie in anderen Staaten eine Öffentlichkeit gibt, die konkret und aktiv imstande ist, ihre Positionen zu konzipieren und entsprechende Fragen zu äußern.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich noch einmal die Formulierung von der "Straße" aufgreife: In unserem Land nehmen an den Friedensveranstaltungen, die von 120 örtlichen Friedenskomitees und anderen Massenorganisationen der Antikriegsbewegung veranstaltet werden, mehrere Millionen Sowjetbürger teil, und zwar absolut freiwillig und aktiv. Je bedrohlicher die Situation in der Welt und in Europa wird, desto aktiver, desto massenhafter, desto effektiver werden diese Handlungen der Sowjetmenschen im Kampf gegen die nukleare Kriegsbedrohung.

Im Mai dieses Jahres haben wir einen Aktionsmonat gegen die nukleare Kriegsbedrohung durchgeführt. Wir haben uns selber gewundert, welches Ausmaß diese Aktionen in unserem Land

hatten. Es fanden 163000 Demonstrationen und Massenkundgebungen statt, an denen 76 Millionen Menschen teilgenommen haben. Das ist natürlich eine eindrucksvolle Zahl. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die wichtigsten Losungen, die bei uns vorgetragen wurden, den Losungen, die von den Friedenskämpfern in den westeuropäischen Ländern, auch in der Bundesrepublik propagiert werden, sehr ähnlich waren. Das sind Losungen wie das Nein zu den Kernwaffen in Ost- und Westeuropa; das Nein zu den Kernwaffen überall in der Welt, das Ja für Abrüstung und für Frieden. Das sind also alles Losungen, die den Interessen sowohl unserer als auch der anderen Völker, ja der gesamten Menschheit entsprechen.

Wenn ich auf die Tätigkeit des Sowjetischen Friedenskomitees zu sprechen komme, muß ich betonen, daß die politischen Losungen und Konzeptionen, die wir als Initiative bei internationalen Kampagnen unterbreiten, nicht von einem engen Kreis von Funktionären formuliert und ausgearbeitet werden, wie das bei ihnen oft angenommen wird, sondern auf der Grundlage von Resolutionen der Massenkundgebungen, der Briefe von Kollektiven und einzelnen Sowjetbürgern. Wir bekommen Tausende solcher Briefe. Unser Vorsitzender, Genösse Shukow, berichtet zweimal im Monat über diese Briefe im zentralen sowjetischen Fernsehen. Das ist eine Art Beratung mit einem millionenstarken Publikum über die praktischen Initiativen, die von der sowjetischen Friedensbewegung vorgebracht werden.

Ich gehe deshalb auf alle diese Fragen ein, damit sich unsere westdeutschen Kollegen vorstellen können, daß die Beiträge der sowjetischen Teilnehmer an unserer Diskussion nicht das Ergebnis von Überlegungen eines Wissenschaftlers am Schreibtisch oder eines Politikers in seinem Arbeitszimmer sind, sondern die Gedanken, Vorschläge und Initiativen von Millionen und Abermillionen Sowjetmenschen wiedergeben.

Genösse Sagladin ist ja in seinem Referat darauf eingegangen, in welchem Maße unsere Organe, die die Politik bestimmen, und "die Straße", wie Herr Teltschik es genannt hat, eine Einheit bilden.

Wenn wir die Rolle unserer Öffentlichkeit bei der Lösung der Probleme von Krieg und Frieden feststellen wollen, dann müssen wir auch berücksichtigen, daß in unserem Land, wie vielleicht nirgendwo sonst in der Welt, eine allumfassende Erziehung zum Frieden durchgeführt wird. Dazu gehört auch der Unterricht an Oberschulen und Vorlesungen an Hochschulen. Da gibt es Spiel- und Dokumentarfilme sowie Werke der Kunst und Literatur, die alle durch die Idee des Friedens geprägt sind. Am 1. September 1983 war die erste Unterrichtsstunde an unseren Oberschulen eine Stunde des Friedens. So wird es jetzt jedes Jahr sein. 45 Millionen Schüler haben an dieser Stunde des Friedens teilgenommen.

Unsere ganze Tätigkeit im Friedenskomitee basiert finanziell gesehen auf absolut freiwilligen Spenden der sowjetischen Bürger zum Friedensfonds. Auch das Haus, in dem wir heute tagen, ist aus diesen Mitteln finanziert worden. Mit diesen freiwilligen Spenden wollen die Sowjetmenschen zur Stärkung des Friedens beitragen. 90 Millionen Menschen helfen uns auf diese Weise materiell. Diese Abermillionen Menschen und ihre praktische Tätigkeit sind Zeugnis dafür, daß unsere Friedensbewegung einen volksweiten Charakter hat. Die Abstimmung des Sowjetvolkes gegen den nuklearen Krieg wurde anhand von außerordentlich umfangreichen Unterschriftensammlungen während der Antikriegsmanifestationen vorgenommen.

Wir möchten, daß Menschen auch in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Presse nicht von den Dimensionen der Antikriegsaktionen in der Sowjetunion berichtet, wissen, daß in der Sowjetunion Hunderte Millionen Menschen nicht vergessen haben, was uns der vergangene Krieg angetan hat, und daß sie alles tun würden, damit es keinen neuen Krieg gibt.

Shukow

Es wäre sicher gut, wenn unsere westdeutschen Kollegen auch den Gedanken unterstützten, daß die erste Unterrichtsstunde in allen Schulen der Bundesrepublik ebenfalls eine Friedensstunde ist, so wie es in der Sowjetunion seit dem vorigen Jahr der Fall ist. Dazu kommen die Vertreter der Öffentlichkeit in alle Schulklassen. Wie Genösse Charchardin bereits sagte, haben 45 Millionen Schüler daran teilgenommen. Diese Vertreter der Öffentlichkeit berichten darüber, wie wichtig der Friedenskampf ist, und was dazu getan werden muß, damit man von klein auf die Kinder nicht zum militanten Geist, sondern zum Frieden erzieht.

Was die Berücksichtigung der öffentlichen Meinung angeht, so stellt sich da eine wichtige Frage. Wie kann man feststellen, wer für und wer gegen die Stationierung von Raketen ist? Man erklärt uns immer, diese Frage werde bei Ihnen durch Parlament und Regierung entschieden. Aber die

Parlamente und die Regierungen werden doch vom Volk gewählt; dann müßten diese die Meinung der Mehrheit schon berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach dem Referendum, nach der Volksbefragung. Es werden mitunter entsprechende Umfragen von verschiedenen Meinungsforschungsinstituten durchgeführt. Warum wird dann keine offizielle Umfrage zu diesem Thema gemacht? Diese Frage haben wir anlässlich des Forums der parlamentarischen Organisationen bei der UNO in der Friedenswoche, in der Woche des Kampfes für die Abrüstung gestellt. Ich habe im Podiumsgespräch die westlichen Regierungsvertreter direkt gefragt, ob sie bereit sind, eine Befragung zur Stationierung der Raketen durchzuführen. Der Vertreter der sowjetischen Regierung, Genosse Petrowski, hat sofort gesagt, daß die sowjetische Regierung dazu bereit sei. Der Vertreter der amerikanischen Regierung hat keine positive Antwort darauf gegeben.

Wenn das Koordinationskomitee für die Friedensbewegung in der Bundesrepublik eine solche Umfrage macht, warum kann dann die Bundesregierung nicht ein Referendum abhalten, um festzustellen, wie das Volk zur Frage eines atomwaffenfreien Europa und zu einem Rückzug der amerikanischen und sowjetischen Raketen in Europa steht? Dann kann man später unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Umfrage auch die eigene Position festlegen. Vielleicht sollten Sie darüber einmal nachdenken.

Sommer

Um gleich auf Ihren letzten Punkt einzugehen, Herr Shukow. Diese etwas schlichte Vorstellung, wir könnten die Volksbefragung bei uns als Verfassungsinstrument einführen, nur weil es sich vielleicht im Lichte mancher Interessen gut macht, sollten Sie sich aus dem Kopf schlagen. Wir haben aus wohlerwogenen Gründen das Institut der Volksabstimmung, des Referendums nicht wieder in unsere Verfassung eingeführt. Das hat mit der Erinnerung an das Schicksal verschiedener Volksabstimmungen in der Weimarer Republik zu tun.

Wenn hier Gallup mit der sogenannten Volksbefragung des Koordinierungsausschusses der deutschen Friedensbewegung gleichgesetzt wird, finde ich das lächerlich. Ich würde wirklich bitten, unsere Verfassungswirklichkeit zu akzeptieren, wie sie ist. Bei uns hat das Volk einmal alle vier Jahre die Möglichkeit, eine Regierung zu wählen. Von dieser Möglichkeit hat es am 6. März 1983 Gebrauch gemacht. Und es mag Sie nun sehr verwundern, aber eine Mehrheit der Menschen in unserem Lande hat lieber die Regierung Kohl/Genscher mit Raketen als eine Regierung Vogel ohne Raketen gewollt. Es geht nicht immer so aus, wie man sich das vorstellt. Ich bin jedenfalls der Meinung, daß wir uns von außen besser nicht an unseren Verfassungsvorkehrungen rütteln lassen.

Im übrigen muß ich Ihnen gestehen, daß mir immer sehr unwohl wird, wenn ich sehe, wie Agitation und Propaganda, die ja im Grunde nur vereinfachen und vergrößern, aufgeboten werden, um so diffizile Fragen wie die der Abrüstung und der Rüstungskontrolle politisch durchzusetzen. Es geht ja nicht um die einfache Frage: Krieg oder Frieden. Niemand ist für Krieg, auch bei uns nicht.

Ich bin vielleicht altmodisch, aber ich glaube auch nicht daran, Herr Weidenfeld, daß Professoren, wenn sie sich zusammensetzen, die Probleme lösen könnten. Neue Institute - wir haben das in Laxenburg gesehen - erweitern nur das Gefechtsfeld zwischen Ost und West. Die Probleme wirklich ausräumen tun sie nicht. Ich meine nun einmal, daß es in der Außenpolitik um Interessen geht und daß es auch immer Friktionen gibt, die sich allein schon aus der Geopolitik ergeben. Das ist ganz unabhängig von politischen oder gesellschaftlichen Systemen. Die Vorstellung mag Sie verblüffen, aber ich bin der Überzeugung, wenn wir heute keinen Sowjetkommunismus hätten, sondern im Kreml statt Herrn Tschernenko Zar Nikolaus VI. oder Alexander VIII. regierte, würden wir genau dieselben Probleme in der Welt haben. Wir hätten das Problem Afghanistan - oder Sie hätten es. Wir hätten das Problem Polen - oder Sie hätten es. Es gäbe genauso die Rivalität zwischen den beiden Großmächten und so weiter.

Das wirklich Neue, womit wir es heute zu tun haben, ist, daß wir es uns im nuklearen Zeitalter bei Strafe des Untergangs nicht leisten dürfen, diesen Friktionen freien Lauf zu lassen. Wir müssen sie eindämmen, und zwar auf mehreren Feldern.

Zunächst auf dem Feld der Rüstungskontrolle und der Abrüstung; da darf es kein Beleidigtsein, kein Nicht-miteinander-reden-Wollen geben, und zwar gilt das für beide Supermächte.

Zweitens scheint es mir nötig, daß sich die beiden Großmächte in peripheren Krisen zurückhalten. Das haben sie beide teilweise getan, teilweise nicht. Ich bewerte zum Beispiel sehr positiv die ungemein vorsichtige Art, mit der sich die sowjetische Außenpolitik während der zurückliegenden Jahre in den verschiedenen Krisen des Nahen und Mittleren Ostens bewegt hat. Das gilt auch für die

Zurückhaltung, mit der sie die Entwicklung in Zentralamerika verfolgt. Wahrscheinlich müssen die Großmächte lernen, sich nicht überall einzumischen. Sie dürfen nicht jede örtliche Turbulenz als Anlaß benutzen, um zu intervenieren.

Drittens, finde ich, müssen die Supermächte Kooperation verabreden, wo immer sie machbar ist - gleichgültig, welche Rivalitätskämpfe sie im übrigen ausfechten.

Viertens sollten sie sich freuen, wenn ihre kleineren Partner auf der festen Basis ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Bündnissen den Versuch unternehmen, eine Politik des Brückenschlags zu treiben; dies kann auch positive Rückwirkungen auf die Großwetterlage haben.

Schließlich fünftens: Wenn wir Zusammenarbeit organisieren wollen, müssen wir die ideologische Verteufelung - ob das nun "Hort des Bösen" oder wie immer heißt - und die Propaganda eingrenzen, sonst wird das Klima verdorben, in dem Zusammenarbeit allein gedeihen kann.

Vieles von dem, was ich sage, richtet sich durchaus an die Adresse beider Großmächte, also auch an die amerikanischen Großmacht, die unser Verbündeter ist und die wir zur Gewährleistung unserer Sicherheit auf absehbare Zeit brauchen werden. Täuschen Sie sich nicht, das wird auch im deutschen Volk weiterhin so gesehen werden!

Es gibt zwar keine Volksbefragungen, aber Umfragen haben immer wieder zu Tage gefördert, daß zwischen Zweidrittel und Dreiviertel der deutschen Bevölkerung über die Jahrzehnte hinweg weder an der Verbindung zu den Vereinigten Staaten noch an der nordatlantischen Allianz rütteln lassen wollen.

Wir in der Bundesrepublik, vielleicht sogar in ganz Westeuropa, und sicherlich auch in den osteuropäischen Staaten, haben eine doppelte Forderung an die Vormächte unserer jeweiligen Bündnisse. Die eine Forderung ist, die Sicherheit durch Präsenz, durch Verteidigungsvorkehrungen zu gewährleisten. Die andere Forderung ist, daß sie Kooperation miteinander suchen müssen, wo immer dies möglich ist. Die Konfrontation, die in der Rivalität der Großmächte angelegt ist, darf nicht Selbstzweck werden. Mir scheint es also eine europäische Aufgabe zu sein, die Tendenzen zur Konvergenz zu fördern, nicht im Sinne einer Identitätsauslöschung der beiden Systeme, aber doch zugunsten einer Koexistenz ohne Zähneknirschen.

Shukow

Was die Perspektiven der internationalen Entwicklung angeht, stimme ich Herrn Sommer voll zu, daß es in der modernen Welt außerordentlich wichtig ist, behutsam mit einer Krise umzugehen. Ich danke Ihnen für Ihre Einschätzung der Haltung der Sowjetunion in diesen Fragen. Es ist in der Tat undenkbar, daß irgendein Staat kommandiert und sich in alle Angelegenheiten dieser Welt einmischt.

Hinsichtlich des Referendums kann ich Ihre Auffassung nur bedauern, aber es ist Ihr gutes Recht, die öffentliche Meinung auf Ihre Weise einzuschätzen. Wir meinen nach wie vor, daß es außerordentlich wichtig ist festzustellen, was die Mehrheit der Wähler will; aber das ist eben Ihre Position.

Krasnow

Lassen Sie mich auf einige Fragen von Herrn Sommer eingehen, obwohl diese nicht ganz in meinen Kompetenzbereich fallen. Ich war bisher immer der Meinung, die russische Sprache sei die reichste in der Welt; heute aber habe ich den Eindruck, wenn ich Herrn Sommer so zuhöre, daß die deutsche Sprache noch reichhaltiger ist. Das wurde mir zum ersten Mal bewußt, als ich in bezug auf West-Berlin von "Bindungen" und "Verbindungen" reden hörte. In der russischen Sprache heißt es einfach Beziehungen. Bei Ihnen gab es da zwischen Bindungen und Verbindungen Nuancen, die verschieden gedeutet werden konnten, was natürlich zu Spannungen führte.

Herr Sommer sprach nun unter Bezugnahme auf den Moskauer Vertrag davon, bei den Grenzen gehe es nicht um Unveränderbarkeit, sondern um Unantastbarkeit. Letzteres ist offenbar wesentlich geringer einzuschätzen. Die deutsche Sprache ist hier eben viel reicher, als man hätte meinen können, woraus Mißverständnisse und Spannungen entstehen können.

Herr Sommer behauptete weiter, daß die Probleme zwischen unseren Ländern auch bestehen würden, wenn Sie es nicht mit der Sowjetunion, sondern mit dem früheren Rußland heute zu tun hätten. Zwischen Großmächten sei das eben so. Da kann ich Ihnen nicht ganz zustimmen, denn das neue Rußland, die Sowjetunion, ist ja ein Staat, der seinen Weg mit dem Gesetz über den Frieden begonnen hat. Seine erste Handlung war, Frieden mit den Deutschen in Brest Litowsk zu schließen und dann auch mit anderen Ländern. Und daß wir seit 40 Jahren in Europa Frieden haben und daß es keinen dritten Weltkrieg gibt, halten wir vor allem für unser Verdienst. Es gibt also doch große Unterschiede, daß mit der Sowjetunion ein Staat des Friedens entstanden ist.

Herr Sommer hat dazu aufgerufen, daß die ideologischen Auseinandersetzungen gestoppt oder verringert werden müßten, um die Spannungen zu mildern. Von den ideologischen Auseinandersetzungen war auch die Rede bei Herrn Teltschik, der darin eine Quelle für Spannungen sieht. Wir sind nicht dieser Meinung. Ideologische Auseinandersetzungen sind Auseinandersetzungen zwischen Ideologien, die auch bei der Entspannung bleiben und die sachlich beweisen wollen, welche Gesellschaft die bessere ist. Das ist ein ehrlicher Kampf auf der Basis von Argumenten und Tatsachen. Aber wir sind konsequent gegen eine psychologische Kriegsführung, wir sind gegen die Manipulierung von Menschen, wir sind gegen Betrug und Lüge. Das ist der Störfaktor in den Beziehungen zwischen den Völkern. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen; denn die psychologische Kriegsführung mit all ihren Mitteln führt nur zur Desinformation.

Was die angebliche sowjetische Bedrohung für Westeuropa angeht - das Thema ist hier ja mehrfach angesprochen worden;- , so möchte ich ein Zitat aus einer deutschen Zeitung vorlesen: "Wiederum ist heute Europa vom Osten bedroht. In diesem Kampf um die gemeinsame Existenz aber müssen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft zurücktreten und muß die Pflicht lebendig werden, die gemeinsame Front zu bilden gegenüber dem roten Weltfeind."

Sommer

Welche Zeitung war das?

Krasnow

Der "Völkische Beobachter", Hitlers Zeitung aus dem Jahre 1937. Vielleicht sollten Sie auch einmal das Buch von Herrn Professor Kade lesen: "Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der Gefahr aus dem Osten." Das wirft viel Licht auf das Problem.

Grigorjew

Ich möchte noch ein weiteres Thema ansprechen. Mir ist nicht klar, warum einige von Ihnen uns hier glauben machen wollen, daß die Friedensbewegung in Ihrem Lande schlecht sei, daß das die "Straße" sei. Herr Schulze behauptete, die ganze Volksbefragung sei willkürlich und unkontrolliert gewesen. Man habe sich eine Vielzahl von Wahlzetteln nehmen und diese ausfüllen und einwerfen können; das sei schlicht eine Fälschung gewesen. Wir haben aber am Abend desselben Tages in unserem Fernsehen die Aufnahmen des ARD-Fernsehens gesehen, daß auch Willy Brandt an der Volksbefragung teilgenommen hat.

Wir wissen natürlich, unter welchen Bedingungen Ihre kapitalistische Demokratie funktioniert. Uns ist bekannt, daß der Bundestag die politischen Entscheidungen trifft, daß es dort eine Mehrheit gibt, die regiert und auch Gesetze verabschieden darf. Das ist alles in Ordnung. Und Herr Sommer hat hier gesagt, die Demokratie habe eben so funktioniert, daß am 6. März des vergangenen Jahres die Kohl-Regierung zusammen mit den Raketen gewählt worden ist. Die sozialdemokratische Partei und auch andere Parteien haben aber eben in dieser Frage eine andere Position eingenommen, für die sich fast 17 Millionen Wähler ausgesprochen haben. Gilt die Meinung von 17 Millionen Bürgern wiederum nichts?

Falin

Herr Sommer hat uns aufgefordert, präzise zu sein, und ich erlaube mir, auf das hinzuweisen, was in seinen Ausführungen unpräzise war. Wir wissen, daß das Referendum als Institut von der bundesdeutschen Verfassung nicht vorgesehen ist. Sie erklärten dazu, daß die schlimmen Erfahrungen in der Weimarer Republik dafür ausschlaggebend waren. Dies war aber nicht der eigentliche Grund, sondern die USA haben nach dem Kriege traurige Erfahrungen mit dem Referendum in Hessen gemacht. Das ist eine historische Tatsache.

Sie sagten dann, daß die eigentliche Auseinandersetzung um die Rüstungskontrolle und ihre Überprüfung geht. In den Fragen von Krieg und Frieden seien sich alle Länder einig. Ich will jetzt nicht beurteilen, was die Reagan-Administration in ihren geheimen Dokumenten schreibt. Ich möchte Sie aber auf andere amerikanische Dokumente hinweisen, die auch nicht für das breite Publikum bestimmt waren, und in denen es hieß, daß die Ziele, die sich die amerikanische Politik setzt, nicht durch Verteidigungsmittel, sondern nur durch Angriffsmittel zu erreichen sind. Dafür sei es notwendig, Mittel unterhalb der Kriegsgrenze zu haben, wie auch den Krieg selbst führbar zu machen. Die Memoranden des National Security Council No. 7 und No. 20/4 bestätigen, was der NATO-Gründung eigentlich zugrunde lag.

Sie erwähnten weiter, daß das Problem der dritten Welt für die Zukunft der ganzen Menschheit von entscheidender Bedeutung ist. Ja, das Problem ist vorhanden. Zur Zeit tritt es auch in Form von Schulden auf, und zwar von 820 Milliarden Dollar Schulden der dritten Welt. Die Amerikaner bekommen von den Entwicklungsländern gegenwärtig etwa 12,5 Prozent Jahreszinsen für mittelfristige und langfristige Kredite und 20 Prozent für kurzfristige Kredite. Hinzu kommt, daß die Wirtschaft der Entwicklungsländer zu 40 Prozent von transnationalen Korporationen fernkontrolliert wird, die aus den Ländern der dritten Welt jährlich zwischen 50 bis 100 Milliarden Dollar ziehen. Das sind Statistiken der UNO. Das sind Gelder, die nicht in der dritten Welt bleiben, sondern in die entwickelten kapitalistischen Länder umgeleitet werden. Wenn man diese Zahlen vergleicht mit der Unterstützung, die diese Länder offiziell leisten, so stellt man fest, daß die Bilanz für die dritte Welt negativ ist.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Sommer, so gehen Sie davon aus, daß die jetzige Etappe der Spannungen und der komplizierten und gefährlichen Beziehungen zwischen West und Ost im Grunde durch die historische Entwicklung vorprogrammiert war. Hätten wir oder Sie eine andere Gesellschaftsordnung, so würde es auch Widersprüche in der einen oder anderen Form zwischen den Machtzentren geben, weil sie unvermeidlich sind. Wenn das zutrifft, dann hat der amerikanische Wissenschaftler Sagan recht, der vor kurzem in einer Rede auf die Frage, ob es außerirdische Zivilisationen gibt, geantwortet hat: Wenn die außerirdischen Zivilisationen wie die Menschen der Erde sich heute zur Selbstvernichtung verdammt haben, ist die Existenz solcher außerirdischen Zivilisationen kaum anzunehmen.

Ich glaube nicht, daß die Entspannung durch eine Gottesbotschaft initiiert war oder daß die heutigen Spannungen eine fatale Notwendigkeit sind. Hier geht es um bewußte Entscheidungen bestimmter Regierungen, genauer gesagt, bestimmter Führungsgruppen auf beiden Seiten. Wir haben unsere Wahl für die Entspannung getroffen. Bei Ihnen im Westen hat man sich seit einer gewissen Zeit gegen die Entspannung entschieden. Da gab es - wie zum Beispiel Herr Weinberger formuliert hat - eine Konterrevolution. Die Bundesdeutschen sind in dieser Hinsicht etwas bescheidener. Sie preisen nicht eine Konterrevolution, sie machen sie. Aber das läuft im Ergebnis wohl auf das gleiche hinaus. Niemand kann sie zur Entspannung zwingen. Für die Entspannung bedarf es der Zustimmung beider Seiten; für eine Prügelei braucht man nur noch die Bereitschaft von einer Seite.

Soell

Was die Erziehung innerhalb der Armee oder in Jugendorganisationen angeht, so gibt es auch in der Sowjetunion Stimmen, die eine Erziehung zum Haß gegenüber den Feinden der Sowjetunion propagieren. Der Generalsekretär Tschernenko hat das deutlich vor Chören des Komsomol verkündet.* Natürlich steht es im Belieben der Führung, wer jeweils zum Feind erklärt wird; hier ist also noch manches aufzuarbeiten.

Zu den Schulbüchern möchte ich ebenfalls die Anregung unterstützen, eine deutschsowjetische Schulbuchkonferenz zu begründen, ähnlich wie das seit Jahren mit Polen geschieht - ich habe hier gerade den Bericht über die 17. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz. Auf diese Weise könnten wir sicher gemeinsam manches in den Schulbüchern verbessern, natürlich auf beiden Seiten.

Herr Charchardin hat als positiv vermerkt, daß die Friedensbewegung in Westeuropa und die Friedensaktionen in der Sowjetunion teilweise unter ähnlichen Losungen marschieren. Ich weiß nicht, ob Sie gut beraten sind, diese Gemeinsamkeit hervorzuheben. Aus verschiedenen Umfragen, die von amerikanischen, deutschen aber auch englischen und französischen Zeitungen zu Fragen der Ost-West-Beziehungen veranstaltet worden sind, wird deutlich, daß gerade die Ähnlichkeit bestimmter Losungen das Ansehen der Friedensbewegung in Westeuropa nicht stärkt, sondern im Gegenteil schwächt. Die 5 Millionen Stimmen, die anlässlich der Europawahl am vergangenen Wochenende für ein Votum gegen die Raketen abgegeben worden sind, repräsentieren ohnehin nur eine Minderheit. Dieses Votum wäre sicher noch um einige Millionen zahlreicher ausgefallen, wenn die Ablehnung der Stationierung nicht in mancher Beziehung von Losungen der sowjetischen Politik beeinflusst worden wäre. Insofern möchte ich vor Illusionen warnen, die in dem Beitrag von Herrn Charchardin angeklungen sind.

Herr Falin hat der These von Herrn Sommer widersprochen, daß Machtinteressen von Großmächten auch unabhängig vom politischen System und von der Ideologie in Konflikt geraten. Ich meine, es gibt genügend Beispiele, die Herrn Sommer recht geben. Ich verweise nur auf die Konflikte in Ostasien in jüngster Zeit, die nicht nur zwischen China und Vietnam auftreten. Ich denke etwa an die Politik, die die Sowjetunion dort gemeinsam mit Vietnam betreibt, an Manöver, die in Südostasien abgehalten werden, und welche politisch-psychologischen Wirkungen die SS-20-Raketen in diesem Raum haben.

Ich führe dort gelegentlich Gespräche und beobachte die öffentliche Meinung und weiß daher, welche Rolle diese Faktoren spielen.

Gerade die Entwicklung in Ostasien, nicht nur in militärischer und strategischer Hinsicht, sondern vor allem auch angesichts der dynamischen wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Entwicklung einiger Staaten in dieser Region wirft die Frage auf, ob Westeuropa und die Sowjetunion in diesem Raum nicht auch gemeinsame Interessen haben und dort auf friedliche Weise einwirken können, allerdings nicht im Sinne der traditionellen Interessensphärenpolitik.

* Zitiert nach der Prawda vom 29. Mai 1984: "Mit noch größerem Nachdruck muß die Jugend zum Gefühl der Heimatliebe und zum Haß auf ihre Feinde, zu einer hohen politischen Klassenwachsamkeit und ständigen Bereitschaft zur Heldentat erzogen werden."

Besymenski

Herr Krasnow hat hier Beispiele dafür angeführt, wie einige russische Wörter in der deutschen Übersetzung eine doppelte Bedeutung erhalten. Schlimmer ist aber, wenn manche russischen Wörter ins Deutsche falsch übersetzt werden. In dieser Hinsicht, werter Herr Soell, muß ich sagen, daß in der Rede des Generalsekretärs Tschernenko an keiner Stelle das Wort Haß gegen andere Völker vorgekommen ist. Sie haben ihm dieses Wort gewissermaßen untergeschoben. Wir erziehen unsere junge Generation nicht zum Haß gegen andere Völker. Ich bitte, das zu berücksichtigen.

Ich bin besorgt über eine bestimmte Tendenz, die sich in unserer Diskussion abzeichnet. Das wurde besonders deutlich in früheren Beiträgen von Herrn Sommer und Herrn Vogel. Herr Sommer hat versucht, einfach all die Probleme, die die sowjetische Seite erwähnt hat, für null und nichtig zu erklären, indem er alles als Propaganda bezeichnet, das man nicht ernst zu nehmen und dementsprechend auch nicht zu diskutieren brauche.

Herr Vogel verwendet eine etwas andere Methode. Er war durch die Interpretation der sowjetischen Politik so besorgt, daß er überhaupt nicht bemerkt hat, was das eigentlich für eine Politik ist. Er hat mehrere konkrete Schritte und Vorschläge nicht zur Kenntnis genommen, die von der Sowjetunion in den letzten Monaten gemacht wurden. Das ist sehr schade. Ich meine, wir müssen in unserem gemeinsamen europäischen Haus sehr ernsthaft zueinanderstehen. In diesem europäischen Haus ist die Sowjetunion kein zufälliger Besucher; wir sind hier auch keine Hausbesetzer. Wir haben unser Recht, im europäischen Haus zu wohnen, teuer bezahlt. Wir haben dieses Recht erkämpft, genauso wie unsere Freiheit und unser Recht, nicht Reich Nikolaus' VI. und auch nicht eine deutsche Kolonie zu sein, sondern so zu leben, wie wir wollen. Wir haben das mit 20 Millionen Menschenleben von Sowjetbürgern sehr teuer bezahlt.

Vor diesem historischen Hintergrund müssen Sie bitte verstehen, daß wir heute wirklich besorgt sind. Ich bin natürlich davon überzeugt, daß Herr Ruhe kein faschistisches Monstrum ist, und wir sind gern bereit, ihm dafür ein schriftliches Zeugnis zu geben. Aber ich möchte Herrn Ruhe fragen: Wie ist es möglich, daß es in der Bundesrepublik heute ein solches faschistisches Monstrum wie zum Beispiel den Michael Kühnen geben kann? Sie werden sagen, das ist nur eine Einzelperson. Aber ich frage mich: Wie soll man das verstehen - was einen unmittelbaren Bezug zur Frage der Schulbücher und der Schulerziehung hat;-, daß es heute, fast 40 Jahre nach dem Verschwinden des Nazismus, in der Jugend solche gefährlichen Erscheinungen und Tendenzen gibt?

Als wir über solche Dinge unmittelbar nach dem Kriege besorgt schrieben, wurde uns immer gesagt: Hören Sie, das sind Vertreter der alten Generation, das sind Menschen von gestern; bleiben Sie ruhig, das wird alles vorübergehen. Heute aber - und da müssen Sie uns bitte verstehen, genauso wie auch viele andere in Europa - sind wir wirklich darüber besorgt, daß solche Erscheinungen auch unter den Jugendlichen möglich sind. Wir wollen damit nicht sagen, daß die ganze bundesdeutsche Jugend so ist; wir sind aber der Meinung, daß für das Auftreten solcher antidemokratischen Tendenzen und Gruppen auch diejenigen politischen Parteien verantwortlich sind, die das politische Klima in der Bundesrepublik bestimmen.

Ich weiß natürlich nicht, nach welchen Schulbüchern Michael Kühnen gelernt hat. Aber ich habe mir auch von deutschen Schülern viel erzählen lassen, und zwar von Schülern, die dank der ausgezeichneten Initiative der Körber-Stiftung nach Leningrad gekommen waren, nachdem sie im Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte einen Preis für ihre Untersuchungen zum Thema "Alltag im Nationalsozialismus" gewonnen hatten. In solchen Gesprächen wurde deutlich, daß die Schulbücher in der Bundesrepublik nur wenig dabei helfen, die schreckliche Vergangenheit Deutschlands zu begreifen. Sie müssen verstehen, daß wir entsetzt sind, wenn bei Ihnen ein politisches Klima herrscht, das die Entstehung gefährlicher Tendenzen erlaubt.

Das Wort Revanchismus ist sicher ein grobes Wort, das ich auch nicht mag, weil es die Dinge zu sehr vereinfacht. Es geht hier um eine sehr vielschichtige Erscheinung. Wir sprechen ja auch nicht das erste Mal darüber. Wir verstehen darunter eine Nichtanerkennung der territorialen, sozialen, politischen und anderen Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und den Wunsch, sie zu revidieren. Wir wollen natürlich auf keinen Fall die ganze Bevölkerung der Bundesrepublik und ihre Politiker mit denjenigen Sonntagsrednern identifizieren, die bei den Landsmannschaftentreffen sprechen und die heute erneut über die uralten Themen, wie die Grenzen von 1937 und über die "offene Deutsche Frage" und so weiter reden.

Aber, liebe Kollegen, als der Moskauer Vertrag abgeschlossen wurde, war das eine Art Vorschuß. Denn viele Menschen in der Sowjetunion haben damals gesagt, es gibt doch in der Bundesrepublik diese Erscheinung des Revanchismus. Wie kann man mit einem solchen Staat den Moskauer Vertrag abschließen? Wir waren der Meinung, daß der Vertrag helfen könnte, solche Stimmungen zu überwinden. Leider müssen wir heute feststellen, daß die Bestimmungen des Vertrages nicht immer eingehalten werden. Es geht dabei nicht nur um solche Redner, die sich ihrer Verantwortung vielleicht nicht voll bewußt sind. Herr Grigorjew hat daran erinnert, daß sich auch Vertreter der Regierung und der Regierungspartei entsprechend verhalten. Ich will hier nichts übertreiben. Die Landsmannschaften und diese Propaganda sind nicht so gefährlich wie Pershing-Raketen, aber die Propaganda vergiftet die Gemüter und das Klima.

Herr Sommer hat in diesem Zusammenhang bestimmte Forderungen an die Großmächte - an uns - gerichtet. Es wäre gewiß angebracht, daß er jene Forderungen auch an sich selber stellt. Der Moskauer Vertrag ist unser gemeinsamer und wertvoller Besitz. Das müssen wir aufrechterhalten und weiterentwickeln. Das dürfen wir nicht unterwandern lassen. Wir müssen allen Kräften wehren, die dagegen arbeiten wollen. Das wird auch der Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Ländern zugute kommen.

Vogel

Herrn Besymenskis Bemerkungen sind charakteristisch für das, was heute im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf den 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus in den sowjetischen Medien sichtbar wird: Eine Flucht in die Geschichte mit dem Ausspinnen historischer Analogien, die einer näheren Überprüfung nicht standhalten. Über den Faschismus-Begriff in der sowjetischen Polemik zu diskutieren, wäre ein eigenes Thema. In diesem Zusammenhang aber Michael Kühnen als Symptom für die Ergebnisse einer bestenfalls halbherzigen antifaschistischen Erziehung im Bildungssystem der Bundesrepublik anzuführen, geht entschieden zu weit.

Wer sich die Mühe einer detaillierten Analyse des Wählerverhaltens von Jungwählern in der Bundesrepublik unterzieht, der weiß, daß diese Gruppe, wie auch die älteren Jahrgänge, die großen demokratischen Parteien wählt; er weiß, daß eine Abweichung vom durchschnittlichen Wählerverhalten in der Bundesrepublik eher in die Richtung der Sozialdemokratie und der Grünen zu verzeichnen ist. Ganz eindeutig geht aus den Wahlergebnissen wie auch aus anderen Analysen zur politischen Orientierung der jungen Generation in der Bundesrepublik Deutschland hervor, daß diese Generation gegen rechtsradikale Argumente praktisch immun ist.

Ob dies den unterschiedlichen Schulbüchern gutgeschrieben werden kann, ist wieder eine andere Frage. Im allgemeinen wird übersehen, wie weitgehend in der Bundesrepublik - anders als im sowjetischen Schulsystem - die Bedeutung von Schulbüchern als didaktisches Unterrichtsmittel zurückgegangen ist. Unabhängig davon glaube ich, daß eine deutsch-sowjetische Schulbuchkommission bestenfalls Unterschiede zwischen sowjetischen und deutschen Historikern in der Interpretation von Details zutage fördern würde. Schwerwiegende Lücken in der Darstellung dieses düstersten Kapitels deutscher Geschichte in den Schulbüchern der Bundesrepublik dürften nicht nachzuweisen sein.

Diese Auseinandersetzung sollten wir abhaken. Wir verlieren Zeit für die praktische Arbeit an den Problemen der Gegenwart.

Rühe

Wir haben hier eine sehr offene, auch kontroverse Aussprache gehabt und hart miteinander gestritten. Die Tatsache, daß wir miteinander streiten, zeigt, daß wir uns nicht gleichgültig sind - das gilt nicht nur für persönliche Beziehungen. Miteinander streiten heißt miteinander sprechen. Verhängnisvoll wird es erst, wenn man sich gleichgültig wird und sich nichts mehr zu sagen hat. In diesem Sinne möchte ich dafür plädieren, darauf zu achten, daß wir uns niemals gleichgültig werden.

Erlauben Sie mir dann, eine Bitte auszusprechen. Sie werden in diesem und im nächsten Jahr das 40jährige Jubiläum des Sieges der Sowjetunion über Hitler-Deutschland feiern. Es ist völlig legitim, dieses Ereignis zu feiern. Ich möchte jedoch an Sie appellieren, darauf zu achten, daß das Bild der Bundesrepublik Deutschland, das auf diesen Veranstaltungen gezeichnet wird, nicht zur Karikatur gerät. Das ist wichtig auch im sowjetischen Interesse und für Ihre Glaubwürdigkeit.

Die Fragen der Militärpolitik und der Raketen sind so kompliziert, daß viele Menschen sie nicht durchschauen können. Aber die Deutschen kennen ihr Land. Auch die Deutschen in der DDR wissen über die Medien, wie es in der Bundesrepublik Deutschland aussieht. Wenn dann die Sowjetunion ein Bild von der Bundesrepublik entwirft, das nichts mit der Realität zu tun hat, leidet darunter die Glaubwürdigkeit der Sowjetunion und nicht die der Bundesrepublik Deutschland. Wenn die Sowjetunion aber auf diesem Feld unglaubwürdig wird, wer glaubt ihr dann noch die Argumente in der Militärpolitik, ein Gebiet, das für den einzelnen viel schwieriger zu durchschauen ist. Verstehen Sie das bitte als einen ernstgemeinten Appell, sehr sorgfältig vorzugehen und sich mit Begriffen wie Revanchismus und Neofaschismus, die wir hier mehrfach gehört haben, zurückzuhalten.

Die Bundesrepublik ist eine wehrhafte Demokratie. Herr Kühnen ist für seine Taten ins Gefängnis gekommen. Überdies handelt es sich nur um eine verschwindend kleine Gruppe, die kriminell ist. Ihre Mitglieder werden bestraft. Das gilt für alle, unabhängig, ob sie von rechts oder von links her versuchen, unserer Demokratie zu schaden.

Ich möchte jedoch deutlich betonen: Wer für die Wiedervereinigung ist, ist kein Revanchist. Sonst hätten Sie den deutschen Außenminister, als er seinerzeit in Moskau den Brief zur deutschen Wiedervereinigung im Zusammenhang mit den Verträgen überreichte, auch entsprechend etikettieren müssen, was aber nicht der Fall war.

Ihnen als geschichtsbewußtem Menschen brauche ich doch nicht zu sagen, daß man die Geschichte nicht einfrieren kann. Wer hätte sich vor 100 Jahren vorstellen können, was aus Rußland werden würde, welche enorme Entwicklung, welchen Sprung nach vorn dieses Land politisch, sozial, ökonomisch machen würde? Auch die deutsche Geschichte läßt sich nicht einfrieren. Aber wir wissen, daß alle Veränderungen nur im Einvernehmen mit unseren Nachbarn im Westen wie im Osten vollzogen werden können.

Wer in diesem Sinne ein deutscher Patriot ist, ist ein guter Nachbar, nach Westen wie nach Osten. Ihn sollte man nicht als Revanchisten verteufeln.

Wir haben bisher vornehmlich die gegenwärtige Situation beschrieben. Das reicht jedoch nicht aus. Ein Politiker muß sich immer wieder die Frage stellen: Wie geht es weiter? Dazu möchte ich jetzt noch einige Worte sagen.

Zunächst zur Frage eines Gipfeltreffens zwischen dem sowjetischen Generalsekretär und dem amerikanischen Präsidenten. Ich bin der Meinung, daß es gut wäre, wenn sich jeder amerikanische Präsident nach Ende seines ersten Amtsjahres mit einer gewissen Regelmäßigkeit mit seinem sowjetischen Gegenüber treffen würde. Das ist leider aus verschiedenen Gründen diesmal nicht der Fall gewesen.

Soell

Dafür sind die Amerikaner mehr verantwortlich als die Sowjetunion.

Rühe

Vielleicht besteht die Chance zu einem solchen Treffen noch in diesem Jahr. Das sollte man nutzen und dann in Zukunft mit einer gewissen Regelmäßigkeit zusammenkommen, damit diese Treffen den Charakter des allzu Spektakulären verlieren. An solche Gipfel werden ja meist übertriebene Erwartungen gestellt. Sie sollten also die amerikanische Bereitschaft nicht nur unter innenpolitischen amerikanischen Gesichtspunkten sehen, sondern auch Ihrer Verantwortung gerecht werden, möglichst ein solches Gipfeltreffen herbeizuführen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat im letzten Jahr demonstriert, daß wir den deutsch-sowjetischen Dialog auch unter schwierigen Bedingungen aufrechterhalten wollen und können. Das galt auf der Regierungsebene: Der Bundeskanzler war in Moskau; die Außenminister haben sich in Wien getroffen. Das galt auch für den Deutschen Bundestag. Kein anderes westliches Land hat im letzten Jahr in dieser Weise den Dialog mit der Sowjetunion aufrechterhalten. Wir haben dafür geworben, daß dieses auch andere tun, mit Erfolg, wie der Besuch des französischen Präsidenten Mitterrand zeigt, der in den nächsten Stunden in Moskau eintreffen wird.

Was den deutsch-sowjetischen Dialog angeht, so ist es vernünftig, ihn auch in diesem Jahr auf einer möglichst hohen Ebene fortzusetzen. Die größten Verständigungsschwierigkeiten bestehen zweifellos im Bereich der Mittelstreckenwaffen. Nun ist es eine alte Erfahrung, daß man nicht versuchen sollte, die schwierigsten Probleme als erstes zu lösen, sondern in den Bereichen zu Erfolgen zu kommen, wo es etwas einfacher ist. Nach meiner Einschätzung würde die Stockholmer Konferenz hierfür eine gute Grundlage bieten. In diesem Sinne war ich über die Ausführungen von Herrn Matwejew erfreut. Ich meine, in Stockholm gibt es bei gutem Willen beider Seiten Erfolgchancen.

Ich möchte dann noch ein Wort zu den Weltraumwaffen sagen. Mir scheint das ein Bereich zu sein, in dem sowjetisch-amerikanische Kontakte und Verhandlungen von besonderer Dringlichkeit sind. Der amerikanische Präsident hat ja die Verhandlungsbereitschaft der USA für diesen Bereich unterstrichen.

Ich persönlich bin der Meinung, daß in der Geschichte der Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen - diese Geschichte ist erst 20 Jahre alt - dem ABM-Vertrag von 1972 die größte Bedeutung zukommt, mehr als den reinen Begrenzungsverträgen, die nur Obergrenzen festgelegt haben, wie bei SALT I und SALT II. Damals haben beide Seiten rechtzeitig gesehen, welche qualitative Veränderung der strategischen Situation durch den Aufbau von Verteidigungssystemen auf beiden Seiten entstehen würde. In der Tat beruhen die Sicherheit und der Frieden heute auf der Verwundbarkeit beider Seiten. Hier sollte man nicht leichtfertig durch technische Entwicklungen, die sich verselbständigen könnten, eine qualitative Veränderung der Strategie auslösen.

Aus diesem Grunde haben Vertreter der Bundesregierung und ich selbst für die CDU/CSU-Fraktion deutlich gemacht, daß es unser dringender Wunsch ist, daß sich die Amerikaner und die Sowjets sehr frühzeitig, schon in der Forschungsphase, über das Weltraumthema zusammensetzen. Meine herzliche Bitte an die sowjetische Seite ist, hier nicht abzuwarten angesichts des allgemeinen politischen Klimas und der Probleme im Zusammenhang mit den Mittelstreckenwaffen, sondern die Verantwortung zu sehen, die sie in diesem Bereich trägt.

Anhand dieses Themas kann man auch exemplifizieren, daß Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen nur dann eine wirkliche Chance haben, wenn bereits über die Optionen einer technologischen Entwicklung verhandelt wird. Es darf nicht erst alles entwickelt sein und hingestellt werden, bevor man darüber verhandelt. Wenn eine Seite diese Dinge erst einmal mit großen finanziellen Opfern entwickelt hat und sie dann in Stahl und Titan dastehen, sind sie sehr viel schlechter wieder abzurüsten.

Deshalb haben wir in der Diskussion über die Mittelstreckenwaffen zu Recht gefordert, daß verhandelt wird, bevor die erste Rakete dieses Typs aufgestellt wurde. Leider hat es diese Gespräche vor 1976, das heißt vor Aufstellung der ersten SS 20, nicht gegeben. Im Bereich der Weltraumwaffen und der Weltraumverteidigung liegt also ein entscheidendes Feld. Unabhängig von den Problemen, die es auf anderen Gebieten gibt, sollte die Sowjetunion hier verhandlungsbereit sein. Ich bin ganz zuversichtlich, daß sich dann neue Vertrauensbereiche erarbeiten lassen.

Teltschik

Ich möchte ausdrücklich noch einmal die Ausführungen von Herrn Ruhe unterstreichen: Bei allen Gegensätzen müssen beide Seiten an konstruktiven Beziehungen interessiert sein, weil sie im beiderseitigen Interesse liegen. Deshalb helfen Zerrbilder wie die des Revanchismus und der Konterrevolution nicht weiter.

Würde ich den Worten von Herrn Falin folgen, müßte ich mich als Mitarbeiter der Bundesregierung jetzt als Konterrevolutionär verstehen. Mit diesem Etikett kann ich leben, weil ich nicht bereit bin, es ernst zu nehmen.

Ich halte es auch nicht für sinnvoll, ja ich bin es geradezu leid, daß uns ständig Zitate aus den verschiedensten Zeitungen der westlichen Welt, ob amerikanische, deutsche oder welche auch immer, vorgehalten werden, als ob damit schon viel zu beweisen wäre. Diese Form der Diskussion führt uns nicht weiter.

Ich könnte ja in gleicher Weise eine Vielfalt von Beispielen aus der sowjetischen Presse zitieren, was dort alles über die USA, über Präsident Reagan oder über die Bundesrepublik Deutschland und deren Regierung gesagt worden ist. Eine Reihe solcher Zitate habe ich hier bei meinen Unterlagen. Ein solches Verfahren bringt doch nichts.

Warum zitieren Sie nicht die amtlichen Dokumente der Bundesregierung und alles das, was dort positiv zu den Beziehungen mit der Sowjetunion gesagt wird? Sie könnten beispielsweise die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl zitieren, die ganz klar zum Ausdruck bringt, daß die Sicherung des Friedens die zentrale Aufgabe der Bundesregierung ist.

Alle Bundesregierungen seit 1949 haben für den Frieden gearbeitet, alle haben den Gewaltverzicht zum zentralen Bestandteil ihrer Politik erklärt. Und daran hat sich bis heute nichts geändert.

Sie haben wiederholt den Begriff der "Straße" kritisiert, den ich in meinem Vortrag benutzt habe. Ich will noch einmal klarstellen, daß ich damit zu keinem Zeitpunkt die Friedensbewegung diffamieren wollte. Mir ging es nur darum, vor Fehleinschätzungen zu warnen, solche Bewegungen nicht in ihrer politischen Wirkung zu überschätzen. Sie haben auch heute wieder den Eindruck erweckt - Theo Sommer hat bereits darauf hingewiesen;- , als ließen Sie sich vom Gesetz der großen Zahl beeindrucken. Wenn Sie immer wieder darauf hinweisen, daß anlässlich der Europawahl am 17. Juni 5 Millionen Bundesbürger Unterschriften gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen geleistet haben, dann sollten Sie nicht vergessen, daß immer noch 55 Millionen Deutsche oder - auf die Wahlberechtigten beschränkt rund 30 Millionen nicht unterschrieben haben.

Wenn ich Ihre Propaganda vom Revanchismus höre, dann tröstet mich eine Erfahrung: Ich weiß aus vielen Gesprächen mit sowjetischen Politikern und Kollegen, daß sie sehr wohl zu unterscheiden wissen zwischen Propaganda und sachlicher Politik. Die Gespräche auf der Regierungsebene verlaufen konstruktiv. Propaganda schadet aber der Glaubwürdigkeit und führt auf Dauer zu einer Belastung der Beziehungen. Wem soll das nützen?

Die entscheidende Frage, die uns hier beschäftigen muß, ist doch die, wie es jetzt in den West-Ost-Beziehungen weitergehen soll. Die Antwort kann sich doch nicht darauf beschränken zu sagen, die Lage sei schlecht und bleibe schlecht.

Ich will noch einmal die Position der Bundesregierung zusammenfassen. Der Bundeskanzler und die Bundesregierung haben in ihren beiden Regierungserklärungen und in zahlreichen Erklärungen immer wieder unmißverständlich darauf hingewiesen, daß die bestehenden Verträge die Grundlage der Beziehungen sind. Wir sind dafür, daß diese Verträge strikt eingehalten werden. Wir sind aber mit gleichem Nachdruck dafür, daß sie auch voll angewandt werden.

Ebenso hat die Bundesregierung erklärt, daß sie Beziehungen mit der Sowjetunion wie mit allen anderen Staaten des Warschauer Paktes auf allen Ebenen entwickeln will. Dies gilt bilateral zum Beispiel im Bereich der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, der Kultur und im Umweltschutz. Dies gilt aber auch multilateral, vor allem im Bereich der Rüstungskontrolle und der Abrüstung.

Gegenwärtig finden keine Verhandlungen über die Rüstungskontrolle von Nuklearwaffen statt. Die Sowjetunion hat insgesamt 24 Vorschläge - ich habe sie einmal zusammenstellen lassen - unterbreitet. Wir sind bereit, jeden positiven Ansatz aufzugreifen, um zu Verhandlungsergebnissen zu kommen. Aber es muß verhandelt werden. Es kann nicht nach dem Motto verfahren werden: Friß. Vogel, oder stirb! Die sowjetischen Vorschläge können ein Ausgangspunkt für Verhandlungen sein, aber nicht schon das vorweggenommene Ergebnis.

In diesem Zusammenhang will ich nur auf das Beispiel der KVAE in Stockholm hinweisen. Wir sind durchaus bereit, den sowjetischen Vorschlag zum Gewaltverzicht zu prüfen. Wir sind allerdings der Meinung, daß mit einer solchen erneuten Bekräftigung des Gewaltverzichts konkrete Vereinbarungen über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen verknüpft sein müssen.

Wir können einem solchen Vorschlag jedoch nur wenig Sinn abgewinnen, solange keine Verhandlungen über die nuklearen Waffen stattfinden. Was soll ein Gewaltverzicht, wenn sich die Sowjetunion zur gleichen Zeit weigert, über die Rüstungskontrolle und Abrüstung der nuklearen Waffen zu verhandeln? Ein Gewaltverzichtsvertrag allein schafft keine einzige Nuklearrakete weg.

Es wurde gestern und heute viel von dem gemeinsamen europäischen Haus gesprochen. Auch in diesem Zusammenhang könnten die KVAE- wie die MBFR-Verhandlungen erheblich dazu beitragen, daß wir gemeinsam unserer Verantwortung für den Frieden und die Sicherheit in Europa gerecht werden. Es wäre zu wünschen, daß auch die Sowjetunion in diesen Verhandlungen größere Flexibilität und Kompromißbereitschaft zeigen würde, weil gerade in diesen Verhandlungen die europäischen Interessen besonders berührt sind. Wir haben diese Erwartung in gleichem Maße auch gegenüber unseren amerikanischen Verbündeten zum Ausdruck gebracht.

Die Bundesregierung ist bereit, jede Chance zur Zusammenarbeit zu nutzen, zum beiderseitigen Vorteil. Dies liegt im Interesse beider Seiten, und deshalb bleiben wir optimistisch.

Kaiser

Die deutschen Teilnehmer an dieser Diskussion nehmen neue Eindrücke und auch einige Sorgen mit nach Hause. Viele der späteren Leser werden ähnlich reagieren. Sicherlich soll man sich vor übereilten Rückschlüssen hüten; jedoch bleibt der Eindruck zurück, daß sich wichtige Veränderungen in der sowjetischen Politik gegenüber der Bundesrepublik und Westeuropa abzeichnen und daß auch die innenpolitischen Entwicklungen in der Sowjetunion auf die Beziehungen zu Westeuropa und dem Westen insgesamt Rückwirkungen haben könnten. Die Notwendigkeit, den Dialog miteinander fortzuführen, wird dadurch aber eher noch verstärkt.

Gestatten Sie mir, in aller Offenheit auf jene Bereiche hinzuweisen, wo ich aufgrund der hier stattgefundenen Diskussionen Veränderungen in der sowjetischen Position sehe, die Anlaß zu gewissen Sorgen geben:

1. Auffallend erscheint mir der Verlust an Differenziertheit in der sowjetischen Wahrnehmung der Entwicklungen im Westen, aber auch in der sowjetischen Argumentation mit uns sowie in den konzeptionellen Überlegungen über die weitere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen. Immerhin hat es seit mehr als einem Jahrzehnt im deutsch-sowjetischen Dialog, aber sicherlich auch im Dialog zwischen der Sowjetunion und anderen Ländern des Westens, ungeachtet der weiterhin bestehenden Unterschiede in Interessen und Meinungen, eine differenzierte Beurteilung der komplexen Landschaft des Westens gegeben sowie vielfache Ansätze gemeinsamen Denkens zum weiteren Gang der Sicherheitspolitik. Die Aufgabe der Stabilisierung des europäischen Staatensystems und der Versuch seiner friedlichen Weiterentwicklung ist unvermeidlicherweise kompliziert und muß die Vielfalt der Interessen - auch der gegnerischen - in das Blickfeld einbeziehen, wenn Fortschritte erzielt werden sollen.

Das nukleare Zeitalter erlegt uns nicht nur einen Zwang zum Handeln, sondern auch zur differenzierten Sicht der Realität auf. Statt dessen stoßen wir bei unseren sowjetischen Gesprächspartnern auf eine Vereinfachung und Ausklammerung dieser Komplexität, wie wir sie seit den sechziger Jahren kaum noch erlebt haben. Schwarzweißbilder werden gezeichnet, und statt der Respektierung der von Regierungen unterschiedlicher politischer Zusammensetzung der Bundesrepublik betriebenen Entspannungspolitik hören wir den Vorwurf, eine aggressive Politik gegen die Sowjetunion zu betreiben.

2. Eine Variation dieses Themas stellt die uns gegenüber geführte Argumentation dar, die im Vorwurf der Verherrlichung des Nazismus in unseren Schulbüchern und des Revanchismus gipfelt. In der Bundesrepublik Deutschland werden in den Schulen keine Bücher benutzt, in denen der Nazismus verherrlicht wird. Ein solcher Vorwurf stößt in West und Ost, wo ein durchaus realistisches Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse unseres Landes herrscht, auf völliges Unverständnis. Gleiches gilt für den Vorwurf des Revanchismus. Keine politische Gruppierung in der Bundesrepublik will Rache nehmen, und schon gar nicht mit Gewalt. Auch die Vertriebenen in der Bundesrepublik, die sicherlich am meisten gelitten und verloren haben, lehnen den Weg der Gewalt ab. Die Anerkennung der Grenzen, insbesondere der Grenze zu Polen, in den Verträgen der siebziger Jahre, entspricht einem nationalen Konsens, ganz abgesehen von der selbstverständlichen Kontinuität in der Vertragstreue, die für alle Regierungen der Bundesrepublik gilt.

Die Vorwürfe des Revanchismus führen die deutsch-sowjetische Diskussion auf den Stand der fünfziger und sechziger Jahre zurück. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland unterstellen dem sowjetischen Volk den Willen zum Frieden und zum Ausgleich mit dem westlichen Nachbarn. Die Revanchismus-Kampagne aus der Sowjetunion untergräbt dieses Bild.

3. Was ist aus dem auch von der Sowjetunion anerkannten und verschiedentlich bekräftigten Prinzip geworden, daß unter den Bedingungen des nuklearen Zeitalters das Prinzip der gleichen Sicherheit und der Vermeidung einseitiger Vorteile gelten muß? Nicht nur die deutsche, sondern auch die gesamte westeuropäische Öffentlichkeit hat Zweifel an der Befolgung dieses Prinzips bekommen, seitdem die Sowjetunion über mehrere Jahre hinweg für sich in Anspruch nimmt, von weiterreichenden amerikanischen Raketen und Marschflugkörpern auf westeuropäischem Boden bedroht zu sein, jedoch kleineren und nichtnuklearen Mächten das Recht bestreitet, sich von sowjetischen Mittelstreckenraketen in gleichem Maße bedroht zu fühlen. Jeder von uns versteht, daß es für einen Staat, insbesondere für eine Großmacht, schwer ist, einmal begangene Fehler öffentlich zuzugestehen. Es wäre ja auch schon ein großer Fortschritt, wenn im tatsächlichen Verhalten eine Korrektur erfolgte.

Seit der Zeit des Bundeskanzlers Helmut Schmidt verstehen die Regierungen der Bundesrepublik und auch die Öffentlichkeit des Landes nicht, warum die Sowjetunion im Hinblick auf Mittelstreckenwaffen das Prinzip der ungefähren Parität nicht mehr anerkennt und warum sie alle Signale von deutscher Seite nicht zur Kenntnis genommen hat, die seit Mitte der siebziger Jahre darauf hinwiesen, daß der Ausbau der sowjetischen Mittelstreckenrüstung die Sicherheitsinteressen Westeuropas negativ berühren würde. Nach dem Treffen zwischen Generalsekretär Breschnew und Bundeskanzler Schmidt im Jahre 1978 glaubte die deutsche Seite, daß die sowjetische Führung dies verstanden hatte, und war um so enttäuscht, als die Aufrüstung ungehemmt ihren Fortschritt nahm. Teilweise als Resultat dieser Entwicklung befinden wir uns heute in einer krisenhaften Lage der Ost-West-Beziehungen.

Wie kann eine Weltmacht wie die Sowjetunion eine Anerkennung ihrer eigenen elementaren Interessen erwarten, wenn sie sich über gleichermaßen elementare Interessen ihrer Nachbarn hinwegsetzt? Niemand in der Bundesrepublik Deutschland, der nach dem Scheitern der Mittelstreckenverhandlungen die Nachrüstung befürwortete, hat dies mit besonderer Freude getan. Wir alle sehen die langfristigen Folgen. Auch die Bewegung des Protests gegen die westliche Nachrüstung hat nach mehreren Jahren der sowjetischen Rüstung mit Kurz- und Mittelstreckenwaffen ein differenzierteres und ungleich skeptischeres Bild von der Sowjetunion als Ende der siebziger Jahre. Eines dürfte über alle Grenzen der innenpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Konsens sein: Die Gegebenheiten des nuklearen Zeitalters zwingen uns, das Problem der Kernwaffenrüstung zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen; ihre Grundlage muß jedoch die gegenseitige Anerkennung des Prinzips gleicher Sicherheit sein.

4. Unsere Diskussionen haben Zweifel wachgerufen, ob noch jene Grundvorstellungen über das europäische Sicherheitssystem gelten, die nach bisheriger Auffassung auch von der Sowjetunion akzeptiert worden waren, namentlich die Mitwirkung der Vereinigten Staaten und der unentbehrliche Beitrag der mittleren und kleineren Staaten bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa. Bekanntlich haben diese Überlegungen im Viermächte-Abkommen über Berlin und in der Helsinki-Schlußakte ihren Niederschlag und formelle Anerkennung durch die Sowjetunion gefunden. In unserer Diskussion ist das "gemeinsame europäische Haus" beschworen worden, auf das keine Außenkräfte, also die USA, einwirken sollen. Auch sind die eigenen Interessen der mittleren und kleinen Staaten, darunter der Bundesrepublik Deutschland, eher cursorisch behandelt worden. Es bleibt zu hoffen, daß trotz der Verhärtungen, die durch das Scheitern der Mittelstreckenverhandlungen geschaffen worden sind, in der Sowjetunion die tatsächliche Stimmungslage in Westeuropa nicht falsch eingeschätzt wird.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt sich niemand dem Wahnglauben hin, daß Verbesserungen der europäischen Ordnung ohne die aktive Mitwirkung der Sowjetunion möglich sind; aber es ist auch der Konsens in den Bevölkerungen aller westeuropäischen Länder, daß ein funktionierendes europäisches Sicherheitssystem, das heißt ein stabiler Friede, ohne, erstens, eine aktive Mitwirkung der Vereinigten Staaten und, zweitens, einen eigenständigen Beitrag der kleinen und mittleren Staaten nicht möglich ist. Wir hoffen, daß die Gemeinsamkeit der Überzeugungen zur Grundstruktur des europäischen Sicherheitssystems, die Ost und West früher geteilt haben, trotz der entgegengerichteten Eindrücke aus dieser Diskussion wiederhergestellt werden.

5. Die Rüstung droht der Politik davonzulaufen. Allergrößte Anstrengungen sind nötig, um die Kontrolle über diesen Prozeß zurückzugewinnen. Unter diesen Umständen ist Zurückhaltung, Vorsicht und Nüchternheit das Gebot der Stunde gerade weil der Ost-West-Dialog in entscheidenden Fragen unterbrochen ist. Aufrufe zum Haß auf den Feind - dies ist tatsächlich in der Prawda nachlesbar - helfen hier nicht. Wir brauchen auf beiden Seiten Zurückhaltung in der Rhetorik und äußerste Bemühung um Rationalität, denn unter nuklearen Bedingungen können unbeherrschte Gefühle gefährlich werden. Es wäre ein großer Beitrag zur Versachlichung und auch eine langfristige Investition in die Verständigung zwischen beiden Völkern, wenn der in der Diskussion gemachte Vorschlag aufgegriffen würde, eine Kommission von Wissenschaftlern die in der Sowjetunion und in der Bundesrepublik Deutschland benutzten Schulbücher gemeinsam prüfen zu lassen, um Vorurteile abzubauen und der Verständigung zu dienen. Mit anderen Ländern hat sich dies bewährt.

6. Wir nehmen aus dieser Diskussion als eine positive Erfahrung die weitgehende Gemeinsamkeit der Auffassungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und technologischen Beziehungen mit nach Hause. Wir alle stellen mit Genugtuung fest, daß die in den vergangenen Jahrzehnten geschaffenen Bindungen in diesem Bereich nicht nur gehalten haben, sondern daß beide Seiten überzeugt sind, daß sie gerade aufgrund der politischen und sicherheitspolitischen Divergenzen gepflegt und weiterentwickelt werden müssen.

7. Die Krise der Ost-West-Beziehungen hat viele Fäden des Dialogs reißen lassen. Gerade deshalb ist es wichtig, daß wir im Bergedorfer Kreis das Gespräch fortführen. Für die deutsche Seite steht außer

Zweifel, daß der Dialog zwischen der Sowjetunion und unserem Lande für den Frieden in Europa wesentlich ist und fortgesetzt werden muß.

8. Die deutschen Teilnehmer sind von der Offenheit der Diskussion beeindruckt, wenngleich naturgemäß in vielen Sachpunkten die Meinungen unterschiedlich waren. Diese Offenheit im Umgang miteinander zeigt nicht nur die Relevanz, die wir der jeweils anderen Seite einräumen, sondern es bleibt auch zu hoffen, daß wir stillschweigend die Stabilität der Ost-West-Beziehungen und unseres bilateralen Verhältnisses für kräftig genug erachten, um die Diskussion auch unangenehmer und schwieriger Themen zu ertragen. Aus diesem Grunde danke ich namens aller deutschen Teilnehmer der sowjetischen Seite für die Offenheit der Aussprache und für die Gastfreundschaft in Moskau.

Shukow

Es ist so gekommen, wie ich am Anfang befürchtet hatte. Wenn man erst nach vier Jahren wieder zusammentrifft, kann man nicht im Ernst meinen, daß der Dialog voll gelingt, zumal wenn nur zwei Tage zur Verfügung stehen. Wenn also der Wunsch besteht, den Dialog fortzusetzen, dann sollte man die Dinge ernsthafter angehen. Hinzu kommt, daß die Themen, die hier angeschnitten wurden, geradezu planetaren Charakter hatten, angefangen von den Raketen bis nach Ostasien, vom Fernen Osten bis zu den Geschichtsbüchern und so weiter. Wir sollten uns also vorher genauer überlegen, worüber wir reden wollen und dann auch noch mehr Zeit zur Verfügung haben. Wenn wir mit den Amerikanern eine Konferenz durchführen, bilden wir im Rahmen des Treffens Arbeitskreise zu bestimmten Fragen, die dann auch ernsthaft beraten werden.

Lassen Sie mich jetzt noch einmal analysieren, worüber wir heute gesprochen haben. Ich beginne mit dem 40. Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland. Ich verstehe Ihr Interesse an diesem Thema und auch Ihre Befürchtungen. Aber diese Befürchtungen sind rein spekulativ. Sie werden sicher wissen, daß noch während des Krieges, als wir noch weit entfernt von Berlin waren und ziemlich nahe an der Wolga standen, der oberste Vertreter unseres Landes gesagt hat: Die Hitler kommen und gehen, und das deutsche Volk bleibt. Das war 1942. Was haben Sie heute für Befürchtungen?

Wir wollen nur eines: Den 40. Jahrestag des Sieges nach einem vernichtenden Krieg begehen, der durch die finsterste Kraft entfesselt worden war, an die sich die Geschichte erinnern kann, um einen neuen Krieg zu verhindern. Das ist das Ziel unserer Feierlichkeiten. Daher haben unsere Genossen Sie aufgerufen, den 40. Jahrestag des Sieges auch in der Bundesrepublik Deutschland zu begehen, wie dieser Tag sicherlich auch in Berlin begangen wird.

Dann zu den Perspektiven. Ich verstehe das Interesse, das von Herrn von Rosen zu unserem 12. Fünfjahresplan und zu den Perspektiven der Weiterentwicklung bis zum Ende dieses Jahrhunderts geäußert wurde. Sie werden die Materialien des letzten Wirtschaftsgipfels der RGW-Mitgliedsländer gelesen haben. Dort konnten Sie sich davon überzeugen, daß wir, was die Wirtschaftsentwicklung für diesen Zeitraum anbetrifft, davon ausgehen, in das 21. Jahrhundert in Frieden einzutreten, daß uns also noch eine lange Zeit für den friedlichen Aufbau zur Verfügung steht.

Wenn Sie die Reden Tschernenkos aufmerksam gelesen haben, werden Sie bemerkt haben, daß er zu den Ergebnissen des Gipfeltreffens des RGW einen Aufruf formuliert hat, der sich erstens an die sozialistischen Länder, die nicht am RGW teilnehmen, zweitens an die blockfreien Staaten und drittens an die kapitalistischen Staaten richtete. Darin forderte er diese Staaten auf, sich aktiv an der Realisierung der Perspektiven, die von diesem Treffen ausgearbeitet wurden, zu beteiligen. Vorläufig haben wir noch keine Antwort darauf von seiten der kapitalistischen Länder erhalten, genausowenig wie auf viele andere Aufrufe des Genossen Tschernenko. Er hat Sie zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit aufgefordert, im Rahmen der Pläne, die bis zum Ende dieses Jahrhunderts ausgearbeitet werden. Hier stehen also alle Möglichkeiten offen.

Ein weiterer Punkt: Um den Frieden zu erhalten, ist es wichtig, daß beide Seiten den Wunsch nach Frieden haben. Leider haben Sie die Angaben aus den Dokumenten nicht widerlegen können, die hier von den Genossen Sagladin, Falin und anderen hinsichtlich der Vorbereitung der USA auf eine militärische Lösung angeführt wurden, um, wie Herr Reagan so offen gesagt hat, den Sozialismus in die Mülltonne der Geschichte zu werfen. Es gibt diese Pläne, es wird weiter daran gearbeitet. Deshalb können wir auch nicht garantieren, daß die Perspektive, die von den führenden Vertretern der sozialistischen Länder in der vorigen Woche festgelegt wurde, daß wir nämlich ins 21. Jahrhundert in Frieden eintreten, sich wirklich realisieren läßt. Ich bitte Sie, darüber ernsthaft nachzudenken.

Es war die Rede davon, daß die Vereinigten Staaten jetzt ehrlich zu einer Vereinbarung mit uns in allen Fragen kommen wollen. Da diese Feststellung auch heute wieder getroffen wurde, möchte ich Ihnen sagen, wie führende Vertreter der Vereinigten Staaten selbst diese sogenannte

Friedensinitiative Reagans einschätzen. Hier die jüngste Meldung aus Washington. US-Außenminister George Shultz und ein anderer hochgestellter Vertreter der US-Administration, der seinen Namen nicht nennen wollte, haben betont, sie hätten keine Hoffnung für ein Gipfeltreffen, und Shultz fügte hinzu, daß er damit genau die Vorstellungen von Reagan wiedergebe.

Von was für einem Treffen ist nun die Rede? Wozu soll es dienen? Auf diese Fragen antworten die Amerikaner auch selbst. Einen Kommentar zu diesen Erklärungen hat die Los Angeles Times geschrieben. Die Signale der US-Administration am Freitag waren nicht eindeutig, sie versucht allem Anschein nach, den Eindruck zu erwecken, daß Reagan ein Treffen organisieren will. Damit werden lediglich die Akzente anders gesetzt, sagte einer der hochgestellten offiziellen Vertreter, das bedeutet aber keine Veränderung der Politik.

Mein Kollege und alter Freund James Ruskin schreibt: Reagan scheint erkannt zu haben, daß seine Konfrontation mit den Russen seine Verbündeten und die Amerikaner selbst einzuschüchtern beginnt. Deshalb spricht er von Verhandlungen. Es heißt, Reagan wolle mit uns über den Weltraum verhandeln. In den letzten zwei oder drei Tagen hat es Meldungen gegeben, daß Reagan angeblich eine eigene Variante des Vertrages über die Begrenzung der Satellitenabwehrsysteme vorschlagen will. Das läuft dann immer nach folgendem System ab: Da wird irgend jemand in der Presse zitiert, von dem es heißt, er sei ein Sprecher der Behörden, eine hochgestellte Persönlichkeit, die ihren Namen nicht nennen lassen möchte, es sei jetzt Wahljahr, und die Regierung dürfe nicht aus dem Gleichgewicht geraten. Diese hochgestellte Person, wie es heißt, spricht sich gegen alle möglichen Verhandlungen über diese Satellitenwaffen aus. Vielleicht handelt es sich um einen Pentagonsprecher, der sogar von diesen schüchternen Anspielungen darauf, daß Reagan zu Verhandlungen bereit sei, sozusagen aus dem Häuschen gebracht wurde.

Kennen Sie den Namen von Lesli Galver? Das ist ein verdienstvoller Vertreter der USA, der eine Zeitlang in der US-Administration mitwirkte und heute ein politischer Beobachter ist. Er bezieht sich auf offizielle Kreise und Personen, die er auch nicht beim Namen nennen möchte und schreibt: "Die USA werden sich auf keinen Fall die Entwicklung von Satellitenabwehrwaffen verbieten lassen." Das sind Tatsachen, die wir unbedingt berücksichtigen müssen.

Dies alles zeigt, daß wir mit einer sehr ernst zu nehmenden Situation konfrontiert sind. Das ist keine Propaganda, sondern eine Feststellung. Auf der von mir schon erwähnten sowjetisch-amerikanischen Regionalkonferenz wurde zwei bekannten amerikanischen Wissenschaftlern, die dort referiert haben, die Frage gestellt: Wie würden Sie die zwei vorbereiteten Kriegsvarianten einschätzen? Den lokalen nuklearen Krieg und den länger andauernden? Ihre Antwort lautete: Ein nuklearer Krieg wird nur einen Tag dauern, und die Überlebenden werden die Toten beneiden. So schätzen objektive amerikanische Wissenschaftler die Politik und die Strategie der USA und der NATO ein. Das ist die Politik eines nuklearen Erstschlags, der nach der Meinung von Herrn Sommer auch zur Verteidigung dienen könnte.

Ich meine, wir müssen unter Beachtung der Dokumente zu den Aussagen der führenden Vertreter unserer Länder stehen. Dokumente bleiben Dokumente; sie müssen so wahrgenommen werden, wie sie sind. Das gilt auch für eine Bemerkung von Herrn Soell, der Tschernenko Worte zugeschrieben hat, die er gar nicht gesagt hat.

Vor mir liegt die Rede des Genossen Tschernenko, die er vor Komsomol-Funktionären der Sowjetarmee gehalten hat, aus der Herr Soell angeblich zitiert hat. In der Rede heißt es: "Wir müssen auf leninsche Weise leben, arbeiten und kämpfen." Die Rede war den Aufgaben der Komsomol-Organisationen gewidmet. Ich habe die Rede noch einmal aufmerksam gelesen. Es steht in ihr mit keinem Wort, daß Tschernenko den Komsomolzen empfohlen hat, die Jugend zum Haß gegen den Westen zu erziehen. Zu den Aufgaben der Erziehung heißt es, daß die Rolle des Komsomol bei der Erziehung der neuen Generation verstärkt werden muß. Es geht darum, bei jedem jungen Menschen eine hohe weltanschauliche und moralisch-politische Kultur zu bilden, um sie gegen die Einwirkungen der bürgerlichen Ideologie, gegen jede Form der spießbürgerlichen und der Konsumenten-Psychologie immun zu machen, damit sie die Aufgaben lösen können, die ihnen von der Partei gestellt werden.

Ich war immer der Meinung, daß auch Sie gegen eine spießbürgerliche oder Konsumenten-Psychologie seien. In einer Konsumgesellschaft ist das schon ein Übel, und wir wollen nicht, daß heute, wo bei uns der Wohlstand wächst, sich eine solche Mentalität entwickelt. Wie kann man das als einen Aufruf der Erziehung zum Haß gegenüber dem Westen auslegen? Deshalb sollte Herr Soell die Dokumente von einem Staatsoberhaupt genauer zitieren.

Wir bedauern, daß es uns nicht gelungen ist, unsere Diskussion wirklich zu Ende zu führen. Ich hoffe, daß wir unser Gespräch in Hamburg fortsetzen können und dann mehr Zeit für einen Gedankenaustausch haben werden.

Gretz

Ich möchte einige Abschlußbemerkungen im Namen der Veranstalter des Bergedorfer Gesprächskreises und im Namen von Herrn Dr. Körber machen. Der Bergedorfer Gesprächskreis organisiert Gespräche mit dem Ziel, bei aktuellen Problemen in freier Aussprache das Bewußtsein zu schärfen für das, was getan werden kann, um Konfliktmöglichkeiten so weit wie möglich einzuschränken. Die Gesprächsthemen werden also durch die Aktualität bestimmt, nicht durch einen bestimmten Themenkreis, mit einer einzigen Ausnahme: das Ost-West-Verhältnis. Die Ost-West-Beziehungen, speziell das sowjetisch-deutsche Verhältnis, sind seit 1966 das einzige Dauerthema des Bergedorfer Gesprächskreises. Der Grund dafür ist: Wir sind davon überzeugt, daß diese Gespräche nicht nur oft sehr nützlich waren, sondern wirklich notwendig sind, und daß wir die Kontakte kontinuierlich pflegen müssen.

War das Gespräch in diesem Jahr nützlich? Wir sind hierhergekommen, um Sie besser verstehenzulernen. Natürlich hoffen wir, daß auch Sie uns verstehen. Aber das ist nicht ausreichend. Notwendig ist es, die tatsächlichen und möglichen Gemeinsamkeiten zwischen uns herauszuarbeiten. Hierzu sind wir nicht genügend gekommen. Das lag nicht nur an der kurzen Zeit, sondern auch am Gesprächsverlauf. Vielleicht gehört eine ausführliche Beschreibung der eigenen Ausgangsbasis zum üblichen Ritual bei Debatten unter Politikern, bevor man zum Kern des Themas gelangt.

Herr Altmann hat darauf hingewiesen, daß die Rekursion auf historische Bezüge zunehmend problematisch wird, weil sich die Zukunft schneller entwickelt, als zureichende und fruchtbare Erkenntnisse aus der Vergangenheit gewonnen werden können. Hier haben wir viel Zeit vergeudet.

So bedauere ich sehr, daß wir unser Gespräch jetzt nicht länger fortsetzen können, sondern nur noch Gelegenheit zum Dank haben. Wir bedanken uns bei unseren Gastgebern, dem Sowjetischen Friedenskomitee, den beiden Referenten, Herrn Sagladin und Herrn Teltschik, den Gesprächsleitern, Herrn Shukow und Herrn Kaiser, und allen Herren, die sich engagiert an dieser Diskussion beteiligt haben. Wir möchten uns auch sehr herzlich bei all denen bedanken, die uns in alttraditioneller russischer Gastfreundschaft so vorzüglich betreut haben, nicht zu vergessen bei unseren Dolmetschern, die es ermöglicht haben, daß wir überhaupt zusammen sprechen konnten.

Weil wir alle den Eindruck haben, daß unsere Diskussion zu früh beendet werden mußte, möchte ich wiederholen, was ich gestern abend bereits gesagt habe: Der Bergedorfer Gesprächskreis würde sich glücklich schätzen, wenn dieses Gespräch in der Bundesrepublik fortgesetzt wird. Wir laden Sie hiermit sehr herzlich ein, nach Hamburg zu kommen. Es ist eine ernstgemeinte und nach dem Verlauf dieses Gesprächs auch offensichtlich dringende Einladung an alle, die es angeht.

Bei der Fortsetzung dieses Gesprächs in Hamburg wird es uns hoffentlich gelingen, den Lösungen unserer Probleme näherzukommen, Kompromisse auszuhandeln und, indem wir das tun, auch Wege in eine gemeinsame Zukunft zu finden.